

# Arbeitspapiere

AP\_HA94

Bärbel Hahn

29

Studentische Politik für eine  
Gesamthochschule Kassel

Kassel 1994



1570, LIZa 29

Arbeitspapiere des Wissenschaftlichen Zentrums für Berufs- und  
Hochschulforschung an der Universität Gesamthochschule Kassel

Nr. 29

**Bärbel Hahn**

**29**

**Studentische Politik für eine  
Gesamthochschule Kassel**

Wissenschaftliche Zentrum für **Universität**  
Berufs- und Hochschulforschung **Gesamthochschule**  
- DOKUMENTATION - **Kassel**  
Anlieferung: 34109 Kassel  
34127 Kassel Tel.: (49) 05 61/804-2415  
Henschelstraße 4 Fax: (49) 05 61/804-3301

Kassel 1994

LIZ 94

## ARBEITSPAPIERE

Herausgeber: Wissenschaftliches Zentrum für  
Berufs- und Hochschulforschung  
an der Universität Gesamthochschule Kassel

Redaktion: Christiane Bradatsch

© 1994  
Wissenschaftliches Zentrum für  
Berufs- und Hochschulforschung  
an der Universität Gesamthochschule Kassel  
Henschelstraße 4  
D-34109 Kassel  
Tel.: 0561/804 2415  
FAX: 0561/804 3301

© Alle Rechte vorbehalten 1994

Wissenschaftliches Zentrum für  
Berufs- und Hochschulforschung  
Universität Gesamthochschule Kassel  
Henschelstraße 4  
D-34109 Kassel  
Tel.: 0561/804 2415  
FAX: 0561/804 3301

## INHALT

	Seite
<b>1. Einleitung</b>	<b>5</b>
<b>2. Entwicklung studentischer Mitsprache an deutschen Hochschulen und politische Einstellungen von Studierenden</b>	<b>7</b>
2.1 Studentische Mitspracherechte und Politik von Studierenden vom Mittelalter bis zur Studentenbewegung	7
2.2 Studentische Mitbestimmungsrechte und politische Ausrichtung von Studierenden nach 1968	10
2.2.1 Entwicklung der studentischen Mitbestimmungsrechte	10
2.2.2 Politische Ausrichtung von studentischen Vertretungen und Studierenden	12
2.2.3 Bereitschaft zum politischen Engagement	14
2.2.4 Politisch Aktive und Studium	15
<b>3. Die Politischen Aktivitäten von Studierenden an der GhK</b>	<b>17</b>
3.1 Fachschaftsarbeit, politische Hochschulgruppen und AStA	17
3.1.1 Arbeit der Fachschaften	17
3.1.2 Politische Hochschulgruppen der Studierenden	18
3.1.3 Arbeit des AStA der GhK	23
3.2 Dokumentation der studentischen Politik an der GhK	24
3.2.1 1969-1971: Gründungsphase der GhK und Beginn studentischer Mitsprache	24
3.2.2 WS 1971/72 - SS 1973: Beginn studentischer Politik an der GhK	26
3.2.3 WS 1973/74 - SS 1975: Zwei Jahre AStA-Politik des DLB und allmähliche Aktivierung der studentischen Basis	28
3.2.4 WS 1975/76 - SS 1977: Beginn der Basisgruppenpolitik und Ausweitung des politischen Engagements	30
3.2.5 WS 1977/78 - WS 1978/79: Neue bildungspolitische Offensiven und zunehmende Konflikte mit der Hochschulleitung	32
3.2.6 SS 1979 - SS 1980: Basisinitiativen zur Gestaltung der Hochschule und parlamentaristische Tendenzen der Basisgruppenliste	35
3.2.7 WS 1981/82 - SS 1982: Beginn gewerkschaftsorientierter AStA-Politik	41
3.2.8 WS 1982/83 - SS 1984: Zunehmende Einschränkung der Reform, materielle Probleme und hochschulweites gemeinsames Engagement	43
3.2.9 WS 1984/85 - SS 1985: Konfrontation der "Linken" und eine Novelle des Hochschulgesetzes	46
3.2.10 WS 1985/86 - SS 1986: Machtwechsel im AStA und neues allgemeinpolitisches Engagement	47
3.2.11 SS 1987 - SS 1989: Bildungspolitische Offensiven und Entaktivierung der Studentenschaft	49
3.2.12 WS 1989/90 - SS 1990: Studentische Politik zwischen Organisationsarbeit und Verhandlungen	54

<b>4.</b>	<b>Politisches Engagement von Studierenden an der Gesamthochschule Kassel</b>	<b>57</b>
4.1	Porträts der interviewten Personen	58
4.1.1	Vorstellung der befragten Frauen	58
4.1.2	Vorstellung der befragten Männer	60
4.2	Vergleichende Auswertung der Interviews	61
4.2.1	Vom Einstieg in die Polit-Szene	62
4.2.2	Erfahrungen als Frau in der Hochschulpolitik	63
4.2.3	Zur Arbeit im AStA	65
4.2.4	Erfolg der Arbeit	67
4.2.5	Motivation zur Weiterarbeit	68
<b>5.</b>	<b>Zusammenfassung und Ausblick</b>	<b>73</b>
	<b>Literatur</b>	<b>78</b>
	<b>Anhang</b>	<b>81</b>

## 1. Einleitung

Thema dieser Arbeit ist die "studentische Politik" an der Gesamthochschule Kassel. Darum soll zunächst geklärt werden, was im folgenden unter diesem Begriff verstanden wird: Studentische Politik stellt zunächst die Wahrnehmung der studentischen Mitbestimmungsmöglichkeiten in Hochschulgremien und die Arbeit der gewählten Studentenvertretung dar. Dazu kommen Aktivitäten von Studierenden, in denen politische Forderungen gestellt werden oder Protest zum Ausdruck gebracht wird. Zu studentischer Politik gehören darüberhinaus aber auch weitere Initiativen von Studierenden, die versuchen, ihre politischen Vorstellungen an der Hochschule umzusetzen und sich so aktiv an deren Gestaltung zu beteiligen. Darunter sind zum Beispiel auch kulturelle oder soziale Aktivitäten zu verstehen, die auf die Gestaltung der Hochschule einwirken und somit ebenfalls "politisch" sind.

In dieser Arbeit soll die studentische Politik an der Gh Kassel im Lauf der ersten 20 Jahre des Bestehens der Hochschule dargestellt werden. Die Politik soll dabei auf ihre jeweiligen Inhalte und Vorgehensweisen und auch auf ihre Auswirkungen untersucht werden. Um dies möglichst anschaulich und nachvollziehbar zu gestalten, sollen dazu vor allem auch die konkreten Aktivitäten der Studierenden geschildert werden. Ein Schwerpunkt dieser Arbeit sind außerdem in Interviews ermittelte persönliche Erfahrungen von an der GhK politisch aktiven Studierenden. Ihre Motivation zum politischen Engagement und die Art und Weise, wie sie ihre Tätigkeit erlebten, steht dabei im Vordergrund.

Es geht somit insgesamt darum, ein Stück "Geschichte" der GhK festzuhalten, worin das individuelle Erleben von daran Beteiligten einbezogen ist. Anspruch meiner Arbeit ist dabei nicht, die Ziele studentischer Politik zu diskutieren, sondern sie darzustellen und darüberhinaus das "Wie" und "Wer" der Politik aufzuzeigen. Detailliert betrachtet wird dabei vor allem der Zeitraum der achtziger Jahre. Grund dafür ist hauptsächlich meine eigene Aktivität in diesem Zeitraum, durch die mein Interesse an der Untersuchung entstand. Die zusätzliche genauere Betrachtung der Gründungszeit der GhK wäre bestimmt interessant, war mir allerdings im Rahmen der vorliegenden Diplomarbeit nicht möglich.

Politik von Studierenden ist von einem häufigen Wechsel der Aktiven geprägt, was bereits durch die etwa fünfjährige Dauer eines Studiums vorgegeben ist. Studentische Politik an der GhK stellt dabei bislang fast ausschließlich eine Geschichte der "Linken" dar. So ist, trotz unterschiedlicher Ansätze, eine grundsätzlich gemeinsame Ausrichtung offensichtlich. Darum soll hier vorab eine kurze Bemerkung zur Zielsetzung des studentischen Engagements gemacht werden, die bereits im Titel meiner Arbeit, "Studentische Politik für eine Gh Kassel", vorweggenommen ist: Im Zusammenhang mit allgemeinpolitischen Vorstellungen war das Ziel des studentischen Engagements an der GhK der Aufbau bzw. der Erhalt einer "GhK".

Um diesen Begriff zu füllen, sollen hier in zusammengefaßter Form die Utopien dargestellt werden, welche die politisch aktiven Studierenden der Linken insgesamt betrachtet damit verbanden: Die ideale GhK stellte sich ihnen als eine demokratisch gestaltete Hochschule dar, die sich weitmöglichst allen Interessierten öffnet und sich als Teil der Gesellschaft begreift. In ihr sollten interdisziplinäres Arbeiten, die Verbindung von Wissenschaft und Praxis und in Verantwortung für Mensch und Umwelt betriebene Forschung und Lehre verwirklicht werden. Ein hauptsächliches Ziel der Hochschule sollte damit sein, Studierende zum verantwortlichen Handeln zu befähigen. Durch eine inhaltliche Konzentration auf aktuelle ökologische und soziale Probleme und Krisen sollte die Hochschule in Forschung und Lehre versuchen, zu deren Überwindung beizutragen.

Diese hier pauschal vorangestellten Vorstellungen sollen in der folgenden Arbeit konkretisiert werden. Offensichtlich ist, daß dieses Gesamtziel von den Studierenden nie erreicht wurde. Dabei ist ebenso deutlich, daß die verschiedenen Konzeptionen, die für Gesamthochschulen entwickelt wurden, nicht dieselben, wenn auch teilweise ähnliche Ziele verfolgten. Dazu möchte ich vorab noch anmerken, daß auch andere Personen oder Gruppierungen ähnliche Ziele wie die Studierenden verfolgten. Da sie in dieser Arbeit nur am Rande erwähnt werden, könnte der falsche Eindruck entstehen, daß meiner Ansicht nach ausschließlich Studierende sich für die Verwirklichung einer solchen "Reformhochschule" einsetzten.

Die Motivation zu dieser Arbeit entstand aus meiner eigenen Aktivität in der studentischen Politik an der GhK. Aus den eigenen Erfahrungen heraus schien es mir interessant, das politische Engagement von Studierenden an dieser Hochschule näher zu betrachten. Meine Situation als beteiligte Studentin hatte dabei zwar den Vorteil, daß mir eigene Erfahrungen und eine Fülle von Informationen vorlagen, sie bedingte möglicherweise aber eine relativ große Subjektivität. Dazu möchte ich anmerken, daß es keineswegs meine Absicht ist, die Politik der Studierenden zu verteidigen oder zu rechtfertigen. Auch deswegen möchte ich die Ziele studentischer Politik nicht beurteilen, sondern statt dessen aufzeigen, in welcher Form versucht wurde, ihnen näherzukommen und wie politisches Engagement von Beteiligten erlebt wird.

In der vorliegenden Arbeit wird in einem ersten Teil die geschichtliche Entwicklung von Mitbestimmungsrechten für Studierende und von studentischer Politik an deutschen Hochschulen dargestellt. Im zweiten Teil sollen anhand von sechs Interviews "Handelnde" der studentischen Politik an der Gh Kassel Thema sein. Als dritter und umfangreichster Teil folgt dann die Darstellung der politischen Aktivitäten von Studierenden an der GhK. Dieser Teil umfaßt im wesentlichen die Vorstellung der Bereiche politischen Engagements und eine chronologische Dokumentation der studentischen Aktivität, an die sich dann eine zusammenfassende Betrachtung anschließt.

## 2. Entwicklung studentischer Mitsprache an deutschen Hochschulen und politische Einstellung von Studierenden

Im ersten Teil meiner Arbeit betrachte ich einige Aspekte, die mir wichtig erscheinen, um den Hintergrund zu beleuchten, der für die Darstellung der studentischen Politik an der GhK von Bedeutung ist. Aufgezeigt wird dazu die geschichtliche Entwicklung der studentischen Mitspracherechte in den Organen der Hochschulen und die Entstehung und Bedeutung von gewählten studentischen Vertretungen, der sogenannten studentischen Selbstverwaltung. In der Darstellung soll dabei auch die tendenzielle politische Ausrichtung von Studierenden berücksichtigt werden. Näher betrachtet werden sollen diese Aspekte allerdings nur für den Zeitraum der letzten 20 Jahre, der Zeit nach der Studentenbewegung. In der ausführlicheren Darstellung beschränke ich mich so auf die Zeit des Bestehens der GhK, als für die Betrachtung der studentischen Politik dieser Hochschule relevanten Zeitraum.

### 2.1 Studentische Mitspracherechte und Politik von Studierenden vom Mittelalter bis zur Studentenbewegung

Beginnen möchte ich die Darstellung mit einem kurzen Rückgriff ins Mittelalter, die Zeit der ersten deutschen Universitäten. Damals waren die Studenten, die "Scholaren" genannt wurden, als eine aktiv an der Hochschule mitwirkende Gruppe anerkannt. In den einzelnen Fakultäten bestanden allerdings keine Mitspracherechte für die Scholaren, hier bestimmten die Magister.<sup>1</sup> Mitspracherechte hatten die Scholaren aber in der sogenannten Universitätsversammlung, die aus allen Hochschulmitgliedern bestand. Außerdem waren sie im Universitätsrat, dem höchsten Gremium der Hochschule, vertreten. Durch Universitätsversammlung und Universitätsrat waren die Scholaren beispielsweise an der Wahl des Rektors der Hochschulen beteiligt. Die Studenten wirkten so an der Universität des Mittelalters weitaus mehr an der Selbstverwaltung der Hochschulen mit als in späteren Jahrhunderten. Ihr Einfluß wurde bis zur Zeit des Absolutismus allmählich abgeschafft.<sup>2</sup>

Erst im 19. Jahrhundert gelang Studenten der Versuch, sich in Form von Burschenschaften zu organisieren. Ihr Ziel war zunächst die Anerkennung von Studierenden als eigene gesellschaftliche Gruppierung, die ihre Anliegen in Selbstorganisation vertreten sollte. Die Forderung nach Rechten für die Eigenorganisation der Studierenden formulierte der Verband der Burschenschaften, die "Allgemeine Deutsche Burschenschaft", folgendermaßen: Man müsse von "Staats wegen ein rechtlich bestimmtes, die Gesamtheit der Studenten vertretendes Verhältnis zu den Behörden" schaffen und "die innere, gewissermaßen polizeiliche Verwaltung der Gesellschaft, soweit sie nicht in den eigentlichen Rechtszustand eingreift, den Studierenden selbst überlassen."<sup>3</sup> Dem Verlangen nach Eigenorganisation studentischer Angelegenheiten wurde jedoch nur an der Universität Tübingen stattgegeben, wo die Studentenschaft einen Ausschuß wählen durfte, der berechtigt war, Behörden Wünsche und Vorschläge der Studierenden vorzutragen und Mitspracherechte in Beleidigungs- und Disziplinarsachen erhielt.<sup>4</sup>

Nach Abschaffung der Monarchie begann im Jahr 1918 in der neugegründeten deutschen Republik in allen Bereichen der Gesellschaft der nunmehr staatlich anerkannte Zusammenschluß verschiedenster Interessengruppen. In diesem Rahmen begannen auch Studierende ihre spezifischen Interessen zu artikulieren. Im Jahr 1919 schlossen sich Studierende zur "Deutschen Studentenschaft" zusammen. Die Vereinigung hatte zunächst das Ziel der Klärung der rechtlichen Stellung der Studentenschaft in und außerhalb der Hochschulen. Der Verband organisierte ein Treffen von studentischen Vertretern, den ersten deutschen Studententag. Dort wurden Leitsätze formuliert, in denen vor allem die Einrichtung einer allgemeinen Vertretung der Studentenschaft durch ein ge-

1 Lehrende.

2 Bartsch 1971, S.11.

3 Bäbler, zitiert in: Bartsch 1971, S.12.

4 Bartsch 1971, S.13.

wähltes Gremium gefordert wurde. Die Vertretung sollte das Recht haben, Beiträge zur Finanzierung ihrer Arbeit von den Studierenden zu erheben.

Diesen Forderungen wurde zunächst in Preußen stattgegeben, das dann beispielgebend für die meisten anderen Länder des Deutschen Reiches wirkte. So kam es in der Weimarer Republik zur ersten gesetzlichen Verankerung von allgemeinen Studentenschaften.<sup>5</sup> Die Studentenschaft mußte sich laut Verordnung eine Satzung geben, durch welche die gleiche<sup>6</sup> und geheime Wahl eines Vorstands (AStA) und einer Vertreterversammlung (Studentenparlament) garantiert wurde. Die Satzung regelte die Leitung und Abstimmung der allgemeinen Studentenversammlung<sup>7</sup>, der Vertreterversammlung, des Vorstandes und anderer von der Studentenschaft berufener Organe.

Die gewählte Vertretung bekam das Recht, Beiträge von allen Studierenden zu erheben. Die Aufsicht über die Einhaltung des gesetzlichen Rahmens erfolgte durch Hochschule und Staat. Durch diese Regelungen wurde das größtenteils bis heute gültige Vertretungsprinzip festgelegt und die ebenfalls immer noch gültige Zwangsmitgliedschaft in der Studentenschaft festgeschrieben. Auch an der damals erfolgten Aufgabenzuschreibung und dem rechtlichen Status hat sich bis heute in den Bundesländern, in denen noch eine verfaßte Studentenschaft existiert, wenig verändert. Der Studentenschaft wurden im wesentlichen folgende Aufgaben zugewiesen:

- öffentliche Vertretung der Gesamtheit der Studierenden,
- Wahrnehmung der studentischen Selbstverwaltung, vor allem die allgemeine soziale Fürsorge,
- Teilnahme an der Verwaltung der Hochschule in studentischen Angelegenheiten und an der akademischen Disziplin. Im Rahmen dieser Zuständigkeit konnte die Hochschule der Studentenschaft bestimmte einzelne Aufgaben oder Gruppen von Aufgaben übertragen.
- Pflege des geistigen und geselligen Lebens zur Förderung der Gemeinschaft aller Hochschulangehörigen unter Ausschluß von parteipolitischen oder religiösen Bestrebungen,
- Pflege der Leibesübungen seitens der Studierenden,

Die Einforderung und Durchsetzung der studentischen Vertretungen hatte allerdings wenig mit dem Wunsch nach der Beteiligung am Aufbau einer demokratischen Republik zu tun. Sie entstand eher aus dem Bedürfnis nach Privilegien oder einer Statusverbesserung für Studierende. Auf Grund ihrer Herkunft waren die Studierenden, und auch ihre gewählten Vertreter, eher konservativ eingestellt, was meist monarchistische und nationalistische Ideen beinhaltete. Die Studierenden entstammten in dieser Zeit meist privilegierten Schichten wie Adel, höherem Bürgertum und Militär, die tendenziell republikfeindlich waren. Viele Studierende hatten im Ersten Weltkrieg als Freiwillige beim Militär gedient und waren von den dort vertretenen Ansichten geprägt.

Die militant konservative Gesinnung wurde zum Beispiel während des sogenannten "Kapp Putsches" im Jahr 1920 deutlich: Nahezu 50.000 Studenten ergriffen aktiv Partei für die rechten Umstürzler und kämpften in Freikorps gegen die republikanisch gesinnten Kräfte.<sup>8</sup> Es gab auch studentische Gruppierungen mit sozialistischer Ausrichtung, die aber die Ausnahme darstellten. Dies waren zum Beispiel die "Sozialistischen Akademiker Münchens", die sich für die Abschaffung der hierarchischen Strukturen an Universitäten einsetzten oder der AStA der Universität Gießen, der die "Teilnahme aller Klassen des Volkes am geistigen Leben der Universität" forderte.<sup>9</sup>

In der Zeit des Nationalsozialismus wurden die Studentenschaften nicht aufgelöst, sondern für die faschistischen Ziele funktionalisiert. Auf Grund der zuvor geschilderten politischen Einstellung der meisten Studierenden stieß dies auf wenig Widerstand, wurde im Gegenteil von vielen sogar unterstützt.<sup>10</sup>

Die studentische Vertretung wurde hierarchisch umstrukturiert. Den Vorsitz hatte ein Führer, der jeweils von seinem Vorgänger in Absprache mit zwei Ältesten<sup>11</sup> ernannt wurde. Das Verbot

5 Verordnung über die Bildung von Studentenschaften an preußischen Hochschulen vom 18.9.1920.

6 Alle Studierenden hatten gleiches Stimmrecht.

7 Versammlung aller Studierenden, heute "studentische Vollversammlung" genannt.

8 Negt 1960.

9 Ausstellungskatalog, Hess. Universitäten und Studenten, Wiesbaden, 1986.

10 Negt 1960.

11 Frühere Führer oder in Absprache mit einem Amtsleiter bestimmte Personen.

von verschiedenen politischen Gruppierungen garantierte, daß ausschließlich nationalsozialistisch gesinnte Gruppierungen in die Vertreterversammlung gewählt werden konnten. Die Aufgabenschreibung für die studentische Vertretung wurde in Hinsicht auf die Förderung der völkischen Ideale, der Erziehung zur Wehrhaftigkeit und der Wahrung der Disziplin an der Hochschule geändert.<sup>12</sup>

Nach dem Dritten Reich fand keine grundlegende Umstrukturierung der Hochschulorganisation statt. Die Hochschulen blieben als von einzelnen Professoren bestimmte Ordinarienuniversitäten erhalten.

Die Landesgesetze, die das Hochschulwesen regelten und die Existenz der verfaßten Studentenschaften und Fachschaften festschrieben, wurden nach 1945 anknüpfend an die Vorlagen aus der Weimarer Republik "entnazifiziert". Die Hochschulen beschrieben in ihrer Satzung die grundsätzlichen Aufgaben der Studentenschaft, die sich dann selbst eine Satzung im Rahmen der vorgegebenen Richtlinien gaben.

Die politische Einstellung der Studierenden und ihrer gewählten VertreterInnen war weiterhin eher konservativ. Der RCDS (Ring Christlich Demokratischer Studenten), der die Studentenorganisation der CDU darstellte, hatte an den meisten Hochschulen die Mehrheit im Studentenparlament und konnte so größtenteils den AstA (Allgemeiner Studentenausschuß) stellen.

Die Studentenschaften der Bundesrepublik Deutschland organisierten sich in verschiedenen Dachverbänden, nach Hochschultypen getrennt. So wurde der Verband der Studentenschaften der Universitäten die VDS (Vereinigte Deutsche Studentenschaften). Gemeinsam mit den Vertretungen von sogenannten Ingenieur- und Fachschulen bildeten sie den deutschen Studentenring.

Ein Ziel dieser Verbände war die Verbesserung der studentischen Mitbestimmungsrechte an den Hochschulen. So forderten die VDS im Jahr 1956 die "volle Mitverantwortung von Studenten in allen Fragen der Hochschulpolitik".<sup>13</sup> Während diese Forderung auf Ablehnung von Hochschulrektoren und Politikern stieß, wurde das allgemeinpolitische Engagement der studentischen Vertretungen zu dieser Zeit durchaus akzeptiert. Die VDS startete beispielsweise in den 50er Jahren Paket- und Solidaritätsaktionen für die "armen Brüder und Schwestern" in der Sowjetischen Besatzungszone, die von Politikern wohlwollend betrachtet wurden. Da politische Aktivitäten zunächst zu keinen Konflikten mit Hochschule und Staat führten, wurde das Recht auf die Wahrnehmung des sogenannten politischen Mandats durch die Studentenschaft auch nicht in Frage gestellt. Die Aktivitäten der Studentenschaften konzentrierten sich allerdings hauptsächlich auf Serviceleistungen, wie Zimmervermittlung, die Ausstellung von Studentenausweisen und die Organisation geselliger Veranstaltungen.<sup>14</sup>

In den sechziger Jahren veränderte sich die politische Haltung vieler Studierender. Das Wahlverhalten der Studierenden bei den Bundestagswahlen kennzeichnet diese Tendenz: Während die Koalition von CDU und CSU im Jahr 1957 noch 48,9% der Stimmen der Studierenden erhielt (Gesamtbevölkerung 50,2 %), waren es im Jahr 1965 nur noch 39,3% (Gesamtbevölkerung 47,6%).<sup>15</sup>

Der tendenziellen Veränderung des Wahlverhaltens folgte die allmähliche "Politisierung" der StudentInnenschaft. Sie stand im Zusammenhang mit einem grundsätzlichen Einstellungswandel der ersten Nachkriegsgeneration, die nicht mehr von Kriegserlebnissen und der darauf folgenden Euphorie des Wirtschaftswunders geprägt war. Sie war darum auch immer weniger allein durch materielles Wohlergehen zufriedenzustellen, sondern begann, nach anderen Werten zu suchen. Es entstand so zunehmend Kritik an kapitalistisch orientierter Wirtschaft und Politik. Die Demokratie in der Bundesrepublik, die von einer nach überkommenen strengen Moralvorstellungen geordneten Gesellschaft geprägt war, wurde für viele Studierende angesichts offensichtlicher Unterdrückungs- und Ausbeutungspolitik, wie zum Beispiel in Südafrika und Vietnam, unglaubwürdig.

Dazu kam die anwachsende Unzufriedenheit vieler Studierender mit ihrer Situation an den Hochschulen. Mit steigenden StudentInnenzahlen in den sechziger Jahren waren die Universitäten

---

12 Bartsch 1971, S.113.

13 zit. in: Negt 1960.

14 Schlicht 1980, S.49.

15 zit. in: Glotz 1982, S. 159.

überfüllt, der Lehrbetrieb verlief nach konservativen Methoden, und Mitbestimmungsmöglichkeiten für Studierende waren kaum existent.

Die Unzufriedenheit vieler StudentInnen führte zunächst zum Anwachsen des SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund), der eine zunehmend kritische Haltung gegenüber der herrschenden Politik einnahm. Sie wurde in Form von Veröffentlichungen, Demonstrationen und anderen Protestaktionen zunehmend zum Ausdruck gebracht. An Protesten gegen den Krieg in Vietnam entzündete sich dann im Jahr 1966 die sogenannte Studentenbewegung. Erstmals kam es in der Geschichte der Bundesrepublik zu Massendemonstrationen und Protestaktionen. Der Versuch, durch Polizeigewalt und staatliche Verordnungen Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, mißlang und führte im Gegenteil zur Radikalisierung der Konfrontation.

Die Kritik konzentrierte sich im Lauf der Proteste dann auf das in der BRD herrschende Hochschulsystem. Gefordert wurde die Demokratisierung und die Reform des Bildungswesens und der Ausbau der Hochschulen, als erster Schritt zur gesellschaftlichen Veränderung. Unter dem massiven Druck der Studierenden wurde von Politikern eine umfassende Reform und der Ausbau des Bildungswesens versprochen.

Das nach 1968 erfolgende Abflauen der Studentenbewegung war mit der Hoffnung der Studierenden auf die Realisierung der geforderten Reformen verbunden. An den Hochschulen entstand in dieser Zeit ein breites Spektrum von studentischen linken Hochschulgruppen, von denen die meisten der noch amtierenden RCDS-Asten dann abgelöst wurden.<sup>16</sup>

## 2.2 Studentische Mitbestimmungsrechte und politische Ausrichtung von Studierenden nach 1968

### 2.2.1 Entwicklung der studentischen Mitbestimmungsrechte

Ausschlaggebend für die Entwicklung der Mitbestimmungsrechte war die Hochschulgesetzgebung seit Anfang der siebziger Jahre. Nach der Studentenbewegung wurden in den einzelnen Bundesländern Reformgesetze erlassen, durch welche die Abschaffung der Ordinarienuiversität beschlossen wurde. Die Herstellung der sogenannten Gruppenuniversität sollte eine umfassende Reform und die Demokratisierung der Hochschulen einleiten.<sup>17</sup> Die neu eingeführte Organisationsform der Gruppenuniversität beinhaltete eine Selbstverwaltung der Hochschulen durch gewählte Gremien, die mit VertreterInnen der verschiedenen an der Hochschule beteiligten Gruppierungen besetzt waren. In der damals erfolgten Gesetzgebung wurde so, neben der bereits zuvor gesetzlich verankerten Wahrnehmung studentischer Interessen durch die allgemeine Studentenschaft, den Studierenden Mitspracherechte in Gremien und der Selbstverwaltung eingeräumt.

Die weitere Entwicklung bestimmte dann die Gesetzgebung des Bundes. Sie konkretisierte sich zunächst in einer Verfassungsänderung und dann in zwei Fassungen eines sogenannten Hochschulrahmengesetzes. Diese Gesetzgebung, die bindend für die Bundesländer war, wurde dann in den jeweiligen Landesgesetzen umgesetzt. Neben einigen allgemeinen Aspekten soll hier im folgenden nur die Verankerung der studentischen Rechte in bezug auf die Situation in Hessen näher dargestellt werden.

Die Bestrebungen der SPD/FDP-Bundesregierung nach einer Reform des Bildungswesens zu Beginn der siebziger Jahre gingen von der grundsätzlichen Annahme aus, daß zur Verwirklichung von Reformzielen legislatives und administratives Handeln des Bundes erforderlich sei. Darum sollten die Gliederung des Hochschulwesens und grundsätzliche Fragen der Bildungspolitik nicht länger allein der Gesetzgebung der Bundesländer überlassen sein.

Die grundsätzliche Ausrichtung der Bildungspolitik wurde in bezug auf das Hochschulwesen zunächst verfassungsrechtlich verankert. Im Grundgesetz wurde die Förderung des Hochschulbaus als verfassungsrechtliche Gemeinschaftsaufgabe bestimmt und die Gesetzgebungskompetenz für die allgemeinen Grundsätze des Hochschulwesens dem Bund zugeschrieben.<sup>18</sup> Der Änderung folgte

16 Glotz, in: AStA der GhK, Erstsemester-Info 1984.

17 In Hessen wurde so 1970 ein neues Hessisches Hochschulgesetz (HHG) verabschiedet.

18 Grundgesetz, Art. 75, Abs. 1 a, Art. 91, Abs. a und b

der Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes. Die Ziele der Hochschulreform, die im Gesetz festgeschrieben werden sollten, waren unter anderem der Ausbau des Hochschulwesens und die demokratische Umstrukturierung der Hochschulelselfverwaltung. Außerdem bestand die Vorstellung von der Öffnung der Zugangsvoraussetzungen für das Studium an Hochschulen, die Verbindung von Theorie und Praxis in den Studiengängen und das stärker auf Berufsfelder ausgerichtete Studium.<sup>19</sup>

Eingeleitet wurden die ersten Schritte zur Verwirklichung dieser Ziele bereits durch die Gesetzgebung in den einzelnen Ländern. Unterschiedlichen Hochschulen wurde der gleiche Status und der gleiche Aufbau verliehen, um zu einer größeren Durchlässigkeit des Bildungs- und Forschungssystems zu kommen. Verschiedene Schultypen wie Ingenieurschulen und höhere Handelsschulen wurden zu Fachhochschulen "akademisiert", das heißt, zunächst in ihrer Organisationsstruktur umgewandelt. Dadurch sollte die Voraussetzung für die Zusammenfassung von Hochschulen zu integrierten Gesamthochschulen geschaffen werden, deren Einrichtung die Verwirklichung der weiteren Reformziele ermöglichen sollte.<sup>20</sup>

Der erste Gesetzentwurf der SPD/FDP-Bundesregierung hatte dementsprechend das Ziel einer allgemeinen Einführung integrierter Gesamthochschulen. Sie sollten einen einheitlichen Lehrkörper und eine einheitlich verfaßte Studentenschaft haben und durch drittelparitätisch<sup>21</sup> besetzte Gremien bestimmt werden. Der Entwurf war dann allerdings auf Grund der Zustimmungspflicht des Bundesrates, in dem CDU und CSU die Mehrheit hatten, nicht durchsetzungsfähig.

Das nach langwierigen Verhandlungen 1976 schließlich erlassene Gesetz hatte von den Reformideen bereits Abstand genommen. Das Ziel der Zusammenfassung von Hochschulen zu Gesamthochschulen wurde zurückgenommen. Die Hierarchie zwischen Universität und Fachhochschulen blieb damit erhalten. Die mittlerweile gegründeten Gesamthochschulen bekamen einen speziellen Status zugewiesen. Von der drittelparitätischen Besetzung der Hochschulgremien wurde abgesehen. Die ProfessorInnen wurden die am stärksten vertretene Fraktion in den Organen der Hochschule.<sup>22</sup>

Im Jahr 1985 erfolgte auf Betreiben der mittlerweile amtierenden CDU/FDP-Regierung eine Novellierung des Hochschulrahmengesetzes. Wesentliche Änderung für die Interessenvertretung der StudentInnen war die Stärkung der professoralen Entscheidungsbefugnis in den Gremien der Selbstverwaltung. Das Gruppenvertretungsprinzip wurde damit zwar beibehalten, aber die absolute Mehrheit der ProfessorInnen in Organen der Selbstverwaltung im Gesetzestext festgeschrieben.<sup>23</sup> Die Bildung von verfaßten Studentenschaften blieb in beiden Fassungen des Hochschulrahmengesetzes im Ermessen der Landesregierungen. Für den Fall ihrer Einrichtung wurde durch das HRG der Rahmen für Selbstverwaltung, Finanzgebaren, Wahlmodus und Rechtsaufsicht gesetzt.<sup>24</sup>

In Hessen blieb die verfaßte Studentenschaft erhalten, ihre Einrichtung wurde im Hessischen Hochschulgesetz folgendermaßen verankert:<sup>25</sup>

- Die Studenten einer Hochschule bilden die Studentenschaft.
- Die Studentenschaft ist eine rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts und als solche Glied der Hochschule.
- Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhebt die Studentenschaft von den Studenten Beiträge.
- Für die Wirtschaftsführung der Studentenschaft ist jährlich ein Haushaltsplan für das folgende Haushaltsjahr aufzustellen.

Die im Gesetz festgeschriebenen Organe der Studentenschaft waren das von allen Studierenden zu wählende Studentenparlament und der von diesem zu wählende und zu kontrollierende Studentenausschuß. Die Amtszeit der Organe der Studentenschaft wurde jeweils auf ein Jahr festgelegt.<sup>26</sup>

19 SPD o.J.

20 Nagel in: Kluge 1981, S. 46.

21 Jeweils ein Drittel der Sitze in den Gremien für ProfessorInnen, AssistentInnen und Studierende.

22 HRG vom 26.1.1976, § 38.

23 HRG vom 14.11.1985, § 38.

24 ebd., § 41.

25 HHG vom 6.6.1972, § 62

26 ebd. § 65 und § 15, Abs. 1

Die Studentenschaft hatte sich eine Satzung zu geben, in der unter anderem die Wahl, Zusammensetzung, Amtszeit und Befugnisse der Organe der Studentenschaft festgelegt werden mußte. Diese Satzung unterstand der Genehmigungspflicht durch Hochschulleitung und Ministerium.

Die verfaßte Studentenschaft erhielt im Hessischen Hochschulgesetz folgende Aufgaben:<sup>27</sup>

- Vertretung der Gesamtheit ihrer Mitglieder im Rahmen ihrer gesetzlichen Befugnisse,
- Wahrnehmung der hochschulpolitischen Belange ihrer Mitglieder,
- Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Belange der Studenten,
- Pflege überregionaler und internationaler Studentenbeziehungen,
- Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins der Studenten,
- Unterstützung kultureller und musischer Interessen der Studenten,
- Förderung des freiwilligen Studentensports.

Um die rechtlichen Befugnisse der Studentenschaft entwickelte sich, wie später noch gezeigt werden soll, eine andauernde Auseinandersetzung. Der Anspruch der verfaßten Studentenschaft auf das Recht zu allgemeinpolitischer Aktivität wurde zum Konfliktpunkt zwischen den studentischen Vertretungen und der Rechtsaufsicht durch Hochschule und Staat. Nach der allgemein sich durchsetzenden Rechtsprechung war die gewählte studentische Vertretung nicht berechtigt, die Gesamtheit der Mitglieder in allgemeinpolitischen Fragen zu vertreten.<sup>28</sup>

Die Hochschulgesetzgebung war seit Anfang der siebziger Jahre insgesamt betrachtet ein ständiges Wechselspiel zwischen Entwürfen von Bundesgesetzen, den daraufhin folgenden Reaktionen der Bundesländer, denen der Entwurf entweder zu progressiv oder zu konservativ war, und den studentischen Protesten. Den Auseinandersetzungen um die Bundesgesetze folgten Streitigkeiten bei der jeweiligen Anpassung der Gesetze auf Landesebene. Sie bedeuteten ein Aushandeln von Kompromissen zwischen Landesregierung, Hochschulen und anderen Interessengruppen und waren ebenfalls jeweils von studentischen Forderungen und Protesten begleitet. Dabei war die Hochschulgesetzgebung von der schnellen Abkehr von Reformideen geprägt. Die zunehmende Kontrolle der Hochschulen durch die jeweilige Regierung war, in Verbindung mit der allmählichen Rücknahme der im Zuge der Bildungsreform teilweise erfolgten Demokratisierung der Hochschulen, eine wesentliche Tendenz der Politik.

### 2.2.2 *Politische Ausrichtung von studentischen Vertretungen und Studierenden*

Den folgenden Kapiteln müssen zwei kurze Bemerkungen vorangestellt werden: Die Darstellung soll einen Überblick über Tendenzen in den siebziger und achtziger Jahren geben. Es erfolgt keine genauere Erläuterung des jeweiligen gesellschaftlichen Kontextes, der im Zusammenhang mit den politischen Einstellungen stand. Dieser Hintergrund soll im Rahmen der nachfolgenden Dokumentation studentischer Politik an der GhK aufgegriffen werden, um so konkrete Ereignisse und gesellschaftlichen Kontext direkt nebeneinander stellen zu können. Es werden im folgenden verschiedene Befragungen zitiert, in denen die politische Einstellung von Studierenden ermittelt wurde. In allen Erhebungen wurde versucht, durch eine gewisse Auswahl von Hochschulen und Studierenden für die BRD repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Obwohl Erhebungsmethoden und genaue Fragestellung nicht in allen Studien übereinstimmten und so nur eine bedingte Vergleichbarkeit der Ergebnisse gegeben ist, können im Vergleich zumindest Tendenzen aufgezeigt werden, was auch hauptsächliche Absicht der folgenden Darstellung ist.

Die Ausrichtung studentischer Politik blieb nach der Zeit der Studentenbewegung zumeist in Opposition zu Staat und Gesellschaft. Nach einer kurzen Phase der Hoffnung auf eine umfassende Reform des Bildungswesens waren viele Studierende von der zunehmend restriktiven, von Sparmaßnahmen geprägten Hochschulpolitik enttäuscht. Bis Ende der siebziger Jahre kam es an vielen Hochschulen zu breiteren Protesten gegen die Bildungspolitik in der BRD. Außerdem führten allgemeinpolitische Aktivitäten der verfaßten Studentenschaften ab Mitte der siebziger Jahre zu Auseinandersetzungen mit Hochschulen und Staat. Trotz vieler Prozesse, in denen ASten das Recht auf

27 ebd. § 63.

28 Zechlin 1979, S. 3.

das politische Mandat abgesprochen wurde, blieb die allgemeinpolitische Aktivität ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit vieler Studentenschaften.

In Verbindung mit einem allmählichen Abflauen von Protestbewegungen endeten in den achtziger Jahren die Kämpfe um das politische Mandat, obwohl die meisten ASten auch weiterhin im allgemeinpolitischen Bereich tätig waren. An den Hochschulen entstanden nur noch wenige Aktivitäten gegen die Bildungspolitik in der BRD. Zu größeren Protesten kam es nochmals Ende des Jahres 1988; an vielen bundesdeutschen Hochschulen streikten Studierende für bessere Studienbedingungen, mehr Bafög und darüberhinaus auch für inhaltliche Reformen in den Hochschulen. Diese Proteste, die sich von den eher materiellen Forderungen auf "politische" Inhalte ausweiteten und die deswegen als "neue StudentInnenbewegung" bezeichnet wurden,<sup>29</sup> ebnten jedoch zu Anfang des Jahres 1989 wieder ab, ohne wesentliche Veränderungen bewirkt zu haben.

Die Studentenschaften organisierten sich auch nach der Studentenbewegung wieder in einem bundesweiten Verband. Im Jahr 1975 erfolgte dazu die Neugründung der VDS, die nun den Verband der linken Studentenschaften der Fachhochschulen, Gesamthochschulen und Universitäten darstellte. Die VDS setzte sich als Hauptaufgabe, "mit der fortschrittlichen Studentenschaft die Rechten und reaktionären Kräfte und ihre Handlanger an den Hochschulen zu bekämpfen" und sich für "die Verwirklichung antikapitalistischer Politik" einzusetzen.<sup>30</sup> Dabei gab es bis Mitte der achtziger Jahre immer wieder heftige Auseinandersetzungen mit den zuständigen Ministerien um die Rechte der VDS. Anlaß dafür waren allgemeinpolitische Stellungnahmen der VDS und die Verwendung von studentischen Geldern für allgemeinpolitische Zwecke. Den ASten wurde zeitweise die Mitarbeit in der VDS und vor allem die finanzielle Unterstützung des Verbandes untersagt.

Weniger wegen solcher Verbote, sondern mehr auf Grund interner Streitigkeiten gaben in den achtziger Jahren viele ASten dann die Mitarbeit in dem Verband auf. Die VDS verlor allmählich an Bedeutung und hat sich mittlerweile aufgelöst.

Während in den Jahren nach der Studentenbewegung die studentischen Vertretungen an den meisten Hochschulen von Gruppierungen aus dem linken Spektrum bestimmt waren, die verschiedenen Parteien und Organisationen zugehörten, prägten ab Mitte der siebziger Jahre dann "unorganisierte" Gruppierungen, die der Basis- und Sponti-Bewegung entstammten, die studentische Politik. In den achtziger Jahren waren dann verschiedenste, vor allem linke Gruppierungen in den ASten der BRD vertreten. Bis ins Jahr 1989 blieben dabei die gewählten studentischen Vertretungen an 90 Prozent der bundesdeutschen Hochschulen von linken Gruppierungen bestimmt.<sup>31</sup>

Da die Ergebnisse der studentischen Wahlen auf Grund der allgemein niedrigen Wahlbeteiligung an Hochschulen (die durchschnittlich bei 25% lag) nicht unbedingt mit der politischen Ausrichtung der gesamten Studentenschaft korrespondieren, soll die politische Ausrichtung von Studierenden anhand verschiedener Erhebungen näher betrachtet werden.

In diesen Studien wurde die Selbsteinordnung von Studierenden in das sogenannte Links-Rechts-Spektrum ermittelt, aus der sich gewisse Tendenzen erkennen lassen:

In den siebziger Jahren stieg der Anteil der Studierenden, die sich zur linken Wählerschaft zählten, von etwas mehr als einem Drittel im Jahr 1974 auf zwei Drittel im Jahr 1979 an.<sup>32</sup> Dabei ordneten sich ab Ende der siebziger Jahre ungefähr die Hälfte der links wählenden StudentInnen dem alternativen Spektrum zu. Im Jahr 1984 waren es etwas mehr als die Hälfte der Studierenden, die sich zu linken Parteien bekannte. Von ihnen bezeichnete sich allerdings nur noch ein Drittel als alternativ wählend.<sup>33</sup> Bis 1988 blieb diese Verteilung ungefähr erhalten (neuere Ergebnisse liegen mir nicht vor). Der Anteil der konservativ wählenden Studierenden war in den siebziger Jahren relativ konstant und betrug ungefähr ein Fünftel der Studentenschaft. Bis Mitte der achtziger Jahre

---

29 Spiegel 16.1.1989.

30 VDS 1976.

31 Huber 1989, S. 119.

32 Mayer 1981, S. 94.

33 Peisert 1985, S.257.

stieg dieser Anteil auf ungefähr ein Viertel an.<sup>34</sup> Der Rest der Studierenden bezeichnete sich jeweils als "Mitte" oder "indifferent".

Es läßt sich also feststellen, daß die Mehrheit der Studierenden sich zunächst dem linken Spektrum zugehörig fühlte. Dabei ist die Tendenz seit Anfang der achtziger Jahre sinkend und der Anteil der sich links zuordnenden Studierenden könnte mittlerweile auch unter 50 Prozent liegen.

### 2.2.3 *Bereitschaft zum politischen Engagement*

Übereinstimmend wurde in verschiedenen Studien festgestellt, daß die studentische Bereitschaft zu politischer Aktivität eng mit der Einordnung im Links-Rechts-Spektrum zusammenhing. So wurde zum Beispiel festgestellt: "Die Beteiligung an hochschulpolitischen Aktivitäten ist umso höher, je größer das allgemeine politische Interesse und je ausgeprägter die Links-Orientierung von Studenten ausfällt."<sup>35</sup> Diese Feststellung wird durch Ergebnisse einer anderen Untersuchung bestätigt und auch erklärt. Hier wurde die Bereitschaft zu politischer Aktivität in und außerhalb der Hochschule im Zusammenhang mit einem anderen für politische Aktivität relevanten Merkmal ermittelt, das eng mit der Einordnung im Links-rechten Spektrum korrespondierte. Dabei handelte es sich um die Einstellung gegenüber sogenannten alternativen Werten.

In Abgrenzung von konventionellen Grundhaltungen wurde die Definition alternativer Werthaltungen allgemein folgendermaßen vorgenommen:<sup>36</sup> Die Einstellung der "Alternativen" beinhaltet die Infragestellung traditioneller Politik- und Organisationsformen und dabei die grundsätzliche Bereitschaft zur aktiven Mitgestaltung der Gesellschaft. Dazu kommen Werte wie die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit, Wunsch nach Selbstverwirklichung, Traum vom Ausstieg aus gesellschaftlichen Zwängen und einen sinkenden Stellenwert der Erwerbsarbeit. Dem folgt eine relative Geringschätzung materiellen Wohlergehens und sozialer Sicherheit und wachsende Sensibilität für die Themen der Friedens-, Ökologie- und Frauenbewegung, sowie der Zerfall des gesellschaftlich-technischen Fortschrittsglaubens. "Konventionelle" sind dagegen diejenigen, die ihr Studium eher berufsbezogen oder gar instrumentell verstehen, um darüber zu Einkommen und Karriere zu gelangen und deshalb oft einen raschen Studienabschluß anstreben. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis: "Je alternativer Studierende sind, desto linker ordnen sie sich ein bzw., je linker sie sind, desto häufiger teilen sie alternative Orientierungen" und "desto größer ist die Bereitschaft zum politischen Engagement".<sup>37</sup>

Die höhere Aktivität der links stehenden StudentInnen erklärt sich so aus dem Zusammenhang linker Standorte und alternativer Wertmuster und dem damit verbundenen Politikverständnis. Dabei stellt die Studie allerdings auch fest, daß die Bereitschaft zu politischer Aktivität bei entschieden rechts gerichteten Studierenden ebenfalls relativ groß ist. Demzufolge wäre zu erwarten, daß mit einem Ansteigen eines solchen Potentials an den Hochschulen die Aktivität des rechten Spektrums ansteigen würde.

Die Bereitschaft zum politischen Engagement der Studentenschaft zeigt insgesamt im Zeitraum der letzten 20 Jahre relativ große Schwankungen: In einer Umfrage im Jahr 1978 gaben fast drei Viertel der Studierenden an, sich für hochschulpolitische Aktionen mobilisieren zu lassen.<sup>38</sup> Die Bereitschaft, sich zumindest punktuell im Bereich der Hochschulpolitik zu engagieren, blieb laut einer Umfrage im Jahr 1982 zunächst noch bei der Hälfte der Studierenden bestehen und sank dann allmählich auf etwa ein Drittel im Jahr 1984 ab.<sup>39</sup> Anfang der achtziger Jahre war die politische Aktivität von Studierenden statt dessen vor allem auf das Engagement in den sogenannten neuen sozialen Bewegungen gerichtet, an denen bis zu einem Drittel aller Studierenden beteiligt waren.<sup>40</sup>

34 Mayer 1981, S. 94; Peisert 1985, S. 257.

35 Peisert 1981, S. 51.

36 Krause 1980, S.193; Peisert 1985, S. 284.

37 Peisert 1985, S. 305.

38 Peisert 1981, S. 130.

39 Peisert 1985, S. 42.

40 ebenda, S. 295.

Mit dem allmählichen Abflauen der neuen sozialen Bewegungen ging das politische Engagement der Studierenden in und außerhalb der Hochschulen weiter zurück. Die Bereitschaft zum politischen Engagement hing also offensichtlich nicht nur mit der Verteilung im politischen Spektrum zusammen, die sich wesentlich weniger verändert hatten. Sie scheint vielmehr auch von anderen Faktoren abzuhängen. Die Bereitschaft, kontinuierlich an studentischer Politik in Gremien oder in politischen Hochschulgruppen mitzuarbeiten, war zwar im gesamten Zeitraum wesentlich geringer, blieb aber relativ konstant. Der Anteil der daran beteiligten Studierenden wurde in verschiedenen Studien auf zwischen drei und acht Prozent ermittelt.<sup>41</sup>

Die Tatsache, daß politische Aktivitäten an Hochschulen bislang weitgehend von linken Gruppierungen bestimmt blieben, läßt sich also nicht nur daraus erklären, daß die Mehrheit der Studierenden sich dem linken Spektrum zugehörig fühlte. Sie war vielmehr auch dadurch bedingt, daß die Bereitschaft zu politischer Aktivität bei Studierenden, die linke Positionen vertraten, wesentlich größer war. Ob sich in dieser Hinsicht mit dem allmählichen Anwachsen der konservativen Wählerschaft an den Hochschulen<sup>42</sup> etwas ändert, bleibt abzuwarten.

#### 2.2.4 Politisch Aktive und Studium

Die an der Hochschule politisch aktiven StudentInnen kamen in den letzten Jahren, nach den oben dargestellten Erhebungen, tendenziell aus dem linken Spektrum und waren eher Studierende mit alternativen Wertmustern.

In den Studienorientierungen der "Alternativen", die weniger berufsbezogen waren, stand vor allem die eigene Bildung und die persönliche Entwicklung im Vordergrund. Diese Werte wurden in verschiedenen Studien als der Hochschule positiv zuarbeitend bezeichnet, da sie eine konstruktive Mitarbeit und großes Interesse an den Studieninhalten bewirken. Das größere Mißtrauen der Studierenden mit alternativen Wertmustern gegen die traditionelle Wissenschaft, der Einsatz für die Hochschule als kulturellem Lebensraum, der nicht nur Arbeits- oder Leistungsfeld darstellen sollte, das Eintreten für Entregulierungen und gegen Studienvorschriften, resultierten aus dieser Einstellung. Die dadurch bedingte Kritik an der Hochschule ließ die StudentInnen, so die Ansicht der Autoren, für die Hochschulen auch unbequemer werden.<sup>43</sup>

Es stellt sich in der Folge die Frage, wie die politisch aktiven Studierenden mit den vorgegebenen Studienanforderungen umgingen und ob sie, nach den offiziellen Maßstäben für den Studienerfolg, eher schlechtere StudentInnen waren. Eine Untersuchung kam dabei zu folgenden Ergebnissen: "Examenskandidaten, die in hochschulpolitischen Gruppen oder Gremien mitgearbeitet haben, studieren etwas länger, beteiligen sich stärker an Lehrveranstaltungen und sind stärker fachlich interessiert. Mit der (standardisierten) Examensnote besteht kein Zusammenhang."<sup>44</sup>

Zu fast demselben Ergebnis kam eine andere Untersuchung aus dem Jahr 1984. Im Zusammenhang mit alternativen Wertmustern von Studierenden wurde festgestellt: Politisch Aktive studierten nur etwa ein Semester länger als der Durchschnitt. Sie investierten dabei weniger an wöchentlicher Arbeitszeit für das Studium, nämlich nur 34,6 anstatt 39,5 Stunden pro Woche (im Mittel für alle Fachrichtungen). Dabei waren die Studienleistungen mit einer durchschnittlichen Examensnote von 2,6 sogar etwas besser als bei "konventionellen Studierenden", für die eine durchschnittliche Examensnote von 2,7 ermittelt wurde. Betont wurde von den Autoren, daß dieses Ergebnis auch nicht darauf zurückgeführt werden kann, daß die "Alternativen" in Fächern studierten, in denen tendenziell bessere Noten vergeben werden, wie es den Geistes- und Sozialwissenschaften nachgesagt wird.<sup>45</sup>

Diese Ergebnisse weisen einerseits darauf hin, daß politisch aktive Studierende sich offensichtlich nicht aus ihrer eher kritischen Haltung heraus Studienanforderungen verweigern. Außerdem scheint die kritische Auseinandersetzung mit Studieninhalten entweder prinzipiell "Lernprozessen"

41 Peisert 1981, S. 51; Teichler 1987, S.145.

42 Ergebnisse der studentischen Wahlen an der GhK im Anhang.

43 Krause/Lehnert 1980, S. 76.

44 Teichler 1987, S. 146.

45 Peisert 1985, S. 302.

zutraglich zu sein, oder es engagieren sich vor allem Studierende, die weniger Schwierigkeiten mit Studienanforderungen haben. Diese Annahmen müßten allerdings genauer untersucht werden, was hier leider nicht geleistet werden kann. Ein deutliches Ergebnis der Untersuchungen scheint mir aber die Feststellung zu sein, daß politisches Engagement an der Hochschule tendenziell mit einem größeren inhaltlichen Interesse am Studium zusammenhing und nicht etwa aus prinzipiellem Desinteresse als "Ersatzbeschäftigung" entstand.

### 3. Die politischen Aktivitäten von Studierenden an der GhK

Der nächste Teil meiner Arbeit beinhaltet die konkrete Politik von Studierenden an der GhK. Dargestellt werden die Inhalte und konkreten Ziele, welche die Politik der Studierenden bestimmten. Gezeigt werden soll dabei auch, durch welche Vorgehensweisen versucht wurde, diese Ziele zu erreichen und welche Gruppierungen dabei aktiv wurden. Darstellen möchte ich so, welche Entwicklung Inhalte und Formen der politischen Aktivität in den nun fast 20 Jahren des Bestehens der Gh Kassel genommen haben und in welcher Weise sich studentische Politik auf die Gestaltung der Hochschule auswirkte.

Es folgt zunächst eine Vorstellung der Bereiche, in denen studentische Politik sich formiert. Im wesentlichen sind das die sogenannte Fachschaftsarbeit, die verschiedenen studentischen Hochschulgruppen und der AStA als gewählte studentische Vertretung. Die Vorstellung soll zunächst einen Überblick in bezug auf die am politischen Geschehen beteiligten Kräfte geben. Dabei bleibt die Beschreibung der breiteren "studentischen Basis", das heißt derjenigen, die sich punktuell an politischen Aktivitäten beteiligten oder sich dafür mobilisieren ließen, zunächst ausgeklammert.

Die nähere Darstellung der politischen Aktivitäten an der GhK folgt danach in Form einer chronologischen Dokumentation. Darin soll die Entwicklung der studentischen Politik im Zusammenhang mit dem jeweiligen politischen Geschehen in und außerhalb der Hochschule betrachtet werden. Auf Grund der Dokumentation möchte ich dann eine zusammenfassende Einschätzung der studentischen Politik an der GhK vornehmen und abschließend einige Überlegungen zu Zukunftsperspektiven anstellen.

#### 3.1 Fachschaftsarbeit, politische Hochschulgruppen und AStA

##### 3.1.1 Arbeit der Fachschaften

Die offizielle studentische Vertretung an den Fachbereichen stellt der aus gewählten StudentInnen bestehende "Fachschaftsrat" dar. Aus diesem Gremium heraus hat sich aber bereits in der Gründungsphase der GhK eine erweiterte Form der Wahrnehmung studentischer Interessen entwickelt, die insgesamt betrachtet bislang in allen Fachbereichen praktiziert wurde. Sie ging über die Wahl eines VertreterInnengremiums hinaus und entstand aus der Auffassung, daß alle StudentInnen des Fachbereichs ein Recht auf Mitbestimmung haben sollten. Das bedeutete in der Praxis, daß alle Interessierten an den Fachschaftsratssitzungen teilnehmen konnten und alle daran Beteiligten Mitspracherechte hatten.

Inhalt der Fachschaftsarbeit waren einerseits konkrete Probleme, wie Auseinandersetzungen mit einzelnen Professoren, Raumnot an Fachbereichen und der Kampf gegen die Verschärfung von Studien- und Prüfungsordnungen. Dies beinhaltete auch den Versuch, Reformelemente in den Studiengängen (z.B. Praxisanteile und Projektstudium) zu erhalten. Darüberhinaus wurden die Treffen der Fachschaften auch immer wieder als Diskussionsforum gesehen, in dem über den Sinn des Studiums, Studienziele oder persönliche Probleme im Studium geredet werden konnte. In diesem Zusammenhang hatte die Fachschaftsarbeit auch eine soziale Funktion für die daran Beteiligten, woraus sich teilweise auch wieder Ansprüche für die Gestaltung des Studiengangs ergaben. Die Einforderung der Anliegen erfolgte bisher sowohl durch die studentischen VertreterInnen in den verschiedenen Fachbereichs- und Hochschulgremien, wie auch durch Streiks, Besetzungsaktionen oder Demonstrationen.

Ein weiterer Bereich der Fachschaftsarbeit war in den meisten Fachbereichen auch die jährliche Durchführung von Einführungswochen für StudienanfängerInnen. In manchen Fachschaften kam dazu die Veranstaltung von Festen oder die Einrichtung von kleinen Cafés am Fachbereich.

In dieser Beziehung spielte die Fachschaftsarbeit auch in bezug auf die Kontakte zwischen den Studierenden des Fachbereichs eine wichtige Rolle. Aus diesen entwickelten sich oftmals neue Initiativen (z.B. Zeitungs- oder Kulturprojekte) oder andere Gruppen, die sich für die Gestaltung des Studiengangs und der Hochschule einsetzten.

Fachschaftsarbeit fand in allen Fachbereichen in wechselnder Intensität statt. Sie war jeweils abhängig von den aktuellen Ereignissen am Fachbereich, der politischen Lage insgesamt und der stu-

dentischen Bereitschaft zur Aktivität. Im Zusammenhang mit den eher sozialen Funktionen fand aktive Fachschaftsarbeit aber auch außerhalb von "Wellen" studentischen Protests statt.

### 3.1.2 Politische Hochschulgruppen der Studierenden

In den folgenden Abschnitten werden die Hochschulgruppen vorgestellt, die hauptsächlich an der studentischen Politik an der GhK beteiligt waren. Dazu soll die Entwicklung der Gruppen und ihre grundsätzliche politische Ausrichtung dargestellt werden, bevor dies in der nachfolgenden Dokumentation konkretisiert wird. Gruppierungen, die sich im Lauf ihres Bestehens umbenannten oder auch ihre Organisationsform änderten, werden dabei in einem Abschnitt vorgestellt.

Auf die Vorstellung der vielen kleineren Gruppen, die im Lauf der Geschichte der GhK einige Sitze im Studentenparlament besetzen konnten, soll hier verzichtet werden. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß sie im wesentlichen aus Initiativen an einzelnen Fachbereichen entstanden oder die Vertretung bestimmter Gruppierungen, wie zum Beispiel von AusländerInnen, Frauen oder studentischen Eltern, darstellten.<sup>1</sup>

#### *Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB):*

Der SHB bestand bereits vor der Gründung der GhK an der Ingenieurschule, wo er den AStA stellen konnte. Der SHB hatte in der Gründungsphase der GhK, aus dem sozialdemokratischen Kontext heraus, zunächst den Anspruch, sich an der Verwirklichung von Reformen im Bildungswesen zu beteiligen. Die studentische Mitarbeit daran sollte durch den AStA der zukünftigen GhK und die Mitwirkung in deren Selbstverwaltungsgremien realisiert werden. Darum wollte sich die Gruppe zunächst für den Aufbau der studentischen Selbstverwaltung an der neuen GhK und die Verankerung von studentischen Mitbestimmungsrechten in Gremien einsetzen.<sup>2</sup> Der SHB wurde bei den ersten studentischen Wahlen stärkste Fraktion im Studentenparlament. In Koalition mit der "Roten Liste"<sup>3</sup> stellte er von 1972 bis 1973 den ersten AStA der GhK.

Die Gruppe, die sich bereits ab 1970 intensiv an der Gründungsphase der Hochschule beteiligt hatte, löste sich nach dem Erreichen ihres ersten Ziels, der Einrichtung einer einheitlichen Studentenvertretung an der GhK, allmählich auf. Die seit längerer Zeit Aktiven stiegen allmählich aus der Arbeit aus, und neue Mitglieder konnten nicht gewonnen werden.<sup>4</sup>

#### *MSB-Spartakus - MSB + Unorganisierte - Knallrot:*

Die Hochschulgruppe des MSB-Spartakus (Marxistischer Studentenbund) bestand in Kassel bereits vor der Gründung der GhK an einer ihrer Vorläuferinstitutionen. Grundlage des DKP-zugehörigen MSB-Spartakus war die auf marxistischer Theorie beruhende Ablehnung des Kapitalismus.

Aus der Überzeugung, nur in Verbindung mit der Arbeiterklasse auf das Ziel der Überwindung des Kapitalismus hinarbeiten zu können, war der Gruppe vor allem auch das Engagement außerhalb der Hochschule wichtig. Zunächst wurde das durch die Verbindung zur "Mutterpartei" DKP realisiert.<sup>5</sup> Außerdem konzentrierte sich die Politik des MSB auf die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und die Organisation der Studentenschaft in der VDS. Aus dem gesamtgesellschaftlichen Kontext heraus wurde versucht, antikapitalistische Politik auch an der Hochschule zu verwirklichen. So setzte sich die Gruppe gegen eine an Verwertungsinteressen der Industrie orientierte Ausrichtung von Forschung und Lehre ein. Der MSB kämpfte für den Erhalt freier, selbstbestimmter Studienmöglichkeiten, durch welche die Entwicklung eines emanzipatorischen Bewußtseins an der Hochschule erreicht werden sollte.<sup>6</sup>

1 Ergebnisse der studentischen Wahlen s. Anhang.

2 AUK-Info 1969.

3 Eine Gruppe, die sich 1973 in den kommunistischen Studentenbund integrierte.

4 Rücktrittserklärung des AStA-Vorsitzenden, 5.1.73.

5 Wahlinfo MSB 1974.

6 Erstsemester-Info 1981.

Die Gruppierung hatte meist zwischen drei und fünf Sitzen im Studentenparlament und konnte durch Koalitionsbildung von 1981 bis 1985 AStA-ReferentInnen stellen. Sie war insgesamt betrachtet die einzige studentische Gruppierung, die fast 20 Jahre kontinuierlich in der Politik an der GhK mitwirkte.

Im Lauf der Jahre fand dabei allerdings ein gewisser Wandel in der Organisationsform der Gruppierung statt. Die Veränderung begann Ende der siebziger Jahre, als sich auch StudentInnen an der Arbeit der Gruppe beteiligten, die zwar die antikapitalistischen Positionen teilten, die Organisationsform im Spartakusbund aber ablehnten. Diese Entwicklung der Gruppe, die sich ab 1979 "MSB-Spartakus und Unorganisierte" nannte, setzte sich in der Folge fort. So fand eine allmähliche Ablösung von der Organisation im MSB statt. Die Gruppe nannte sich ab Mitte der 80er Jahre "MSB-Knallrot" und schließlich, im letzten Jahr ihres Bestehens, nur noch "Knallrot". Nach den studentischen Wahlen 1990 löste sich die Gruppe auf, da sie nur noch aus wenigen Mitgliedern bestand und, im Zusammenhang mit einem enttäuschenden Wahlergebnis, auch keine Perspektive zur Weiterarbeit sah. Die politische Ausrichtung hatte sich im Lauf der Entwicklung zu einer Haltung modifiziert, die auf der Grundlage marxistischer Theorie eine kapitalismuskritische Position einnahm und sich so für gesellschaftliche Veränderung einsetzte.

#### *RCDS - Freie Liste:*

Der RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten), der Studentenverband der CDU, war eine weitere Gruppierung, die bereits vor Gründung der GhK an der Ingenieurschule bestand.

Grundlage der Politik des RCDS war der Anspruch, sich für die Bedürfnisse der Studierenden einzusetzen. Die Politik richtete sich so auf die Verbesserung des Lebensstandards und der Ausbildungs- bzw. Karrieremöglichkeiten der Studierenden. In der Politik, die sich auf die unmittelbaren Interessen der eigenen Gruppierung bezog, wurden gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge weitgehend ausgeklammert. Die Gruppe vertrat so auch die Auffassung, daß Allgemeinpolitik nicht im Zuständigkeitsbereich studentischer Vertretungen lag.<sup>7</sup>

Die politischen Forderungen des RCDS richteten sich darum vor allem auf die Verbesserung der Bafög-Bedingungen und die Wahrung gewisser Freiheiten in der Studiengestaltung. So sprach sich der RCDS zum Beispiel 1980 für eine möglichst liberale Regelung der Anpassung der Landeshochschulgesetze an das HRG und gegen Regelstudienzeiten aus. In diesem Zusammenhang bezog die Gruppe auch für die gesetzliche Verankerung der verfaßten Studentenschaft Stellung.<sup>8</sup> Die Aktivitäten des RCDS konzentrierten sich auf Serviceleistungen für Studierende, wie Sozialberatung für Bafög und Wohngeld, Studienberatung und Zimmervermittlung. Daneben richtete sich die Politik, da die Gruppe sich an der GhK immer in der Oppositionsrolle befand, vor allem darauf aus, die Politik des jeweiligen AStAs bzw. des Studentenparlaments zu behindern. So wurde zum Beispiel versucht, einstweilige Verfügungen gegen politische Aktivitäten des AStA zu erlangen oder durch Geschäftsordnungsanträge bei formalen Fehlern, Beschlüsse im Studentenparlament zu verhindern.

Der RCDS konnte bei den ersten studentischen Wahlen noch acht Sitze im Studentenparlament besetzen, die er bis Anfang der achtziger Jahre allmählich verlor; im Jahr 1983 schließlich erhielt er keinen Sitz mehr. Ab 1986 konnte die Gruppierung dann einen kontinuierlichen Anstieg an Sitzen im Studentenparlament verzeichnen. Der Stimmenzuwachs der Gruppierung erfolgte auch im Zusammenhang mit einer Veränderung der Organisationsform der Gruppe. Der RCDS an der GhK mußte sich im Jahr 1986 vom Verband trennen, da er sich einer vom Verband ausgesprochenen Ablehnung von Gesamthochschulen nicht anschloß. Die Gruppe wurde in "Freie Liste" umbenannt, sie bezeichnete sich von nun an als parteiungebunden, aber auf Grund ihrer politischen Überzeugung der CDU nahestehend.<sup>9</sup>

Die politischen Forderungen der Freien Liste richteten sich weiterhin in erster Linie auf die Verbesserung der sozialen Lage der StudentInnen (z.B. Wohnungssituation und Bafög-Bedingungen), die bessere Ausstattung der Hochschule und die Anerkennung der GhK als Universität. Durch die Verwirklichung dieser Forderungen sollte StudentInnen das schnelle und erfolgreiche

7 Wahlinfo RCDS 1975.

8 Wahlinfo RCDS 1980.

9 Wahlinfo Freie Liste 1989.

Absolvieren des Studiums und das Erreichen eines anerkannten Studienabschlusses ermöglicht werden. Die Freie Liste bezog Stellung für eine AStA-Politik, die sich, um die Situation der Studierenden zu verbessern, an den Bedürfnissen der StudentInnen orientieren sollte, wie zum Beispiel die Vermittlung von Wohnraum und Jobs und die ausreichende Versorgung der Hochschule mit Parkplätzen.<sup>10</sup> Die Aktivität der Gruppe selbst richtete sich in erster Linie auf die Veranstaltung von Feten und die Vorführung von Unterhaltungsfilmen an der Hochschule.

#### *Juso-Hochschulgruppe:*

Anfang der siebziger Jahre entstanden aus dem gemäßigten Flügel des SHB, als dieser mit der Mutterpartei SPD brach, Juso-Hochschulgruppen (Jungsozialisten) als neue Studentenorganisation der Partei. An der GhK wurde die Juso-Hochschulgruppe 1978 gegründet, sie war also nicht direkt aus dem SHB hervorgegangen, da dieser sich 1972 aufgelöst hatte. Hauptziel der Juso-Hochschulgruppe war, auf die Überwindung der, nach ihrer Auffassung bestehenden, kapitalistischen Krise hinzuwirken. Zur Überwindung dieser Krise war ihrer Ansicht nach eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft nach ökologischen und sozialen Gesichtspunkten notwendig. Eine erfolgreiche Arbeit für diese Ziele schien der Gruppe nur durch die gemeinsame Interessenvertretung mit Kräften außerhalb der Hochschule möglich zu sein.<sup>11</sup>

Grundlage der Politik der Jusos war darum die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften in und außerhalb der Hochschule und mit gesellschaftlichen Verbänden. Vor allem die Verbindung zur Arbeiterklasse war für die Juso-Hochschulgruppe Voraussetzung dafür, keine "ständische Interessenpolitik der StudentInnen" auf Kosten der Arbeiterklasse zu betreiben. Die angestrebte Zusammenarbeit mit Kräften außerhalb der eigenen Hochschule beinhaltete außerdem die grundsätzliche Befürwortung der Organisation der Studentenschaft in der VDS. Auf die Hochschule bezogen richteten sich die Forderungen der Jusos zum Beispiel auf den Erhalt der Hochschulreform, nach besserer Ausstattung der Hochschulen und auf verantwortlich betriebene Forschung. Sie sprachen sich für das politische Mandat der StudentInnenschaft aus, da hochschulbezogene Fragen nicht vom allgemeinpolitischen Kontext zu trennen seien und setzten sich für mehr Mitbestimmungsrechte für StudentInnen ein.<sup>12</sup>

Die Juso-Hochschulgruppe, die 1979 erstmals für das Studentenparlament kandidierte, konnte an der GhK keine Mehrheit gewinnen. Die Gruppe hatte im Lauf der Jahre meist zwischen drei und fünf Sitzen im Studentenparlament und war zwischen 1981 und 1985 durch Koalitionsbildung an drei ASten beteiligt. Obwohl die Juso-Hochschulgruppe im Lauf ihres Bestehens oft grundsätzlich der SPD entgegengesetzte Positionen vertrat, wurde eine Ablösung von der Partei nie in Erwägung gezogen. Die Mitarbeit in der SPD wurde damit begründet, daß die SPD "immer noch die Partei der Arbeiterklasse" sei und damit die "Massenbasis" hinter sich habe, die für eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft notwendig sei.<sup>13</sup> In der praktischen Politik an der Hochschule wurde von den Jusos immer wieder die Haltung vertreten, daß zunächst eine "gründliche Analyse der Situation in der BRD und die Diskussion der Lage der Linken" notwendig sei um erfolgversprechend handlungsfähig zu werden, die "blinde Einreihung in aktive Massenbewegungen" wurde darum abgelehnt.<sup>14</sup> Diskussionen, Verhandlungen und auch die Mitwirkung in den Gremien an der Hochschule waren somit wesentliche Bestandteile der Politik der Juso-Hochschulgruppe.

#### *Demokratischer Linker Block (DLB):*

Die Hochschulgruppe des DLB bestand ebenfalls bereits vor der Gründung der GhK an der Ingenieurschule. Die Gruppe war als Studentenverein verschiedener linker Gruppierungen gegründet

---

10 Wahlprogramm Freie Liste 1990.

11 Erstsemester-Info 1981.

12 ErstsemesterInnen-Info 1986

13 ebenda.

14 Juso Wahlprogramm 1982.

worden. Sie setzte sich an der GhK das Ziel, an der Verwirklichung der Reform mitzuwirken.<sup>15</sup> Die Gruppe konzentrierte sich dabei zunächst auf die Wahrnehmung der Mitsprachemöglichkeiten in den Gremien. Der DLB wurde nach der Auflösung des SHB stärkste Fraktion im Studentenparlament. Die Gruppe konnte so ab 1973 zwei Jahre den AStA stellen bis sie sich ebenfalls auflöste.

Während dieser Zeit der Arbeit im AStA erweiterte sich das Interesse der Gruppe auch auf Themen, die über hochschulbezogene Angelegenheiten hinausgingen. Die Gruppe wurde während der AStA-Arbeit außerdem in zunehmendem Maße von den geringen Einflußmöglichkeiten der Hochschulgremien auf die Gestaltung der Hochschule desillusioniert. In diesem Zusammenhang veränderte sich die Haltung des DLB von der "StellvertreterInnenpolitik" in den Hochschulgremien hin zu einer zunehmenden Basisorientierung. Die VertreterInnen des DLB sahen keine Perspektive mehr in stellvertretendem Handeln einiger weniger Aktiver und versuchten darum, die Studierenden zur politischen Aktivität zu mobilisieren.

Die Hochschulgruppe des DLB löste sich im Jahr 1975 allmählich auf, da langjährig Aktive ausschieden. Einige verbleibende Mitglieder wirkten schließlich bei einer neugegründeten "Basisgruppenliste" mit.<sup>16</sup>

#### *Basisgruppenliste:*

Die Basisgruppenliste wurde 1975 als Zusammenschluß verschiedener Fachbereichsbasisgruppen aus den Studiengängen Elektrotechnik, Architektur, Wirtschaft und Landwirtschaft und einigen früheren Mitgliedern des DLB gegründet. Die Liste wollte unabhängig von Parteien und Organisationen und deren Programmen, "unorganisiert und undogmatisch", linke Politik an der Hochschule realisieren.<sup>17</sup>

Die in der Gruppe Aktiven fühlten sich im wesentlichen Basisbewegungen zugehörig, die im Widerstand gegen die herrschenden Gesellschaftsstrukturen aktiv waren und alternative Lebenskonzepte zu verwirklichen versuchten. Die Ablehnung aller Hierarchien bestimmte dabei die politische Grundhaltung der Basisgruppen, sie lehnten die herrschenden, ihrer Ansicht nach scheidemokratischen Strukturen und daraus resultierende StellvertreterInnenpolitik ab. Sie befürworteten statt dessen die Bestimmung der Politik durch die Basis.<sup>18</sup>

Diese Einstellung war auch Grundlage ihres Engagements an der Hochschule. Sie begriffen die Hochschule als Arbeits- und Lebensraum, der nach gemeinsam erarbeiteten Vorstellungen aller Beteiligten gestaltet werden sollte. Davon erhofften sie sich eine Enthierarchisierung der Strukturen, die Humanisierung der Hochschule als Lebensraum und eine nach sozialen und ökologischen Kriterien ausgerichtete Lehre und Forschung. Die Hochschule sollte dabei keine "Insel" sein, sondern sich als Teil der Gesellschaft begreifen und ein Ausgangspunkt für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen werden.<sup>19</sup>

Die Basisgruppenliste erhielt ab 1975, als sie zum ersten Mal kandidierte, bis ins Jahr 1980, dem Zeitpunkt ihrer vorläufig letzten Kandidatur, die absolute Mehrheit im Studentenparlament und konnte so sechs Jahre lang den AStA stellen. Ab 1982 kandidierte die Gruppe erneut. Sie war dann ab 1985 in Koalition mit der Hochschulgruppe Reformruine nochmals im AStA tätig. Die Basisgruppen gingen dann im Laufe von zwei Jahren in der Gruppe der Reformruine auf.

Die Politik der Gruppe bewegte sich im Lauf ihrer Tätigkeit immer im Spannungsfeld zwischen der Mitarbeit in den vorhandenen, von ihnen abgelehnten, Mitbestimmungsstrukturen, um die Möglichkeiten der Veränderungen von innen auszuschöpfen, und ihrer demonstrativen Verweigerung, um sich auf andere Arbeitsformen zu konzentrieren. Bereits die Kandidatur zu den studentischen Wahlen beinhaltete allerdings, daß die VertreterInnen der Basisgruppenliste keine radikale Verweigerungsstrategie befürworteten. Sie waren durchaus bereit, zum Beispiel die Möglichkeiten

15 DLB Wahlprogramm 1973.

16 Scheuerer 1981, S. 103.

17 Fachschaftszeitung der Technikstudiengänge 1976.

18 Wahlinfo 1976.

19 Selbstdarstellung der BGL 1978.

des AStA zu nutzen, um ihren politischen Zielen näherzukommen. Auch der Sinn der Mitarbeit in der VDS wurde von der Gruppe immer wieder in Frage gestellt, da sie den Verband oftmals als von der Basis entfernt handelndes Gremium empfand.

#### *SIT - Immerhin - Reformruine:*

Die SIT (Studenteninitiative Technik) entstand 1978 aus einer Initiative von IngenieurstudentInnen. Sie wandten sich gegen die Studienbedingungen in den Technikfachbereichen, wie zum Beispiel die hohe Stundenbelastung und die schlechte Ausstattung der Bibliothek. Es entwickelte sich eine Gruppe, die sich weitergehend über die sinnvolle Gestaltung der Ingenieurstudiengänge Gedanken machte und sich vor allem mit den Themen "alternative Technologie" und "Ökologie" auseinandersetzte.<sup>20</sup>

Ihre hauptsächlichen Ziele waren zunächst eine interdisziplinäre Ausbildung, durch die Ingenieure zum verantwortungsbewußten Handeln befähigt werden sollten, und die Ausrichtung der Forschung auf mensch- und umweltgerechte Technologie. Die Gruppe vertrat die Auffassung, daß eine Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft nach ökologischen Gesichtspunkten notwendig sei. Sie wollte darauf durch die entsprechende Ausrichtung von Forschung und Lehre an der Hochschule hinwirken.<sup>21</sup>

Die SIT kandidierte 1979 erstmals für das Studentenparlament und war 1982 und 1983 an AStA-Koalitionen beteiligt. Im Lauf der AStA-Mitarbeit erweiterte sich das Interesse der Gruppe, an die sich nun auch StudentInnen aus anderen Fachbereichen anschlossen, auch auf andere politische Themen. Die Gruppe sah immer mehr die Verknüpfung von ökologischen und sozialen Problemen mit Wirtschaft und Politik. So entstand schließlich eine umfassende Ablehnung von autoritären und ausbeutenden Gesellschaftsstrukturen, was die Absage an das System des herrschenden Kapitalismus und des real existierenden Sozialismus beinhaltete. Die Politik der Gruppe, die sich für die Entwicklung einer alternativen Gesellschaft aussprach, setzte dabei weiterhin im eigenen Arbeitsfeld Hochschule an, um von dort aus auch allgemeinpolitisch aktiv zu werden.<sup>22</sup>

Das Projekt "Immerhin" bestand aus einer Gruppe von StudentInnen am Fachbereich Kunst, die gegen eine ihnen basisfeindlich erscheinende Politik eines Juso/MSB-AStA protestierten. Sie stellten sich 1984 erstmals zur Wahl, weil sie sich über die "abgehobene Politik von StudentInnen an der Hochschule aufregten" und darum an "Interessen der StudentInnen orientierte Politik" verwirklichen wollten. Darin sahen sie die einzige Möglichkeit, die sich zunehmend außerhalb der Hochschule orientierende Basis wieder in die Hochschule zu integrieren und an der Hochschule "Kunst und Kultur" wieder aufleben zu lassen.<sup>23</sup>

Die Gruppen SIT und Immerhin schlossen sich, um in breiter Front für basisorientierte Politik die Mehrheit zu gewinnen, im Jahr 1985 zur Hochschulgruppe Reformruine zusammen. Diese Gruppe konnte dann ab 1985 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt den AStA stellen. Dies geschah zunächst, wie oben erwähnt, in Koalition mit der Basisgruppenliste, die sich dann allmählich in die Reformruine integrierte.

Auf Grundlage der politischen Haltung oben genannter Gruppierungen setzte sich die Reformruine für den Erhalt der Reformelemente an der GhK und gegen den Umbau der Hochschule zu einer klassischen Universität ein. Dies geschah zunächst aus der Fachschaftsarbeit heraus und wurde auch durch die verstärkte Mitwirkung in den Gremien der Hochschule zu realisieren versucht.<sup>24</sup> Die Mitarbeit in den Gremien wurde auf Grund der geringen Einflußmöglichkeiten der StudentInnen dann immer wieder in Frage gestellt, aber insgesamt dennoch weitergeführt. Hochschulpolitik wurde auch weiterhin vor dem gesamtgesellschaftlichen Hintergrund betrachtet. So wurde auch im allgemeinpolitischen Bereich gearbeitet, der sich allmählich zu einem hauptsächlichen Schwerpunkt

---

20 Erstsemesterinfo 1981.

21 SIT-Wahlinfo 1981.

22 Erstsemester-Info 1984.

23 Fachschaftszeitung Kunst, Jan. 1985.

24 Erstsemester-Info 1985.

der Arbeit entwickelte.<sup>25</sup> Im Zusammenhang mit einer allmählichen Abkopplung der Gruppe von der Fachschaftsarbeit und dem gleichzeitig zunehmenden Desinteresse an politischem Engagement in der Studentenschaft wurde dabei vor allem mit Initiativen Kassels und einzelnen studentischen Projekten zusammengearbeitet.

### 3.1.3 Arbeit des AStA der GhK

Während des fast schon 20jährigen Bestehens der GhK haben sich in der "Institution AStA" Organisationsstrukturen entwickelt, deren Aufbau insgesamt betrachtet ein relativ kontinuierlicher Prozeß war. Von keiner der verschiedenen linken Listen, die im Lauf der Jahre den AStA stellten, wurde die vorgefundene Struktur grundlegend umgeworfen. In dieser Beziehung entsprachen sich offensichtlich die Vorstellungen, trotz der ansonsten unterschiedlichen politischen Ansätze. Konkret betraf dies im wesentlichen eine ähnliche Aufteilung der Arbeitsgebiete der AStA-ReferentInnen, eine allmähliche Erweiterung der im AStA beschäftigten Personen und die kontinuierliche Unterstützung von "Autonomen Referaten".

Bisher bildeten fünf ReferentInnen, die jährlich vom Studentenparlament gewählt wurden, den AStA. Sie arbeiteten "hauptamtlich" normalerweise ein oder zwei Jahre. Sie erhielten dabei jeweils eine Aufwandsentschädigung, die meist ungefähr dem geltenden Bafög-Satz entsprach, durch welche die Zeit der Pause vom Studium materiell abgesichert werden sollte.

Neben gemeinsam wahrgenommenen Aufgaben, wie zum Beispiel das Besetzen des Büros zu Sprechzeiten, das Erledigen von Post und die Mitarbeit bei Veranstaltungen, wurde bislang von allen amtierenden ASten eine ähnliche Aufgabenteilung vorgenommen. Dies geschah durch die Einrichtung von Arbeits- und Verantwortlichkeitsbereichen, den sogenannten Referaten. Außer dem zwangsläufig abzudeckenden Bereich der Verwaltung der Gelder, dem Finanzreferat, gab es normalerweise je ein Referat für die Erstellung einer Zeitung, für die Organisation kultureller Veranstaltungen, für Fachschafts- und Gremienarbeit oder Hochschulpolitik. Darüberhinaus gab es meist ein Referat mit eher allgemeinpolitischer Schwerpunktsetzung, das wechselnde, sich im Lauf der Jahre auch wiederholende Namen, wie zum Beispiel "Internationalismus", "angepaßte Technologie", "Frieden" oder "Ökologie" hatte.

Außer verschiedenen Verwaltungsaufgaben waren hauptsächliche Arbeitsfelder des AStA die Koordination und Unterstützung studentischer Aktivitäten, die Organisation politischer und kultureller Veranstaltungen und die Herausgabe einer Zeitung. Dazu kamen zum Beispiel Verhandlungen mit Ministerium, Hochschulleitung und Studentenwerk. Diese Arbeitsbereiche hatten im Lauf der Geschichte der GhK allerdings unterschiedliche Bedeutung, wie in der nachfolgenden Dokumentation gezeigt werden soll.

Für den AStA arbeiteten außerdem noch weitere Studierende, die ebenfalls Aufwandsentschädigungen erhielten. Seit Mitte der 70er Jahre wurde so durch einen Drucker die Herausgabe von eigenen Zeitungen ermöglicht. Ab 1981 wurde durch eine, ab 1989 durch zwei Personen Bafög- und Sozialberatung für Studierende angeboten. Außerdem wurden für die StudentInnen in Witzhausen und die verschiedenen "Autonomen Referate" Mittel zur Verfügung gestellt, um deren gewählte VertreterInnen zu entschädigen.

Die Autonomen Referate stellten bislang die Vertretung verschiedener Interessengruppen von Studierenden dar, die in der Gesellschaft und an der Hochschule benachteiligten Gruppierungen angehörten. Die Referate wurden zwar aus Mitteln der Studentenschaft finanziert und nutzten dem AStA zur Verfügung gestellte Räume, waren aber vom AStA unabhängig arbeitende Gruppierungen. Ihre Politik war somit von den jeweils mitarbeitenden StudentInnen bestimmt. Die Referate wurden dabei nicht von den ASten ins Leben gerufen, sondern entstanden aus der Initiative der jeweiligen Gruppen. Da nach Auffassung der bisherigen Mehrheiten im Studentenparlament die eigenständige Interessenwahrnehmung von benachteiligten Gruppierungen als sinnvoll erachtet wurde, konnten sich die Autonomen Referate zu einem festen Bestandteil der studentischen Politik an der GhK entwickeln. So bestand seit Mitte der siebziger Jahre ein Ausländerreferat. Es folgte die Gründung eines Frauenreferates im Jahr 1979, das sich 1987 in Frauen-/Lesbenreferat umbenannte und eines Behindertenreferates im Wintersemester 1987/88.

---

25 Wahlprogramm Reformruine 1986.

### 3.2 Dokumentation der studentischen Politik an der GhK

In den folgenden Kapiteln möchte ich die politischen Aktivitäten von Studierenden an der GhK dokumentieren. Die chronologische Darstellung beinhaltet die kommentierte Beschreibung von hauptsächlichlichen Begebenheiten, Aktionen, Auseinandersetzungen und den jeweils vertretenen politischen Einstellungen. Die Betrachtung einzelner Ereignisse ist, vor allem was die Arbeit in den Fachschaften und in den Gremien betrifft, allerdings nur eine kleine Auswahl aus dem tatsächlichen Geschehen. Um die Darstellung nicht zu umfangreich zu gestalten, habe ich diesbezüglich nur einige, mir besonders wichtig oder auch exemplarisch erscheinende Ereignisse ausgewählt.

Vorab noch eine kurze Bemerkung zur folgenden Darstellung: Die trotz der Auswahl der Ereignisse ziemlich ausführliche Gestaltung der Dokumentation mag überflüssig erscheinen, da bereits nach den ersten Abschnitten deutlich werden wird, daß gewisse Themen, Vorgehensweisen und Argumentationen der studentischen Politik und auch die Erfahrungen, die darin gemacht werden im Grunde immer wiederkehren. Mir scheint aber auch gerade die Darstellung dieser Wiederholungen wichtig, um ein Charakteristikum der Politik nicht nur zu nennen, sondern darüberhinaus ein realistisches Bild der Politik zu zeichnen. Außerdem lassen sich beispielsweise anhand der Wiederholung von Themen die jeweils unterschiedliche Art und Weise des Umgangs mit ihnen erkennen und so auch Tendenzen der Veränderung aufzeigen.

Die Darstellung beruht im wesentlichen auf der Auswertung von studentischen Zeitungen, dem Schriftwechsel des AStA, Flugblättern verschiedener Gruppierungen und auch Veröffentlichungen der Hochschule. Darüberhinaus wurden aber auch Informationen aus Gesprächen mit an der Hochschulpolitik Beteiligten und schließlich auch die Erfahrungen aus der eigenen Arbeit miteinbezogen.

#### 3.2.1 1969-1971: Gründungsphase der GhK und Beginn studentischer Mitsprache

Im Rahmen des bundesweit geplanten Ausbaus des Hochschulwesens setzte sich ab 1969 ein "Arbeitskreis Universität Kassel" (AUK)<sup>26</sup> für die Gründung einer Universität in der Stadt ein. Ihm gehörten verschiedene Verbände, Gewerkschaften, die Parteien CDU und FDP und einige hessische Städte und Landkreise an. Die Kasseler Jungdemokraten drängten auf eine "Jugendvertretung" in diesem Arbeitskreis und konnten schließlich einen Jugendvertreter stellen.<sup>27</sup>

Im Februar 1970 wurde in Wiesbaden dann ein Kabinettsbeschuß zur Gründung einer integrierten GhK in Kassel gefaßt. In Kassel sollte keine Universität entstehen, sondern die Idee einer Reformhochschule verwirklicht werden. Von traditionellen Hochschulen sollte sie sich im wesentlichen durch die stärkere Verbindung von Wissenschaft und Praxis, die Verwirklichung von Interdisziplinarität, durch neue Lernformen und vor allem durch die Öffnung der Zugangsvoraussetzungen unterscheiden. Die GhK sollte durch Zusammenfassung von bestehenden Fachschulen in Kassel und Witzenhausen und einem neu zu gründenden Bereich entstehen. Zur Realisierung dieses Vorhabens kündigte der hessische Kultusminister von Friedeburg die Bildung einer Gründungskommission an, in der auch "sachverständige Schüler und Studenten" vertreten sein sollten.

Mit dem Thema "GhK" befaßten sich nun die Studentenvertretungen der verschiedenen Fachschulen Kassels. Im Einvernehmen mit ihnen beauftragte die gemeinsame Vertretung hessischer ASten den Marburger AStA, mit den bestehenden Studentenvertretungen in Kassel die studentenschaftliche Arbeit für die neu entstehende Hochschule zu übernehmen. Die hessischen Studentenschaften forderten außerdem die Fortführung der Planung durch ein demokratisch legitimes Gremium von Hochschulangehörigen.<sup>28</sup>

Der Kultusminister setzte dann allerdings zunächst eine Projektgruppe aus Wissenschaftlern, Bildungsplanern und einigen Sachbearbeitern ein, in der keine StudentInnen vertreten waren. Die Gruppe wurde mit der Entwicklung eines Konzepts für die GhK in Kassel beauftragt. Es folgte die Einrichtung eines Gründungsbeirates, welcher die Funktion bekam, Empfehlungen zu Struktur und

26 1971 umbenannt in "Arbeitskreis Gh Kassel".

27 AUK-Info 1969.

28 ebenda.

Ausbau der Hochschule zu geben.<sup>29</sup> Der Beirat bestand aus sieben StudentInnen, sieben ProfessorInnen, vier wissenschaftlichen MitarbeiterInnen, dem Oberbürgermeister der Stadt Kassel, einem Mitglied des AUK und einem Mitglied der sogenannten Standortgruppe.<sup>30</sup> Je drei ProfessorInnen und StudentInnen kamen aus den Fachschulen Kassels, die anderen VertreterInnen dieser beiden Gruppen und die wissenschaftlichen Bediensteten waren aus verschiedenen Hochschulen Hessens. Die Besetzung des Beirats erfolgte durch Benennung der VertreterInnen durch die jeweiligen Institutionen. Die studentischen VertreterInnen wurden von einem mittlerweile gegründeten "AStA-Ring" bestimmt, der aus den bestehenden Schüler- und Studentenvertretungen der Fachschulen Kassels und VertreterInnen des Marburger AStA bestand.

Im Wintersemester 1970/71 nahm der Gründungsbeirat die Arbeit auf. Bereits bei der konstituierenden Sitzung wurde Kritik an dem Gremium laut. Die studentischen VertreterInnen und die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen forderten die Erweiterung der Rechte des Beirats gegenüber der vom Kultusminister eingesetzten Projektgruppe. Die studentischen VertreterInnen reklamierten, daß die "Omnipotenz der Ordinarien nicht durch die des Kultusministers ersetzt werden dürfe". Sie drohten ihren Auszug aus dem Gremium an, falls die Kompetenzen des Gründungsbeirats nicht erweitert würden.<sup>31</sup> Diese Drohung wurde allerdings nicht verwirklicht. Die StudentInnen arbeiteten vielmehr weiterhin im Gründungsbeirat mit, ohne daß sich an den vom Kultusminister vorgegebenen Bedingungen etwas verändert hatte, um die einzige vorhandene Mitsprachemöglichkeit nicht ungenutzt zu lassen.

In der ersten Sitzung des Gründungsbeirats zeichneten sich so zwei Konflikte ab, die in den folgenden Jahren immer wiederkehrten und bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gelöst wurden. Der erste war der Streit um die Rechte der Hochschule gegenüber dem Ministerium, der sich weitergehend zur Diskussion um die sogenannte Hochschulautonomie entwickelte. Der zweite Konflikt war, mit dem ersten verknüpft, das Dilemma der studentischen Politik in der Frage der Mitwirkung in Gremien. Da diese sich den Studierenden als scheindemokratische Alibigremien darstellten, die dem Zugriff des Kultusministers ausgesetzt waren, stellte sich die grundsätzliche Frage nach dem Sinn der Mitarbeit immer wieder.

Die hauptsächliche Aufgabe des Gründungsbeirats war zunächst das Vorschlagen von Berufungskommissionen für die neu zu besetzenden Professuren. Außerdem sollten Empfehlungen zu Inhalt und Organisation der Lehrerausbildung entwickelt werden. Während die Arbeit innerhalb des Gremiums weitgehend konfliktfrei war und gemeinsam versucht wurde, Ideen für die zukünftige GhK zu entwickeln, kam es bereits in der Anfangsphase der Arbeit zu Konfrontationen zwischen dem Beirat und dem Kultusminister, der sich häufig über Empfehlungen des Gremiums hinwegsetzte. So wurden zum Beispiel die Vorschläge des Gründungsbeirats zur Ausschreibung einiger Professorenstellen vom Ministerium ohne weitere Rückfragen verändert, was im Gründungsbeirat zu zunehmender Kritik am Ministerium und, nicht nur bei den studentischen VertreterInnen, zu ersten Frustrationen führte.<sup>32</sup>

Während für einen neu geplanten Bereich, die Einrichtung des Lehramtsstudiums, Konzepte überlegt wurden, kam es vor der Gründung der GhK in den bereits bestehenden Fachschulen kaum zur Entwicklung von Reformansätzen. Sie wurden nur zögernd eingeleitet, gemeinsame Überlegungen über die Grenzen der Institutionen hinweg gab es kaum. Unter den Studierenden machten sich einige Gruppierungen Gedanken über Reformen. Sie hatten aus ihrer Situation in strengen Schulsystemen heraus als ersten Anspruch an die Reform die "Entschulung" der Ausbildung. Damit war unter anderem die Abschaffung der Anwesenheitspflicht und die Einführung von Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Veranstaltungen gemeint. Eine Offensive zur Einforderung dieser Anliegen konnten sie allerdings zunächst nicht entwickeln.

Für viele der Studierenden standen auf Grund ihrer eigenen materiellen Situation auch eher andere Fragen, wie zukünftige Semesterbeiträge oder die Versorgung durch eine Mensa, im Vordergrund. Ein Problem war zum Beispiel bereits vor der Gründung der GhK die Wohnsituation für Stu-

29 Gesetz zur Errichtung der Gh Kassel, Juni 1970.

30 Eine weitere vom Kultusminister eingesetzte Expertengruppe, die Gutachten zum Standort Kassel erstellte.

31 AUK-Info 24/1970.

32 AUK-Info 4/1971.

dentInnen in Kassel. Befürchtet wurde, daß sie sich durch den zukünftigen Anstieg der StudentInnenzahlen weiter verschlechtern würde. Das Wohnungsproblem führte allerdings auch zu einem Engagement zur Verbesserung der Situation. So protestierte eine "Aktionsgemeinschaft studentisches Wohnen" gegen die schlechte Wohnsituation. Sie forderte die Ministerien auf, leerstehende Wohnungen anzumieten. Eine Forderung zur ersten Verbesserung der Lage war die Nutzbarmachung einiger leerstehender ehemaliger Kasernen, der sogenannten Belgiersiedlung. Das Ministerium stellte daraufhin vier Gebäude der Siedlung für Studierende zur Verfügung.<sup>33</sup>

Über solche einzelne Aktionen hinaus konnte aber trotz des bestehenden AStA-Rings keine gemeinsame Politik entwickelt werden. Das erste Ziel der VertreterInnen des SHB, welcher an der Ingenieurschule die Studentenvertretung stellte, war darum die gemeinsame Interessenvertretung der Studierenden, die nach der Zusammenfassung der Hochschulen zur GhK im Wintersemester 1971/72 gebildet werden sollte. Dadurch hofften sie, eine gemeinsame Handlungsfähigkeit entwickeln zu können.<sup>34</sup>

### 3.2.2 WS 1971/72 - SS 1973: Beginn studentischer Politik an der GhK

Die Gh Kassel wurde im Wintersemester 1971/72 als Zusammenfassung der früheren Fachschulen eröffnet. Dazu kam als neugegründeter Bereich die LehrerInnenausbildung. Diese stellte dann zunächst auch den eigentlichen Reformbereich der GhK dar, da hier bereits in der Aufbauphase neue Studienkonzepte verwirklicht werden konnten. Dagegen war in den bereits bestehenden Studiengängen die Reform zunächst eher von formalen Maßnahmen geprägt, und konzeptionelle Veränderungen wurden nur langsam eingeleitet.

Die studentischen VertreterInnen des AStA-Rings nutzten die Gelegenheit der offiziellen Eröffnungsfeier, ihre Kritikpunkte an der Gründungsphase der Hochschule in die Öffentlichkeit zu bringen. In einer im offiziellen Programm nicht vorgesehenen Rede begrüßten sie zunächst die Einrichtung der GhK als hoffnungsvollen Ansatz in der Bildungspolitik. Sie kritisierten aber, daß die Zusammenfassung bisher eine rein formale Angelegenheit sei und eine inhaltliche Reform der Studiengänge noch fehle. Der Mangel an qualifizierten Hochschullehrern habe die bisherigen Reformvorschläge zum Scheitern gebracht. Die Studierenden forderten darüber hinaus das Selbstbestimmungsrecht für den Gründungsbeirat und andere zukünftige Gremien der Hochschule. Sie kritisierten in diesem Zusammenhang die bereits erfolgte Ablehnung von Vorschlägen aus dem Gründungsbeirat durch den Kultusminister. Außerdem verlangten sie die paritätische Besetzung aller Hochschulgremien.<sup>35</sup>

Neben der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht für die Hochschule, die auch schon bei der ersten Sitzung des Gründungsbeirats gestellt wurde, war der Anspruch auf eine paritätische Besetzung der Gremien, die für die Studierenden allein im Gründungsbeirat verwirklicht war, eine weitere Hauptforderung, die von den linken studentischen Gruppierungen bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt immer wieder erhoben wurde.

Nach der Eröffnung der GhK fand im Februar 1972 die Wahl eines ersten Studentenparlaments statt. Der SHB konnte in Koalition mit der Roten Liste und mit Unterstützung des MSB-Spartakus die Mehrheit im Studentenparlament gewinnen. VertreterInnen von SHB und Roter Liste stellten so gemeinsam den ersten AStA der GhK.

Die Hoffnung des SHB, durch eine gemeinsame studentische Vertretung eine größere Handlungsfähigkeit zu erreichen, wurde jedoch bald enttäuscht. Die VertreterInnen des SHB sahen es als hauptsächliche Aufgabe des AStA an, zunächst an der Gestaltung der Hochschule mitzuwirken und sich so an der Verwirklichung von Reformen zu beteiligen. Die Rote Liste hatte dagegen in erster Linie das Interesse, über politische Themen, wie zum Beispiel die Situation in Vietnam und Palästina zu informieren und "Aufklärungsarbeit" zu leisten.<sup>36</sup> Interne Auseinandersetzungen im AStA erschwerten so den Aufbau der neuen studentischen Selbstverwaltung.

33 AUK-Info 22/70.

34 AUK-Info 4/71.

35 Eröffnungsrede des DLB vom 20.11.1971.

36 Rücktrittserklärung des AStA-Vorsitzenden vom 5.1.1973.

Ein erstes gemeinsames Anliegen des AStAs und des Studentenparlaments war die Durchsetzung einer einheitlichen Ferienordnung für alle Hochschulteile nach der allgemeinen Regelung für hessische Hochschulen, wie sie bereits für den Bereich des neugegründeten AVZ galt. An den anderen Standorten der neuen GhK bestanden dagegen noch alte Ferienordnungen nach Schuljahresablauf. Sie wurden als Hierarchie innerhalb der Hochschule empfunden und waren nach Ansicht der Studierenden außerdem ein Hindernis für das Zusammenwachsen der Hochschulteile und den Aufbau einer gemeinsamen studentischen Selbstverwaltung.

Im Sommersemester 1972 war eine einheitliche Ferienordnung allerdings immer noch nicht eingeführt worden. Darum beschlossen auf verschiedenen Fachbereichsvollversammlungen StudentInnen, den gemeinsamen Semesterbeginn durch Veranstaltungboykott in den nach den Sommerferien früher beginnenden Bereichen durchzusetzen.<sup>37</sup> Die Aktion wurde allerdings nicht durchgeführt. Die alte Ferienregelung blieb zunächst noch in Kraft, und einheitliche Semesterzeiten konnten erst im Wintersemester 1973/74 durchgesetzt werden.

In der Anfangszeit der GhK waren vor allem in dem neugegründeten Bereich für das Lehramtsstudium viele Studierende aktiv an der Gestaltung des Reformstudiengangs beteiligt. In diesem Bereich wurden gemeinsam mit HochschullehrerInnen Konzeptionen entwickelt, durch die weitmöglichste Freiheit im Studium mit dennoch intensiver Betreuung und gewissen Strukturen als Orientierungshilfen geschaffen werden sollte. Dabei standen sowohl bei den Studierenden wie auch bei den Lehrenden Vorstellungen von einer praxisorientierten, auf ein besseres Schulsystem hinarbeitenden Ausbildung im Vordergrund. Aus diesen Überlegungen heraus sollte das Studium weitgehend durch kleine Seminare, selbständige Gruppenarbeit zu bestimmten Themenbereichen (der sogenannten Projektarbeit) und intensiven Praxisbezug bestimmt werden.

Nach dem ersten Semester, das von den Studierenden als sehr konstruktiv empfunden wurde, da viele der gemeinsam erarbeiteten Ideen auch gleich umgesetzt werden konnten, kam es zu ersten Schwierigkeiten. Es gab zu wenig qualifizierte Lehrkräfte, wodurch die weitere Entwicklung und die Umsetzung von Reformansätzen verhindert wurde. Es fehlte außerdem eine Bibliothek und das Angebot von Studienberatung. Außerdem wurde allmählich deutlich, daß die erarbeiteten Reformkonzepte in Form einer Studien- und Prüfungsordnung verabschiedet werden mußten. Dies hatte den Grund, daß zunehmender Bedarf an Orientierung im Studium und an Klarheit über die formalen Anforderungen im Studium entstand, bzw. die offizielle Anerkennung der praktizierten Studienweise notwendig schien. Die StudentInnen forderten darum qualifiziertes Lehrpersonal und die Ausarbeitung einer Studien- und Prüfungsordnung, durch die ein sinnvoller Studienaufbau mit entsprechenden Veranstaltungsangeboten gewährleistet werden sollte.

Als das Kultusministerium im Sommersemester 1973 schließlich eine Lehramtsprüfungsordnung erließ, wurden neue Proteste laut. Die Studierenden lehnten die Prüfungsordnung ab, da sie wichtige Reformansätze, insbesondere die Anerkennung des Projektstudiums, nicht ausreichend verwirklicht sahen. In diesem Zusammenhang kam es zu einem ersten Streik an der GhK.<sup>38</sup> Die Proteste gegen das Ministerium hatten allerdings keine Auswirkung, die erlassene Prüfungsordnung blieb bestehen. Dennoch blieb der Bereich der LehrerInnenausbildung ein hauptsächlicher Reformbereich, aus dessen Projekten sich viele studentische Initiativen entwickelten und aus dem sehr viele im Bereich der studentischen Politik aktive Studierende kamen.

Auch auf der Ebene der Hochschulselbstverwaltung gab es weitere Auseinandersetzungen mit dem Kultusminister, dessen Politik sich, nach Ansicht der "Reformer" an der GhK, gegen die Verwirklichung fortschrittlicher Ansätze wandte. Der Minister plante die vorzeitige Ablösung des Gründungsbeirates, der sich immer wieder in Opposition zum Ministerium begeben hatte und sich nicht auf die Rolle eines Gremiums mit allein empfehlender Funktion hatte reduzieren lassen. Auf Anordnung des Kultusministers sollte ein neuer, allein aus VertreterInnen der Gh Kassel zusammengesetzter, Gründungsbeirat gewählt werden. Ihm sollten zwölf ProfessorInnen, sechs StudentInnen und zwei sonstige Bedienstete angehören.<sup>39</sup>

---

37 AUK-Info 4/1972.

38 DLB Flugblatt, Mai 1972.

39 AUK-Info-10/72.

Gegen diesen Plan protestierten die Studentenvertretung und die Landesassistentenkonferenz,<sup>40</sup> da sie befürchteten, daß durch die Neuzusammensetzung die Kontinuität des gerade arbeitsfähig gewordenen Gremiums gebrochen würde. Die landesweiten VertreterInnen, die sich als konstruktiv in der Erarbeitung von Reformkonzepten erwiesen hatten, schienen ihnen für die Weiterentwicklung der Reform dringend notwendig zu sein, um Denkanstöße von außen zu geben. Die ausschließliche Besetzung mit VertreterInnen der GhK barg ihrer Ansicht nach die Gefahr, den Gründungsbeirat zu einem Gremium interner Streitigkeiten zwischen Fachhochschul- und HochschullehrerInnen werden zu lassen.

An der Zusammensetzung des Gremiums wurde außerdem die Verdrängung der Gruppe der AssistentInnen kritisiert. Auch das Fehlen von VertreterInnen der Stadt und gesellschaftlicher Organisationen wurde als Nachteil betrachtet, da sie die Integration der Hochschule in die Stadt gefördert hatten. Auch die grundsätzliche Forderung, dem Gründungsbeirat nicht nur Empfehlungskompetenzen zuzusprechen, wurde neu gestellt. Nach Ansicht der StudentInnen und AssistentInnen wollte das Ministerium einen unbequemen Gründungsbeirat beseitigen, der durch ein demokratisch gewähltes "Alibigremium" ersetzt werden sollte. Die Proteste hatten allerdings keinen Erfolg, der Kultusminister begründete seine Maßnahme schließlich damit, daß sie ein erster notwendiger Schritt sei, die GhK von der Fremd- zur Selbstbestimmung zu führen.<sup>41</sup>

Die Begründung des Kultusministers wurde von den Betroffenen als Hohn empfunden, da die Verordnung der Selbstbestimmung ihnen einmal mehr gezeigt hatte, daß die Hochschule eigentlich von außen bestimmt war. Die studentischen VertreterInnen des SHB waren von der Entwicklung der Ereignisse zunehmend frustriert. Der SHB war zudem mangels neuer Mitglieder als Gruppe kaum mehr existent und kandidierte so schließlich nicht mehr bei den studentischen Wahlen.

### 3.2.3 *WS 1973/74 - SS 1975: Zwei Jahre AStA-Politik des DLB und allmähliche Aktivierung der studentischen Basis*

Nach der Auflösung des SHB wurde der DLB die stärkste Gruppierung bei den Wahlen für das Studentenparlament. In seiner Arbeit konzentrierte sich auch der nun vom DLB gestellte AStA zunächst auf die Wahrnehmung der Mitbestimmungsmöglichkeiten im Gründungsbeirat und in den ihm untergeordneten Ausschüssen. Neben der Mitarbeit in den Gremien begann der AStA, in den einzelnen Organisationseinheiten Fachschaftsarbeit anzuregen oder bereits vorhandene zu unterstützen. Ein Schritt dazu war zum Beispiel die Herstellung der räumlichen Voraussetzungen an den einzelnen Fachbereichen. Darum beantragten die studentischen VertreterInnen im Gründungsbeirat, daß den Fachschaften für ihre Arbeit eigene Räume zur Verfügung gestellt werden sollten. Vom Gründungsbeirat wurde dieser Antrag auch einstimmig angenommen, und die Hochschulleitung verpflichtete sich zur Verwirklichung der Forderung.<sup>42</sup> Der AStA organisierte sich außerdem in der VDS und setzte so den Anfang für eine, bis 1985 in wechselnder Intensität andauernde, Mitarbeit in dem Verband der linken Studentenvertretungen in der BRD.<sup>43</sup>

Die hochschulinterne Arbeit, die von den VertreterInnen des DLB in der Anfangszeit als durchaus erfolgreich erlebt wurde, stand im Gegensatz zu den weiter sich abzeichnenden politischen Absichten der SPD-Landesregierung. Im Mai 1974 wurde von der hessischen Regierung der Entwurf eines Gesamthochschulgesetzes vorgelegt. Vorgesehen waren darin unter anderem die Einführung von Regelstudienzeiten, verringerte Mitbestimmungsmöglichkeiten für Studierende, die Aufsicht des Staates über Studien- und Prüfungsordnungen, Berufungen und Studienkonzeptionen, die Einführung einer Hausordnung<sup>44</sup> und die Rückkehr zum Fach- anstelle des Studienbereichs. Der Gesetzentwurf wurde als endgültige Wende der Hochschulpolitik des Landes empfunden:

40 Damals unter Federführung des späteren GhK Präsidenten Franz Neumann.

41 AUK-Info 11/1972.

42 Protokoll des Gründungsbeirats vom 19.1.1974.

43 AUK-Info 11/72.

44 Ordnung für disziplinarische Maßnahmen an der Hochschule.

"Die sogenannte Hochschulreform hat sich in ihr Gegenteil verkehrt. Er (der Gesetzentwurf) hat das Ziel der Kostenminimierung und der möglichst schnellen Ausbildung nach den Verwertungsinteressen des Kapitals."<sup>45</sup>

Der vorgelegte Entwurf des Gesamthochschulgesetzes bewirkte dann eine neue Ausrichtung der Politik des AStA. Aufbauend auf der Fachschaftsarbeit wurde versucht, die gesamte Studentenschaft zu mobilisieren. Die Möglichkeit, durch gewählte StellvertreterInnen Politik machen zu können, wurde immer mehr in Frage gestellt. Deutlich war dabei auch, daß selbst einhellig gefällte Entscheidungen der Selbstverwaltungsgremien der "Allmacht" des Kultusministeriums ausgesetzt waren. Die Mobilisierung aller Studierenden war so der Versuch, auf anderem Weg Einfluß zu gewinnen.

Die Notwendigkeit einer aktiven Basis hing aber auch mit der befürchteten Einführung verstärkter Ordnungs- und Disziplinarmaßnahmen zusammen, die durch breiten Widerstand undurchführbar gemacht werden sollten. Die aktiven StudentInnen gingen davon aus, daß durch ein Ordnungsrecht wenige kritische "StellvertreterInnen" Repressionen zu erwarten hätten und studentische Initiative an der Hochschule aus Angst vor persönlichen Nachteilen darum verschwinden würde. Darüber hinaus zeigte sich bei den politisch Aktiven immer mehr die Auffassung, daß nicht wenige gewählte Personen für die "Masse" handeln sollten oder überhaupt könnten. Die Absage an die sogenannte StellvertreterInnenpolitik, die sich in der Folge noch genauer zeigen wird, setzte darum auf die weitmöglichste Beteiligung aller Studierenden an politischen Aktivitäten. Der AStA organisierte eine Demonstration und Aktionstage gegen das Gesetz. Er konnte dabei eine relativ große Teilnahme erreichen, die erhoffte Massenmobilisierung fand jedoch nicht statt.<sup>46</sup> Auch im Gründungsbeirat wurde Unterstützung gegen das neue Gesamthochschulgesetz gesucht. Auf studentische Initiative hin verabschiedete der Beirat eine Resolution gegen das geplante Ordnungsrecht. Abgelehnt wurden Disziplinierungsmaßnahmen für "Radikale" und "Extremisten". Das geplante Ordnungsrecht wurde für die Bewältigung von Konflikten an einer Hochschule als ungeeignet erklärt.<sup>47</sup>

Die Arbeit der studentischen Vertretung bezog sich dann allerdings auch innerhalb der Hochschule immer mehr auf den Erhalt bereits installierter Reformansätze. Schwierigkeiten bestanden zum einen mit einigen HochschullehrerInnen der früheren Fachschulen, die an ihren alten Vorstellungen festhielten, zum anderen aber auch mit den neu berufenen ProfessorInnen, die von einer "Universität Kassel" träumten. Ein eher amüsanter aber dennoch symptomatisches Beispiel dafür ist folgende Episode aus dem Gründungsbeirat: Auf einer Sitzung fragte die studentische Vertreterin an, ob der Verwaltung bekannt sei, daß einige Hochschullehrer der Organisationseinheit<sup>48</sup> Naturwissenschaften und Mathematik Briefbogen mit der Aufschrift "Universität Kassel - GHS, Institut ..." für dienstliche Angelegenheiten benutzten.

Der Präsidentin war das nicht bekannt: "Frau Rüdiger verspricht, diese Angelegenheit durch Rundbrief zu klären und außerdem darauf hinzuwirken, daß für den Druck solcher nicht legitimer Briefköpfe keine Mittel der Organisationseinheiten verwendet werden dürfen."<sup>49</sup>

Dieser Vorfall kennzeichnet die Aufbauphase der Reformhochschule Kassel. Während ein vom Kultusminister abhängiger Gründungsbeirat sich mit der Erarbeitung von Reformkonzepten abquälte, ignorierten in einzelnen Bereichen Professoren die Reformkonzepte und versuchten, ihre Interessen zu verwirklichen.

Auch in dem nun neubesetzten Gründungsbeirat herrschte in dieser Zeit in vielen Angelegenheiten Konsens zwischen den verschiedenen Gruppierungen. Die dort engagierten Professoren waren am demokratischen Aufbau der Hochschule und der Verwirklichung von Reformstudiengängen weitaus interessierter als viele ihrer Kollegen. Hier bestanden weitgehend gemeinsame Interessen und ähnliche politische Einstellungen von Lehrenden und Studierenden, was in den Gremien der einzelnen Organisationseinheiten kaum der Fall war.

45 Resolution des DLB-AStA, Mai 1974.

46 Scheuerer in: Kluge 1981, S. 115.

47 Protokoll des Gründungsbeirats vom 19.1.1974.

48 Gliederung der GhK vor der Einteilung in Fachbereiche.

49 Protokoll des Gründungsbeirats vom 27.6.1974.

Die Mitarbeit in den Gremien wurde im Wintersemester 1974/75 außerdem auch unter einem neuen Aspekt weitergeführt. Die VertreterInnen des DLB bezogen folgende Stellung: Obwohl die Einflußnahme durch Wahrnehmung der Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Gremien als äußerst gering erfahren wurde, bleibe Gremienarbeit wichtiger Bestandteil der DLB-Politik. Die Mitarbeit in den Gremien sei wichtig, um für die Basisarbeit wichtige Informationen zu erhalten. Außerdem solle in der Gremienarbeit selbst deren Alibifunktion und die Forderung nach Drittelparität immer wieder thematisiert werden.<sup>50</sup> Die Gremienarbeit wurde in ähnlicher Weise von nachfolgenden Gruppierungen immer wieder hinterfragt. Mit ähnlichen Überlegungen wurde auch von ihnen die Gremienarbeit weiter verfolgt oder nach kurzen Phasen der Verweigerung wieder aufgenommen.

Ende 1974 kam es im Rahmen einer angekündigten Erhöhung der Semestergebühren tatsächlich noch zu einer breiten Mobilisierung der StudentInnenschaft. Sie entstand einerseits durch Aufrufe des AStA, andererseits aber auch aus der Fachschaftsarbeit heraus. An einer studentischen Vollversammlung zu diesem Thema nahmen etwa 1200 StudentInnen teil, was ungefähr einem Viertel der Gesamtzahl der Studierenden entsprach. Sie beschloßen, eine Urabstimmung über die Frage eines Semestergebührenboykotts durchzuführen. An dieser Abstimmung nahm ca. die Hälfte aller Studierenden teil, von der 98 Prozent für den Boykott stimmten. Durch diese massive Willensbekundung entstand bei den VertreterInnen des DLB für kurze Zeit das Gefühl, eine breite Basis zu haben und so auch politisch durchsetzungsfähig zu werden.<sup>51</sup> In der Studentenschaft entstand durch die gemeinsame Willensäußerung eine allgemein anwachsende Bereitschaft zur politischen Aktivität an der Hochschule. So bekam vor allem die Arbeit der Fachschaften neuen Aufschwung. Die Gruppe des DLB befand sich allerdings mit dem Ausscheiden einiger Mitglieder in der Auflösung, einige noch Aktive engagierten sich in einer sich neu formierenden Basisgruppenliste.

### 3.2.4 *WS 1975/76 - SS 1977: Beginn der Basisgruppenpolitik und Ausweitung des politischen Engagements*

Nachdem der DLB nicht mehr für die studentischen Wahlen kandidierte, hatte die neugegründete Basisgruppenliste die Mehrheit im Studentenparlament erhalten. Die Liste konnte von nun an sechs Jahre die absolute Mehrheit der Sitze im Studentenparlament gewinnen und somit während dieser Zeit den AStA stellen.

Entstehung und auch Erfolg der Basisgruppenliste hingen eng mit der im Sommersemester 1975 entstandenen Aktivität der Studierenden zusammen: Das verstärkte politische Engagement in vielen Fachbereichen führte zunächst zur Bildung von Fachbereichsbasisgruppen und schließlich zur Gründung einer Liste für die studentischen Wahlen. Gleichzeitig entwickelte sich bei vielen Studierenden, aus der eigenen Beteiligung in der Fachschaftsarbeit heraus, die Befürwortung basisorientierter Politik an der Hochschule.

Der Wahlerfolg der Basisgruppenliste ist aber auch vor dem gesamtgesellschaftlichen Hintergrund zu betrachten. Seit Anfang der 70er Jahre hatte sich in der BRD eine Tendenz zur Abwendung von organisierten Parteien und Gruppierungen, vor allem in den jüngeren Bevölkerungsschichten, entwickelt. Diese Orientierung war mit einer relativ großen Bereitschaft bzw. der Selbstverständlichkeit des aktiven Einsatzes für die Verwirklichung politischer Ziele verknüpft. Die Orientierung zur sogenannten Sponti- und Basisgruppenbewegung, die durch die Entwicklung des DLB bereits angezeigt worden war, prägte so nun auch die Politik der Basisgruppenliste und die weiteren politischen Aktivitäten von Studierenden an der GhK.

Hauptsächliches Ziel des neuen AStA war zunächst die "Förderung von Basisaktivitäten" und die Arbeit für die "Bewußtseinsbildung der Basis".<sup>52</sup> Die Basisgruppenliste begann außerdem im ersten Jahr ihrer Tätigkeit, die Politik des AStA von der fachbereichs- und hochschulbezogenen Aktivität auf das Engagement außerhalb der Hochschule auszuweiten, worauf sie im zweiten Jahr dann größtenteils verlagert wurde.

---

50 Erstsemester-Info 1974.

51 Scheuerer in: Kluge 1981, S. 102.

52 Erstsemester-Info 1976.

Eine der ersten Aktivitäten außerhalb der eigenen Hochschule stand im Zusammenhang mit dem Kampf um das politische Mandat für die Studentenschaft, der an vielen Hochschulen in der BRD zunehmend heftig geführt wurde. Der Marburger AStA war wegen Wahrnehmung des politischen Mandats zu einer Geldstrafe von DM 22.000 verurteilt und nach weiterer allgemeinpolitischer Aktivität durch den Präsidenten der Hochschule des Amts enthoben worden. Wie viele andere ASten in der BRD erklärte sich der AStA der GhK solidarisch, informierte über die Vorfälle und organisierte die Teilnahme an Demonstrationen gegen Urteil und Amtsenthebung.<sup>53</sup>

An der GhK war es, bis auf einige Auseinandersetzungen mit dem RCDS, noch zu keinen Konflikten um die Wahrnehmung des politischen Mandats gekommen. Auch die von DLB, SHB und Roter Liste gestellten ASten hatten sich zu allgemeinpolitischen Fragen geäußert, dabei allerdings keine sogenannten radikalen Positionen vertreten, so daß Beanstandungen durch den Kultusminister noch nicht erfolgt waren. An der Reformhochschule war das politische Klima von den eher links orientierten Kräften geprägt, die der Wahrnehmung des politischen Mandats durch die Studentenschaft zumindest nicht ablehnend gegenüber standen.

Auch die VertreterInnen der Basisgruppenliste engagierten sich in der Gremienarbeit an der Hochschule um den Informationsfluß an die StudentInnenschaft zu erhalten und weitmöglichst Einfluß zu nehmen. Sie konnten die Gremienarbeit relativ unvorbelastet angehen, da sie noch keine negativen Erlebnisse damit hatten und sozusagen "unverbraucht" neu beginnen konnten. In der Anfangszeit wurden dann auch ermutigende Erfahrungen bei der Mitarbeit am Aufbau der integrierten Studiengänge im technischen Bereich gemacht. Die StudentInnen konnten einige Reformideen entwickeln und umsetzen, insbesondere was die Einführung von Praxisbezug und Projektstudium in den neuen Studiengängen betraf. Die VertreterInnen der Basisgruppenliste konnten dabei auch ihre Vorstellungen von Zusammenarbeit mit der Basis verwirklichen, ein Anspruch, der in der Folge bei vielen anderen Aktivitäten weniger eingelöst wurde.<sup>54</sup>

Die Mitarbeit in Gremien wurde dann aber bereits im Sommersemester 1976 von den VertreterInnen der Basisgruppenliste zunehmend als aufreibend und ineffektiv empfunden. Die Arbeit des Gründungsbeirats stellte sich auch ihnen immer mehr als Rückzugsgefecht der Reform dar. Der Grund für die Frustration war weniger die Auseinandersetzung mit anderen Gruppierungen in den Gremien, gegen die sie auf Grund der Mehrheitsverhältnisse keine Durchsetzungsmöglichkeiten gehabt hätten. In erster Linie war es immer noch der Zugriff des Kultusministeriums auf die Hochschule, der sich nun durch den Beginn einer zunehmenden Sparpolitik einschneidend bemerkbar machte.

Enttäuschende Erlebnisse in den vorgegebenen Strukturen der Hochschulselbstverwaltung waren mit der Erfahrung der zunehmenden Restriktion politischer Freiheiten in und außerhalb der Hochschule verknüpft. Dies war beispielsweise die sich zuspitzende Situation um Disziplinarverfahren und Berufsverbote, die sich durch Eingriffe des Kultusministeriums auch an der GhK bemerkbar machte. Die Basisgruppenliste grenzte sich aus diesen Erfahrungen heraus weiter vom herrschenden System ab und begann, sich den als zerstörerisch empfundenen Strukturen zu verweigern.

Der im Wintersemester 1976/77 neu gebildete AStA sprach sich grundsätzlich gegen alle autoritären Strukturen aus. Dies wurde zunächst durch die Absage an die offiziellen Hierarchiezeichnungen im AStA deutlich gemacht; der AStA gab sich den Namenszusatz "Kollektiv". Die weitere Mitarbeit in den Gremien wurde verweigert. Die Basisgruppenliste lehnte sämtliche Repräsentationsorgane ab, so zum Beispiel auch das Studentenparlament. Sie fühlte sich statt dessen der studentischen Vollversammlung und "Basisbewegungen" verpflichtet.<sup>55</sup> Studentische Vollversammlungen waren seit Beginn der Basisgruppen-ASten zu einem wesentlichen Bestandteil der Politik geworden. Im Zusammenhang mit den anwachsenden Widerstandsbewegungen außerhalb der Hochschule, die das verstärkte politische Engagement vieler Studierender zur Folge hatten, waren sie das politische Forum an der Hochschule geworden und wurden als höchstes politisches Organ der Studierenden verstanden. Die relativ hohe Bereitschaft zur politischen Aktivität unter den Studierenden leitete so eine Phase ein, in der studentische Politik nur wenig von gewählten StellvertreterInnen bestimmt war. In Übereinstimmung mit der politischen Aktivität vieler StudentInnen

53 Flugblatt der Basisgruppen, Herbst 1975.

54 Scheuerer in: Kluge 1981, S. 105.

55 Basisgruppen-Flugblatt, 1976.

wurde die Teilnahme am aktiven Widerstand, wie etwa in der Anti-AKW Bewegung und in Kampagnen gegen Berufsverbote, ein hauptsächlicher Bestandteil der AStA-Politik.

Die offensive Kritik am herrschenden politischen System führte, im Zusammenhang mit Veröffentlichungen des AStA zu einem RAF-Anschlag, dann auch an der GhK zu Auseinandersetzungen um die Wahrnehmung des politischen Mandats: Der AStA veröffentlichte einen ursprünglich in Göttingen erschienenen Nachruf zum Mord an Generalbundesanwalt Buback, in dem der Autor unter anderem "klammheimliche Freude" an dem Verbrechen bekundete. Auf Verlangen der hessischen CDU, die "strenges Vorgehen" forderte, wurde die Veröffentlichung von Ministerium und Präsident beanstandet.<sup>56</sup> Der AStA unterließ daraufhin die weitere Verteilung des Blattes und distanzierte sich vom Inhalt des Artikels. Die Veröffentlichung des Artikels wurde aber nochmals wie folgt begründet: Sie diene in erster Linie "der solidarischen Unterstützung des Göttinger AStA, der in der Folge der Veröffentlichung einer subjektiven Darstellung eines Kommilitonen kriminalisiert und in ungerechtfertigter Weise disziplinarisch verfolgt" worden war.<sup>57</sup>

Auch gegen die Mitglieder des Kasseler AStA kam es schließlich zu einer Strafanzeige, das Verfahren wurde später allerdings eingestellt. Im Zusammenhang mit einem politischen Klima von Berufsverboten und Disziplinarverfahren hatte eine derartige Auseinandersetzung für die StudentInnen eine besondere Brisanz. Abgesehen von unmittelbaren Folgen durch einen eventuellen Rechtsstreit, mußte mit Folgen für das spätere Berufsleben, wie zum Beispiel bei der Einstellung im Schuldienst, gerechnet werden.

### 3.2.5 WS 1977/78 - WS 1978/79: Neue bildungspolitische Offensiven und zunehmende Konflikte mit der Hochschulleitung

Im Wintersemester 1977/78 konzentrierte sich die studentische Aktivität verstärkt auf den Bereich der Bildungspolitik. Auch die Basisgruppenliste wandte sich wieder mehr hochschulinternen Angelegenheiten zu. Sie begann in diesem Zusammenhang auch die Mitarbeit in den Gremien wieder aufzunehmen. Anlaß war die bevorstehende Anpassung des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG) an das 1976 erlassene Hochschulrahmengesetz. Ein diesbezüglicher Gesetzentwurf stieß auf breiten Widerstand in der hessischen Studentenschaft. Protestiert wurde zum Beispiel gegen die geplante Einführung von Regelstudienzeiten und die im Entwurf vorgesehenen geringen Mitbestimmungsmöglichkeiten für Studierende.

Für die GhK beinhaltete der Entwurf auch spezielle Auswirkungen: Gesamthochschulen sollten den hessischen Universitäten gleichgestellt werden, sie stellten so einen "Ausnahmefall" zwischen den Universitäten dar. Damit erfolgte die endgültige Absage an das "Zukunftsmodell" GhK, deren Angleichung an Universitäten von nun an verstärkt zu erwarten war. Die studentischen Proteste standen dabei vor dem Hintergrund einer Sparpolitik im Bildungswesen, die ebenfalls zur Einschränkung des Reformmodells GhK beitrug. Die Sparmaßnahmen machten sich durch die Überfüllung von Veranstaltungen und zunehmende Raumknappheit bemerkbar. Die dadurch entstandenen Studienbedingungen ließen die Verwirklichung von Seminar- und Projektarbeit, die ein wesentlicher Bestandteil der Ausbildung an der Reformhochschule waren, immer schwieriger werden.<sup>58</sup>

Auf einer studentischen Vollversammlung wurde die Durchführung einer Streik- und Aktionswoche diskutiert. Da nach längerer Diskussion keine Einigkeit über die Aktionsform Streik zu erzielen war, wurde entschieden, die Streikbereitschaft und die Einstellung der studentischen Basis zum Streik durch Urabstimmung festzustellen. An der Abstimmung nahmen 63 Prozent der StudentInnen teil, von denen 76 Prozent für den Streik stimmten. Auf die Gesamtzahl der StudentInnen bezogen sprachen sich damit 48 Prozent für die Durchführung eines Streikes aus.<sup>59</sup> Ein ähnlich hohes Ergebnis konnte bei Urabstimmungen in späteren Jahren nie wieder erreicht werden. Dennoch gab es bereits hier Skepsis in bezug auf die zu erwartende Beteiligung am Streik. Die

56 Schreiben vom 23.5.1977.

57 Stellungnahme des AStA, Publik, Mai 1977.

58 OE-Info, 1977.

59 AStA-Info Streikposition, 1977.

prinzipielle Durchsetzungsmöglichkeit von Zielen durch die Protestform Streik wurde außerdem in Frage gestellt. Der Streik wurde, zumindest was den AStA betraf, im Bewußtsein organisiert, an den Gegebenheiten nichts ändern zu können, aber zumindest am "Klima zum Widerstand" zu arbeiten. "Uns kommt es darauf an, in dem Streik zu lernen, uns in der entfremdeten Hochschule wieder als Subjekt zu verstehen und danach zu handeln".<sup>60</sup>

So wurden für die Streikwoche alternative Veranstaltungen und Aktionen geplant, in denen die eigene Situation an der Hochschule, Forderungen und deren Durchsetzungsmöglichkeiten diskutiert werden sollten. Während dem Streikaufruf ungefähr den Ergebnissen der Urabstimmung entsprechend gefolgt wurde, war die Resonanz in bezug auf die alternativen Veranstaltungen wesentlich geringer als erhofft. Die daran Beteiligten beurteilten die Aktionswoche dennoch positiv, da sie die "Entwicklung von eigenen Ansprüchen an die Ausbildung und von Utopien eines besseren Systems ermöglichte" und so auch eigene Ziele besser definiert werden konnten.<sup>61</sup> Die Diskussion um die Protestform Streik wiederholte sich in den folgenden Jahren immer wieder. Dabei wurde auch die hier gezeigte Haltung, durch Veranstaltungsboykott einen Freiraum zu schaffen, um sich mit den jeweiligen Problemen auseinandersetzen zu können, ein immer wichtigerer Gesichtspunkt.

Im Rahmen der Streik- und Aktionswoche konnte aber auch eine öffentlichkeitswirksame Mobilisierung erreicht werden. 2000 StudentInnen "begrüßten" Kultusminister Krollmann, der zu einer Podiumsdiskussion in die Stadthalle Kassels gekommen war. Unter dem Titel "Arsch mit Ohren - ein qualitativer Sprung in der Darstellung studentischen Protestes", drehten die Studierenden "den Spieß um", indem sie dem Kultusminister seine eigene Politik in Form einer Parodie vor Augen führten. Anschließend überreichten sie dem Minister als "Gastgeschenk" einen vergoldeten "Arsch mit Ohren".<sup>62</sup> Neben dem Anspruch, durch eine Aktion Protest in die Öffentlichkeit zu tragen, zeigen sich hier noch weitere Aspekte, die wichtige Elemente der Basisgruppenpolitik geworden waren: Durch kreative Aktionen wollten die Protestierenden vom Reagieren zum Agieren kommen. Außerdem wollten sie selbst auch Spaß haben, um bei Erfolglosigkeit der Aktion wenigstens in dieser Beziehung den "Sieg" davon zu tragen.

Für die GhK stellte sich nach der erfolgten Neufassung des Hochschulgesetzes ein Problem, das im Sommer 1977 zu einer weiteren Offensive vieler Studierender führte: Gemäß dem neuen Gesetz verlangte der Kultusminister die Neugliederung der Fachbereichsstruktur an der GhK. Die Organisationseinheiten, die in ihrer Aufteilung an den jeweiligen Studiengängen orientiert waren, sollten in Fachbereiche umgewandelt werden. Insgesamt bedeutete das eine stärkere Aufteilung in Fachdisziplinen, aber auch teilweise die Zusammenfassung kleinerer und, nach Ansicht des Ministeriums, zusammenpassender Bereiche. Nach verschiedenen Anhörungen der Hochschule wurde vom Ministerium ein Plan entwickelt, der unter anderem die Auflösung der Organisationseinheiten "Naturwissenschaften" und "ASL" in einzelne Fachbereiche plante. Außerdem war die Zusammenlegung der beiden Kunstbereiche "Graphik-Design" und "Industrie-Design" zu einem Fachbereich "Gestaltung" vorgesehen.

Die vorgelegten Pläne wurden von der Studentenschaft im wesentlichen mit folgender Begründung abgelehnt: "Die neuen Fachbereiche sind uns mit der gleichzeitigen Umwandlung der GhK in eine Universität beschert worden. Dies ist für Kassel ein Rückschritt: die Organisationsstruktur richtet sich stur nach Fachgebieten, entscheidend sind nicht mehr die einzelnen zu betreuenden Studiengänge, sondern die einzelnen Forschungsdisziplinen".<sup>63</sup> Die Zusammenlegung der beiden Kunstbereiche ließ die StudentInnen eine Unterordnung des Graphik Bereichs in den besser verwert- und verkaufbaren Bereich Industrie-Design befürchten. Auch im Gründungsbeirat wurden die Pläne des Kultusministeriums nicht befürwortet. Auf Antrag der studentischen Fraktion protestierte der Beirat mehrheitlich, unter Gegenstimmen einiger Hochschullehrer, gegen die Zergliederung des Fachbereichs ASL und gegen die geplante Auflösung der OE Naturwissenschaften in der vom Ministerium vorgesehenen Form. Abgelehnt wurde auch die Zusammenlegung der Bereiche Graphik-Design und Industrie-Design.

60 Flugblatt der Basisgruppen, 14.11.1977.

61 Erstsemester-Info 1978.

62 Hochschul-Info-Dienst, 13.12.1977.

63 Zeitung des FSR Kunst, Okt. 1978.

Grundsätzliche Forderung des Gründungsbeirats und der Studierenden war die Einrichtung von Fachbereichen, entsprechend den Voten der Selbstverwaltungsorgane der Hochschule.<sup>64</sup> Dagegen stand die Forderung einiger Hochschullehrer nach der Aufteilung in bestimmte Einzelfachbereiche. Insbesondere im Bereich Naturwissenschaften (Mathematik, Biologie) forderten einige Professoren eigene Fachbereiche, "da wegen fehlender Affinität der Fachgebiete die interdisziplinäre Arbeit sich gegenseitig neutralisiere."<sup>65</sup> Der Kultusminister verordnete schließlich die Einrichtung von 21 Fachbereichen, welche diesen Interessen entsprachen, entgegen den von Gründungsbeirat und StudentInnen gestellten Forderungen.

Die politische Ausrichtung der Basisgruppen blieb auch im Wintersemester 1978/79 die grundsätzliche Absage an hierarchische Strukturen und StellvertreterInnenpolitik. Bei der Wahl des "AStA-Kollektivs" im Jahr 1978 verlierten die Basisgruppen demonstrativ den Posten des ersten Vorsitzenden unter den zu wählenden KandidatInnen, um die Ablehnung der vorgeschriebenen Hierarchien zu bekunden. Als "Programm der Programmlosigkeit" veröffentlichte der neue AStA ein Märchen mit dem Titel "Gottis wundersame Reise", in dem die Utopie einer neuen Gesellschaft in der Bundesrepublik beschrieben wurde: Jegliche Ausbeutung von Mensch und Natur war in ihr abgeschafft, die Isolation zwischen den Menschen überwunden und dennoch die Selbstbestimmung des Einzelnen verwirklicht.<sup>66</sup> Der AStA, der von einer studentischen Vollversammlung dazu aufgefordert wurde, dennoch ein Programm zu veröffentlichen, erklärte daraufhin in den "Sumpfb Blüten" seine politischen Standpunkte: Wichtigster Grundsatz der Basisgruppenpolitik stellte die vorbehaltlose Unterstützung aller Basisaktivitäten dar, die gegen den Abbau von Reformansätzen, gegen die Verschlechterung von Studienbedingungen und gegen den Abbau demokratischer Rechte in und außerhalb der Hochschule gerichtet waren.<sup>67</sup>

In einzelnen Bereichen konnten von den Studierenden auch ab und zu neue Ideen verwirklicht werden. Eine erfolgreiche Initiative einer Gruppe von LehramtsstudentInnen stellte die Durchsetzung der Finanzierung einer Projektkoordination (Proko) dar. Sie sollte zur Wiederbelebung des Projektstudiums im Lehramtsbereich, das im Vergleich zur Aufbauphase des Studienganges einen eher geringen Stellenwert bekommen hatte, beitragen. Eingerichtet wurde eine studentische Gruppe, die über Mittel zur Förderung von Projekten verfügen konnte. Die Gruppe übernahm außerdem die Aufgabe, Verbindungen und Erfahrungsaustausch zwischen den Projekten zu fördern.<sup>68</sup> Das Projektstudium im Lehramtsbereich bekam aus dieser Initiative heraus dann auch neuen Aufschwung.

Insgesamt war die Bereitschaft zur politischen Aktivität an der Hochschule nach den Ereignissen um das Hessische Hochschulgesetz allerdings eher geringer geworden. Nur in den von der Neugliederung der GhK betroffenen Fachbereichen regte sich noch Widerstand: Aus Protest gegen die Aufteilung in zwei Studienbereiche besetzten im Wintersemester 1978/79 ASL-StudentInnen die "K 9", eine für den Abbruch bestimmte Henschel-Fabrikhalle auf dem Hochschulgelände. Die Besetzung stellte gleichzeitig eine Eigeninitiative zur Verbesserung der schlechten Raumsituation am Fachbereich ASL dar. Der Gründungsbeirat "begrüßte die Initiative" und forderte den Präsidenten Weiszäcker auf, Mittel für die Renovierung der Halle zur Verfügung zu stellen.<sup>69</sup> Der Präsident der Hochschule verlangte dagegen die Räumung der Fabrikhalle, da die Nutzung rechtswidrig und, bedingt durch den baufälligen Zustand der Halle, zudem gefährlich sei. Das Gebäude wurde von den Studierenden allerdings nicht verlassen sondern weiterhin genutzt. Die Besetzung wurde bis zu den Semesterferien im Sommer 1979 durchgehalten, in denen die Hochschulverwaltung dann die Halle abbrechen ließ.

Die Besetzung der Halle und die damit verbundenen Auseinandersetzungen standen am Anfang einer Reihe von Konflikten zwischen StudentInnen und Hochschulleitung, vor allem in der Person von Präsident Weiszäcker, die sich bis zum Ende von dessen Amtszeit immer weiter zuspitzten.

64 Protokoll des Gründungsbeirats, Okt. 1978,

65 Brief an den Kultusminister vom 20.6.1978.

66 Sumpfb Blüten 6.11.1978 ff.

67 ebenda 20.11.1978.

68 Proko Selbstdarstellung, 1978.

69 Sumpfb Blüten, 20.11.1978.

Ein weiterer Streit entstand zum Beispiel durch eine Anti-AKW Ausstellung in der Ingenieurschule. Sie führte zum Protest des Verbandes deutscher Ingenieure (VDI), der die Schließung der Ausstellung forderte. Nach einigen Diskussionen, durch welche die Studierenden zunächst das Abräumen der Ausstellung verhindern konnten, kündigte der Präsident schließlich den Vertrag, durch welchen der Ausstellungsraum den StudentInnen zur Verfügung gestellt worden war. Die Ausstellung wurde dann von der Hochschulleitung demonstrativ einen Tag vor dem eigentlich geplanten Ende geschlossen.<sup>70</sup> Die Studierenden waren vor allem über die "Profillosigkeit" des Präsidenten empört, der zunächst "Gesprächsbereitschaft" signalisiert hatte und behauptete, die Freiheit der Hochschule wahren zu wollen. Er war ihrer Ansicht nach statt dessen vor allem darauf bedacht, die Verbindungen der GhK nach außen nicht zu gefährden.

Die Wahrnehmung des politischen Mandats durch die studentische Vertretung wurde von der Hochschulleitung allerdings auch weiterhin nur auf Aufforderung durch das Ministerium formal beanstandet. Ein Beispiel zeigt den sich in den folgenden Jahren noch des öfteren abspielenden Vorgang: Das Studentenparlament verabschiedete eine Resolution zu Vorfällen in Stammheim und gegen ein von der CDU gefordertes Verbot von KBW und KPD. Das Kultusministerium forderte die Hochschulleitung zur Beanstandung der Resolutionen auf; diese kam der Aufforderung nach und erklärte beide Beschlüsse für aufgehoben. Gegen die rechtsaufsichtliche Beanstandung legte das Studentenparlament Widerspruch ein, mit der Begründung, daß es sich bei den Resolutionen um Wahrnehmung der hochschulpolitischen Belange ihrer Mitglieder handle: Ohne Ausgrenzung der Studentenschaft aus der Gesellschaft sei keine Abgrenzung zwischen allgemeinpolitischem und hochschulpolitischem Mandat möglich. Außerdem wurde auf die Aufgabe der Hochschule der Verwirklichung des Rechts auf Bildung und der wissenschaftlichen Erkenntnis verwiesen. Dies beinhalte im Hinblick auf die gesetzliche Forderung nach Verantwortung der Wissenschaft in der Gesellschaft die untrennbare Verknüpfung von Theorie und Praxis. Die Resolutionen seien auch im Rahmen der Aufgabe der Studentenschaft, politische Bildung und das staatsbürgerliche Verantwortungsbewußtseins zu fördern, zu sehen.<sup>71</sup>

Der Widerspruch wurde zurückgewiesen. Begründet wurde die Ablehnung mit der Zwangsgliedschaft der StudentInnen in der verfaßten Studentenschaft: Aus ihr ergebe sich für die Studentenschaft, als staatlich verfaßtes Glied der Hochschule, ein nur begrenzter, gesetzlich geregelter Aufgabenkatalog. Die Studentenschaft als Teil mittelbarer Staatsverwaltung (da Körperschaft des öffentlichen Rechts) habe die Aufgabe der spezifischen Interessenvertretung ihrer studentischen Mitglieder. In Bezug auf die Wissenschaftsfreiheit der Hochschule beinhalte dies die Aufgabe, die Wissenschaftsfreiheit zu schützen und Eingriffe in den Schutzbereich abzuwehren. Die Studentenschaft sei allerdings nicht selbst Subjekt der Wissenschaftsfreiheit, habe also nicht das Recht, sich in ihren Äußerungen darauf zu berufen. Das Informationsrecht werde der Studentenschaft zugestanden, nicht aber das Recht auf politische Willensäußerungen, um die es sich bei den Äußerungen handle.<sup>72</sup>

Nach dem Widerspruch und dessen offizieller Ablehnung kam es dann zu keiner weiteren rechtlichen Fortsetzung der Angelegenheit.

### 3.2.6 SS 1979 - SS 1980: Basisinitiativen zur Gestaltung der Hochschule und parlamentaristische Tendenzen der Basisgruppenliste

Nach den Enttäuschungen in den Auseinandersetzungen um das hessische Hochschulgesetz hatten sich viele der politisch aktiven StudentInnen auf das Engagement außerhalb der Hochschule konzentriert, wie etwa in der Anti-AKW Bewegung, der Frauenbewegung oder in verschiedenen anderen Initiativen aus dem sogenannten alternativen Spektrum. Das Engagement außerhalb wirkte aber auch wieder auf die Hochschule zurück. Es entstanden daraus Initiativen, die sich für die Umgestaltung des Arbeits- und Lebensraums Hochschule einsetzten. So gründeten im Sommer 1979 einige Studentinnen ein Frauenreferat an der GhK und organisierten eine erste studentische Frauen-

70 Kurhessische Wirtschaft, 8/1978.

71 Widerspruchsschreiben des Stupa, 5.12.1977.

72 Schreiben des Präsidenten der GhK, 13.6.1978.

vollversammlung.<sup>73</sup> Das Referat bestand aus einer Gruppe von Studentinnen, die sich gegen die Benachteiligung von Frauen an der Hochschule einsetzen wollten. Ziele ihrer Arbeit waren zunächst die Durchsetzung von mehr Frauenseminaren, von Frauenforschung und das Angebot von Kinderbetreuung an der Hochschule. Die Frauengruppe erreichte die Finanzierung ihrer Arbeit durch den AStA, bei gleichzeitiger Unabhängigkeit von diesem, und wurde so zum "Autonomen Frauenreferat".

Auch die Umsetzung des Themas Ökologie wurde an der Hochschule versucht. So setzte sich zum Beispiel eine studentische Projektgruppe mit dem Namen "Wegwerfgesellschaft nein danke" für die ökologische Umstrukturierung der Hochschule ein. Sie versuchte unter anderem, das Studentenwerk zur Umstellung auf Mehrweggeschirr zu bewegen. Dazu veranstaltete die Gruppe Aktionen; sie forderte zum Beispiel alle Hochschulangehörigen auf, eigene Teller und Tassen mitzubringen. Darüber hinaus machte sie durch Mensa-Plastiktassen, die auf einer langen Leine quer über das Hochschulgelände aufgehängt wurden, auf das Problem aufmerksam.<sup>74</sup> Die Umstellung des Geschirrs konnte die Gruppe allerdings nicht bewirken, sie wurde erst Mitte der 80er Jahre größtenteils durchgesetzt.

Durch Fachschaften und Projekte wurde in vielen Bereichen verstärkt versucht, Themen wie ökologisches Bauen, alternative Landwirtschaft oder angepasste Technologie in Forschung und Lehre hineinzutragen. Diese vielen Initiativen waren teilweise erfolgreich und prägten vor allem dort, wo sie in Zusammenarbeit mit einigen HochschullehrerInnen eingefordert werden konnten, die Gestaltung der Fachbereiche.

Die verschiedenen Aktivitäten zeigen, daß viele StudentInnen die Hochschule immer noch als Lebensraum begriffen, an dessen Gestaltung sie mitwirken wollten. Der Versuch, die Verhältnisse an der Hochschule zu verändern, ging so nicht nur von der gewählten studentischen Vertretung aus. Es trat dabei auch allmählich eine Entwicklung ein, in der studentische Initiativen immer weniger mit der Arbeit des AStA verknüpft waren, obwohl sie immer noch von dessen Politik unterstützt wurden. Die Basisgruppenliste begann sich, zumindest was die Politik an der Hochschule betraf, zunehmend von der Basis zu entfernen. Ein Grund für die allmähliche "Abkopplung" der Liste von der Basis war, daß sie mittlerweile fast nur noch aus langjährig Aktiven bestand, die von vielen Studierenden als "Politprofis" wahrgenommen wurden.<sup>75</sup> Zu dieser Entwicklung trug im weiteren dann eine verstärkte Mitarbeit der Basisgruppenliste in den Gremien der Hochschule bei, in denen die VertreterInnen der Liste die studentischen Einflußmöglichkeiten aufs Neue zu nutzen versuchten.

Gemäß dem neuen HHG mußte im Jahr 1979 die Selbstverwaltung der Hochschule den für hessische Universitäten gültigen Regelungen angepaßt werden. Die Selbstverwaltung hatte von nun an durch einen gewählten Konvent, einen Senat, der im wesentlichen aus den Dekanen der einzelnen Fachbereiche gebildet wurde, und verschiedene Ausschüsse zu erfolgen. Im Sommer 1979 wurde darum der Gründungsbeirat aufgelöst und ein erster Konvent gewählt. In diesem Gremium, als höchstem gewählten Organ der Hochschule, waren 35 ProfessorInnen, 20 Wissenschaftliche Bedienstete, 25 StudentInnen und 10 Sonstige Bedienstete vertreten. Die Wahl erfolgte nach Statusgruppen getrennt. Für sie kandidierten jeweils Hochschulgruppen unterschiedlicher politischer Ausrichtung.

Die Kräfteverteilung des ersten Konvents sah, quer durch alle vertretenen Statusgruppen folgendermaßen aus: 55 Sitze hatte das linke Spektrum der Hochschulgruppen, während 45 Sitze an die eher konservativ orientierten Listen gingen. Von den Sitzen der "Linken" (GEW/ÖTV und studentische linke Gruppen) entfielen 23 auf die StudentInnen.<sup>76</sup> Eine Folge dieser Konstellation war, daß die Studierenden und GEW/ÖTV sich gegenseitig als wichtige Bündnispartner betrachteten, um Mehrheiten in Entscheidungen zu gewinnen. So kam es dazu, daß GEW und ÖTV und die Basisgruppenliste ein "Papier" verfaßten, das Grundlage für die gemeinsame Arbeit im Konvent sein sollte.

73 Sumpfbüthen, 5.2.1979.

74 ebenda, 29.10.1979.

75 BEM-Info, Okt. 1978.

76 Die Sitzverteilung für die studentischen Gruppierungen entsprach ungefähr der im Studentenparlament, s. Anhang.

Auch wenn kein festes Bündnis geschlossen wurde, zeigt sich hier, daß die Basisgruppenliste, nach ihrer Rückkehr in die Gremienarbeit, sich nun auch anderen "parlamentarischen Spielregeln" öffnete. Damit war die Hoffnung auf eine linke Mehrheit verbunden, welche durch die gemeinsame Vertretung von Positionen konstruktive Politik für den Erhalt der Reform an der GhK ermöglichen sollte.<sup>77</sup>

Diese Hoffnung wurde dann aber bereits in der Anfangsphase der Konventsarbeit getrübt: Die Basisgruppen lehnten eine von GEW und ÖTV unterstützte Vizepräsidentschaft ab. Ein vom Präsidenten vorgeschlagener Kandidat aus den Reihen der GEW schien den VertreterInnen der Basisgruppen zu moderat und persönlich ungeeignet zu sein. Der Vorschlag des Präsidenten war ihrer Ansicht nach ein taktisches Vorgehen, um die Linke in die Verantwortung einzubinden und zu neutralisieren. Durch ein Votum der studentischen Vollversammlung legitimiert, stimmten die linken studentischen VertreterInnen im Konvent gegen den Kandidaten und konnten wegen der knappen Mehrheitsverhältnisse die Wahl scheitern lassen.<sup>78</sup> Die studentischen VertreterInnen hatten so zwar ein gewisses Erfolgserlebnis in bezug auf ihren Einfluß, gleichzeitig wurde aber auch klar, daß die Zusammenarbeit mit GEW und ÖTV nur bedingt möglich war. Die konstruktive, gemeinsame Politik der Linken schien so kaum verwirklicht werden zu können.

Dem Konvent als höchstem Gremium der GhK wurde von studentischer Seite außerdem eine hohe Bedeutung beigemessen, da er als Forum betrachtet wurde, in dem unter weitestmöglicher Beteiligung verschiedener Gruppierungen die Angelegenheiten der Hochschule öffentlich diskutiert werden konnten. Diese Bedeutung wurde dadurch verstärkt, daß der Konvent, nicht nur von studentischer Seite, auch als höchstes politisches Gremium der GhK angesehen wurde. So wurde zum Beispiel auf der ersten Sitzung ein Antrag der studentischen VertreterInnen zur Unterstützung der Anti-AKW Bewegung, der sich für die Stilllegung von AKWs aussprach, diskutiert und mehrheitlich verabschiedet. Der Beschluß wurde dabei gegen den Willen des Präsidenten gefaßt, der rechtliche Bedenken "wegen eindeutiger Kompetenzüberschreitung des Gremiums" hatte.<sup>79</sup>

Im Wintersemester 1979/80 waren die Studienbedingungen bzw. die Raumknappheit an der GhK zunächst das Hauptthema der studentischen Politik. Die beengte Raumsituation führte zu einer Protestaktion der Studierenden, aus der sich Auseinandersetzungen mit der Hochschulleitung entwickelten, durch die das Problem um so mehr in die Diskussion kam und öffentlich wurde.

Das Problem des Raummangels wurde auf einer studentischen Vollversammlung diskutiert. Gemäß einem dort gefaßten Beschluß rief der AStA in den "Sumpfb Blüten" zu einer Besetzung der Zentralverwaltung auf. Mit dieser Aktion wollte man den Raummangel nicht länger einfach hinnehmen, da die verbalen Proteste zu keiner Verbesserung geführt hatten. Die Räume der Zentralverwaltung sollten demonstrativ zum Arbeiten genutzt werden. Ziel war auch, mit den Angestellten der Verwaltung in die Diskussion zu kommen.

Die etwa 300 BesetzerInnen wurden allerdings bereits bei ihrem Einzug in das Gebäude der Zentralverwaltung vom Präsidenten Weizsäcker in einem Sitzungsraum "zum Gespräch" erwartet, während die anderen Räume des Verwaltungsgebäudes abgeschlossen waren. Der ursprüngliche Aktionsplan der StudentInnen konnte so nur teilweise durchgeführt werden. Es kam zu Auseinandersetzungen mit dem Präsidenten, dessen Gesprächsbereitschaft sich den Studierenden auf Grund früherer negativer Erfahrungen als Beschwichtigungsstrategie darstellte. Der Präsident erklärte sich mit den Zielen der StudentInnen zwar einig, bezweifelte aber, ob Aktionen dieser Art den Zielen dienen würden. Er kündigte die seiner Ansicht nach unabdingbare rechtliche Überprüfung des Vorgehens der StudentInnen an. Die Besetzung wurde schließlich abgebrochen.

Ein Resultat der Aktion waren drei neue Räume für den Fachbereich ASL. Eine andere Folge war eine vom Präsidenten gestellte Strafanzeige wegen Körperverletzung wegen angeblicher Angriffe auf einen Hausmeister. Dem folgte eine Schadenersatzforderung wegen Verschmutzung und somit Beschädigung der Einrichtung einiger Räume. Die Anzeige traf letztendlich die Personen des AStA, da sie zur Aktion aufgerufen hatten. Dagegen protestierten einige Fachschaften und die studentische Vollversammlung mit der Begründung, daß der AStA auf Weisung einer Vollversammlung gehandelt habe. Das Vorgehen des Präsidenten wurde als Versuch empfunden, durch die Ver-

77 Sumpfb Blüten, 23.4.1979.

78 ebenda, 21.5.1979.

79 Publik, 25.4.1979.

folgung von "Rädelsführern" die StudentInnen einschüchtern zu wollen. Der Konvent mißbilligte schließlich den Strafantrag und das Vorgehen des Präsidenten in dieser Angelegenheit. Die Strafanzeige war allerdings nicht mehr rückgängig zu machen.<sup>80</sup>

Am Ende der Amtszeit Weizsäckers kam es dann nochmals zu Auseinandersetzungen mit der Hochschulleitung, die bei den betroffenen Studierenden zu Wut und Enttäuschung, aber auch weitergehend zu neuer Kreativität führten. StudentInnen des Fachbereichs ASL hatten Podeste und Emporen in kleine, aber hohe Projekträume eingebaut, um sie so zweistöckig nutzen zu können. Da nach einiger Zeit von der Verwaltung festgestellt wurde, daß die Konstruktionen nicht den baupolizeilichen Bestimmungen entsprachen, wurde die Beseitigung der Einbauten verlangt. Mit dem Hinweis auf die bisherige Nützlichkeit und Ungefährlichkeit der Podeste lehnten die StudentInnen den Abbruch der Podeste ab und besetzten die Räume, da sie den Eingriff der Verwaltung befürchteten. Präsident Weizsäcker ließ daraufhin die Besetzungsaktion mit Hilfe eines Polizeieinsatzes beenden und die Einbauten abrechen. Am Fachbereich wurde das Vorgehen des Präsidenten zwar weitgehend mißbilligt, und der Dekan des Fachbereichs trat wegen des Ablaufs der Abbruchaktion zurück. Dennoch blieb bei den StudentInnen das Gefühl, in ihren Bemühungen um Verbesserungen ihrer Studiensituation und die kreative Gestaltung des eigenen Lernfelds unterdrückt zu werden.<sup>81</sup>

In einer Aktionswoche wurde darum in einem Raum ein überdimensionaler Tisch gebaut, der als Empore nutzbar war. Mit einem "Ur-Tisch-Happening", zu dem der Künstler Joseph Beuys eingeladen wurde, weihten die Studierenden das neue Bauwerk ein. Zum Ärger der Bürokratie erklärte der Künstler den Tisch, dem er noch viele "Kinder" wünschte, zum "Ur-Tisch" und forderte die StudentInnen zur weitergehenden Aktivität auf: "Ihr könnt doch zum Handeln kommen! Das Suchen nach Grauzonen genügt nicht, oder das Suchen nach Rechtslücken genügt nicht. Das kann man nicht nutzen in dieser Auseinandersetzung, die wahrscheinlich eine kontinuierliche sein wird in der Zukunft der Menschen, die sich überhaupt aus solchen Verhältnissen befreien wollen. Aber dann müßt ihr das mal machen. Ihr müßt den Konflikt suchen."<sup>82</sup>

Politische Inhalte waren im Sommer 1980 vor allem die Proteste der Anti-AKW Bewegung. Der AStA rief zur Teilnahme am Widerstand auf. Fahrten zu verschiedenen Demonstrationen und Besetzungsaktionen wurden in Zusammenarbeit mit verschiedenen Initiativen Kassels organisiert.

Im Zusammenhang mit dem "aktiven Widerstand" kam es zwischen verschiedenen linken Gruppierungen zunehmend zu Diskussionen über politische Vorgehensweisen. Mit der Gründung der Gruppe SIT im Jahr 1978 und der Juso-Hochschulgruppe im Jahr 1979 hatte sich eine allmählich stärker werdende linke Opposition zu den Basisgruppen entwickelt. Auch der bereits zuvor existierende MSB-Spartakus wurde zunehmend aktiv. Die Auseinandersetzung um unterschiedliche politische Ansätze konkretisierte sich beispielhaft in einer Diskussion um die VDS, die im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen das geplante Endlager in Gorleben entstand. Der Streit über den Verband entzündete sich daran, daß die Basisgruppen während der sich zuspitzenden Lage bei der Besetzung des Hüttendorfs in Gorleben demonstrativ dort teilgenommen hatten, anstatt ein zur gleichen Zeit durchgeführtes Festival der VDS zu besuchen. Die Basisgruppen äußerten danach massive Kritik an dem Verband, den sie als Profilierungs- und Selbstdarstellungsgremium empfanden, da er sich auf politische Analysen und interne Auseinandersetzungen konzentrierte, aber keine Mitarbeit im aktiven politischen Widerstand zeigte. Darum stellten sie die weitere Mitarbeit in der VDS grundsätzlich in Frage.

Für MSB und Juso-Hochschulgruppe hingegen hatte der Verband eine wichtige Bedeutung, da sie in ihm die einzige Möglichkeit sahen, öffentlichkeitswirksam bundesweit studentische Kritik zu artikulieren. Die Durchsetzungsfähigkeit studentischer Politik hing ihrer Ansicht nach nicht von einzelnen, unkoordiniert durchgeführten Spontanaktionen ab. Sie war nach ihrer Meinung nur durch einen starken Verband zu erreichen, der gemeinsame Vorgehensweisen entwickelte. Um dies zu er-

---

80 Sumpflüten, 11.2.1980.

81 ebenda, 20.10.1980.

82 Joseph Beuys, 7.11.1980 in: architek-tür-museum, 1983, S. 46.

reichen, sollten auch Kompromisse eingegangen werden und eine aktive Beteiligung an Gesprächen, die der Entwicklung der gemeinsamen Politik dienen, wahrgenommen werden.<sup>83</sup>

Im Bereich der Hochschulpolitik engagierten sich die Basisgruppen dann ein letztes Mal verstärkt. Bedingt war dies durch die im Jahr 1980 an der GhK anstehenden Präsidentschaftswahlen. Die damit verbundenen Enttäuschungen waren ein wesentlicher Faktor für einen Rückzug der Basisgruppen aus der Politik an der Hochschule, der schließlich zum Verzicht auf eine weitere Kandidatur führte. Die Erfahrungen in den Auseinandersetzungen machte den studentischen VertreterInnen zum einen das Scheitern ihrer parlamentaristischen Politik deutlich und ließ sie in der Folge den Verlust ihrer Verbindung zur studentischen Basis erkennen. Die Ereignisse, die dazu führten, sollen darum genauer dargestellt werden:

Unter den zur Verfügung stehenden Kandidaten war der von den linken Gruppierungen der GhK favorisierte Kandidat Michael Daxner. Seine politische Einstellung ließ sie auf den Einsatz für die "Reform" an der GhK hoffen. Auch die linken studentischen Listen hegten diese Erwartung und sprachen sich darum für die Wahl Michael Daxners aus. Während der Anhörungsverfahren wurde vom Kultusminister dann ein Kriterienkatalog vorgelegt, der der "Bewertung" der Präsidentschaftskandidaten dienen sollte und auf dessen Grundlage das Ministerium über die Bestätigung des Präsidenten entscheiden wollte. Dadurch war schon vor der Wahl klar, daß das Ministerium bei diesen ersten, durch den Konvent erfolgenden Präsidentschaftswahlen an der GhK, sich die Entscheidung über den neuen Präsidenten vorbehalten wollte.

Der Konvent protestierte erfolglos gegen diesen Eingriff in die Wahlen. Nach längeren Diskussionen wurde dann schließlich Michael Daxner zum Präsidenten der GhK gewählt. Die VertreterInnen der Basisgruppen, die sich aktiv an den Auseinandersetzungen beteiligt hatten, betrachteten die Wahl als mühsam errungenen Erfolg und hofften auf die Bestätigung des neuen Präsidenten.<sup>84</sup>

Anfang des Wintersemesters 80/81 wurde dann aber bekannt, daß das Kultusministerium den neu gewählten Präsidenten ablehnte. Der Ablehnung folgten verschiedene studentische Protestaktionen: Eine Gruppe Witzenhäuser StudentInnen kippte dem Kultusminister eine Fuhre Mist vor die Haustür; StudentInnen besetzten die Zentralverwaltung, um dem gewählten Präsidenten Daxner den Stuhl bis zu seiner Bestätigung frei zu halten.<sup>85</sup>

Auf einer studentischen Vollversammlung wurde die Durchführung einer Streikwoche als Protest gegen die Übergriffe des Kultusministers auf die Hochschule diskutiert. Während einer Woche des Boykotts von Veranstaltungen sollten in allen Fachbereichen Diskussionen über die Struktur von Hochschulpolitik, aber auch über Inhalte von Lehre und Forschung stattfinden. Mit großer Mehrheit stimmte die Vollversammlung, auf der mit etwa 2000 TeilnehmerInnen ein Drittel der Studentenschaft anwesend war, für den Streik. Der AStA sprach sich allerdings gegen einen Streik aus. Die VertreterInnen der Basisgruppenliste fürchteten, daß ein Streik, wegen zu erwartender schwacher Beteiligung, eher negative Auswirkungen haben würde.<sup>86</sup>

Da der Streik von der Vollversammlung beschlossen war, beteiligte sich der AStA, trotz der ursprünglichen Ablehnung, an der Organisation, die jedoch vor allem von VertreterInnen aus der Fachschaftsarbeit getragen wurde. Dabei wurden weitere Spannungen zwischen AStA und einigen Fachschaften deutlich. Verschiedene Koordinationsprobleme führten zum Vorwurf, daß der AStA den Streik sabotiere, um hinsichtlich der Undurchführbarkeit eines effektiven Streiks Recht zu behalten. Auch nach dem Streik war die Skepsis des AStA eine Erklärung dafür, daß in der Streikwoche in manchen Fachbereichen "nichts lief" und die Beteiligung am Veranstaltungsboykott nicht den Hoffnungen der OrganisatorInnen entsprach.<sup>87</sup> Insgesamt betrachtet waren während der Streikwoche an vielen Fachbereichen allerdings rege Aktivitäten und Diskussionen im Gange, und es fand eine relativ große Demonstration statt. Ein Erfolg in bezug auf die Präsidentschaftswahlen konnte allerdings nicht erzielt werden.

83 Sumpfbüten, 19.5.1980.

84 Erstsemester-Info 1981.

85 Sumpfbüten, 20.10.1980.

86 ebenda, 27.10.1980.

87 Fachschaftszeitung Kunst, Okt. 1980.

Der Verlauf der Ereignisse bestätigt zwar nicht den Vorwurf der "Sabotage", zeigt dafür aber die zunehmende Distanz zwischen dem Basisgruppen-AStA und den in der Fachschaftsarbeit aktiven Studierenden. Außerdem wird hier ein anderer Aspekt studentischer Politik exemplarisch deutlich, der die Mobilisierung durch VertreterInnen des AStA grundsätzlich widersprüchlich macht. Die Ablehnung des Streiks durch den AStA hatte offensichtlich eher aktivierende Auswirkungen auf die studentische Basis. Einerseits bestand anscheinend die Herausforderung, die Durchführbarkeit eines Streiks zu beweisen und andererseits war auch klar, daß keine StellvertreterInnen die Organisation selbstverständlich übernehmen würden. Die Kritik am AStA scheint so teilweise eine Erklärungsstrategie der Aktiven zu sein, um das vorhandene Desinteresse anderer StudentInnen und auch die Erfolglosigkeit des Streiks zu verarbeiten.

Die Basisgruppenliste wollte auf anderer Ebene den Kampf weiterführen, das Thema "Hochschulautonomie und Präsidentschaftswahl" sollte nochmals im Konvent diskutiert werden.<sup>88</sup> Gemeinsam mit der ÖTV wurde dort eine Verpflichtungsklage durchgesetzt, durch die der Kultusminister zur Bestätigung des gewählten Kandidaten gezwungen werden sollte. Als Michael Daxner dann allerdings seine Kandidatur zurückzog, wurde die Klage hinfällig. Die studentischen VertreterInnen waren wegen des Rücktrittes enttäuscht, vor allem auch, da keine andere Liste im Konvent mehr bereit war, weitere rechtliche Schritte in der Angelegenheit zu unternehmen.<sup>89</sup>

Mit den Enttäuschungen in Zusammenhang mit den Vorfällen um die Wahl Daxners endete das intensive Engagement der Basisgruppen an der Hochschule, das in der letzten Phase vor allem auch mit der Arbeit in den Gremien verbunden war. Mit einer gewissen Resignation wandten sich die Basisgruppen wieder mehr Bereichen außerhalb der Hochschule zu. Themen wie Hausbesetzungen, die Revolution in Nicaragua und Berufsverbote traten in den Vordergrund.

Es kam schließlich zu einer "zweiten Runde" der Präsidentschaftswahlen, in welcher der AStA zwar auch Stellung beziehen, sich aber nicht mehr aktiv beteiligen wollte, da die neue Ausschreibung ohne Rücknahme des Kriterienpapiers des Kultusministers erfolgt war. Nach der neuen Ausschreibung der Präsidentschaft wurde schon vor den Anhörungen der SPD-zugehörige Franz Neumann von GEW und ÖTV favorisiert. Die VertreterInnen der Basisgruppenliste waren von dem Verfahren frustriert. Franz Neumann war ihrer Ansicht nach ein Kompromißkandidat, den man ausgewählt hatte, um der Zustimmung des Kultusministeriums sicher zu sein. Ein letztes Mal versuchten die Studierenden, das Kriterienpapier des Kultusministeriums zur Diskussion zu stellen, sie waren damit erfolglos.<sup>90</sup> Der AStA forderte die StudentInnenschaft schließlich dazu auf, zahlreich zur Wahl zu erscheinen, um sich das "Trauerspiel" nicht entgehen zu lassen. Im Konvent wurde Franz Neumann dann schließlich mit 46 zu 21 Stimmen gewählt. Da zur Wahl die absolute Mehrheit erforderlich war, entsprach dieses Wahlergebnis genau der Mindestzahl an erforderlichen Stimmen.<sup>91</sup>

Ein studentisches Projekt "Visuelle Opposition" verarbeitete die Ereignisse in Form einer Ausstellung zur "Präsi-Qual". Die Basisgruppen, für die sich im Lauf ihrer Arbeit immer wieder gezeigt hatte, daß die Arbeit im AStA zwangsläufig die Beschäftigung mit den Ereignissen an der Hochschule beinhaltete und damit auch immer wieder in für sie frustrierende Gremienarbeit führte, waren durch den Ausgang der Wahl zunehmend demotiviert. Sie erkannten auch, daß sie sich durch das Engagement in der Selbstverwaltung der Hochschule zunehmend in die Position von gewählten StellvertreterInnen bewegt hatten und somit der Anspruch der gemeinsamen Aktivität mit der Basis immer weniger umgesetzt werden konnte.

Die Basisgruppenliste kandidierte schließlich nicht mehr für die studentischen Wahlen. Ihre Begründung dafür lautete: "Unsere Politik ist mehr und mehr zum Verwalten und technokratischen Reagieren verkommen... Die Geschichte mit der Präsidentschaftswahl, das ewig sinnlose Hin und Her mit den meisten Prüfungsordnungen, überhaupt der ganze Gremienkrampf hängt uns zum Halse raus."<sup>92</sup>

---

88 Sumpfbüten, 27.10.1980.

89 ebenda, 16.12.1980.

90 ebenda, 2.2.1981.

91 ebenda, 19.5.1981.

92 Scheuerer in: Kluge, 1981, S. 118.

### 3.2.7 WS 1981/82 - SS 1982: Beginn gewerkschaftsorientierter AStA-Politik

Nachdem die Basisgruppen nicht mehr für die Wahl kandidiert hatten, kam es nach sechs Jahren "Basisgruppenherrschaft" zur Bildung eines Koalitions-AStA aus Juso-Hochschulgruppe und MSB-Spartakus. Der neue AStA bezog im Gegensatz zur Basisgruppenliste Stellung für die aktive Mitarbeit in der VDS. Außerdem sollte mit den Gewerkschaften in und außerhalb der Hochschule zusammengearbeitet werden. Von einer grundsätzlichen Interessengleichheit ausgehend, sah der Juso/MSB-AStA in einer gemeinsamen Interessenvertretung von ArbeiterInnen und Studierenden die einzige Möglichkeit, an politischer Stärke zu gewinnen.<sup>93</sup>

Mit dem "Machtwechsel" im AStA kam es zunächst zur verstärkten politischen Aktivität von Studierenden an der Hochschule. Ein Grund war, daß die neuen Gruppierungen mit unverbrauchter Energie an die Arbeit gehen konnten und natürlich beweisen wollten, daß ihre Politik wirkungsvoller war, als die ihrer VorgängerInnen. Außerdem bedingte der Wechsel im AStA auch die Aktivierung der den Basisgruppen zugewandten Studierenden, die nun in der "Opposition" waren. Dadurch kam es zu engagierten Auseinandersetzungen um politische Vorgehensweisen. Anfang des Wintersemesters 1981/82 fanden fast wöchentlich Gesamtvollversammlungen statt, an denen bis zu 1500 Studierende teilnahmen. Bei einer Gesamtzahl von etwa 7500 Studierenden entsprach dies ungefähr einem Fünftel der Studentenschaft. Im Vordergrund standen dabei vor allem allgemeinpolitische Themen.

Der politische Widerstand in der BRD richtete sich in dieser Zeit zunächst gegen den Bau einer "Startbahn West" in Frankfurt. Der AStA unterstützte den Protest, veranstaltete eine Podiumsdiskussion zum Thema und rief zur Teilnahme an einer Großdemonstration gegen die Startbahn auf.<sup>94</sup> Die Veröffentlichungen in der "AStA-Woche", die zum aktiven Widerstand aufriefen, führten dabei nicht zu Streitigkeiten mit Hochschulverwaltung oder Kultusministerium. Auf bundesweiter Ebene setzte sich die Auseinandersetzung um das politische Mandat jedoch fort: Nach einem Gerichtsurteil wurde den hessischen ASten die finanzielle Unterstützung der VDS, wegen deren Wahrnehmung des politischen Mandats mit Geldern der Studentenschaften, untersagt. Auch VDS-kritische ASten setzten sich daraufhin für die VDS und gegen das Verbot ein. Der AStA der GhK erklärte, daß noch vor Inkrafttreten des Erlasses Gelder überwiesen werden sollten.<sup>95</sup>

Ein weiteres Thema war im Wintersemester 1981/82 die Sparpolitik im Bildungswesen und die weiterhin restriktive Hochschulpolitik in der BRD. Auf Vorschlag der VDS war ein bundesweiter Streik geplant. Die Streikbereitschaft der StudentInnen sollte zuvor durch Urabstimmung festgestellt werden. Durch den Streik sollte gegen die weitere Erhöhung des Rüstungsetats im Zusammenhang mit der Kürzung von Bildungs- und Sozialausgaben protestiert werden. Der Streik sollte sich auch gegen die Verschärfung von Studien- und Prüfungsordnungen und Bafög-Kürzungen richten. Das Thema Streik wurde auf studentischen Vollversammlungen, in den Fachbereichen und auf der fachbereichsübergreifenden Ebene diskutiert. Viele StudentInnen standen dem "Druckmittel" Streik skeptisch gegenüber, sahen aber wenig andere Möglichkeiten, Protest in die Öffentlichkeit zu bringen. Sie betrachteten einen Streik weiterhin als eine Gelegenheit, sich einen Freiraum zu schaffen, in dem über eigene politische Ziele und deren Umsetzung diskutiert werden konnte.

Die VertreterInnen der Juso-Hochschulgruppe wandten sich gegen einen Streik, der ihnen nur dann sinnvoll schien, wenn keine anderen Handlungsmöglichkeiten, wie zum Beispiel Diskussionen oder Aktionen mehr vorhanden waren. Sie sahen außerdem die Gefahr, daß studentische Streiks sich allmählich zu einer ritualisierten Protestform entwickelten, die mangels Beteiligung wirkungslos bleiben mußten. Der MSB-Spartakus sprach sich hingegen für den Streik aus. Die Gruppe sah einen Streik als Mittel an, möglichst viele StudentInnen zu mobilisieren und so ein politisches Bewußtsein in der StudentInnenschaft zu fördern.<sup>96</sup>

Auf Votum einer studentischen Vollversammlung wurde schließlich eine Urabstimmung durchgeführt, an der sich 23 Prozent aller StudentInnen beteiligten. Von ihnen stimmten 78 Prozent für den Streik; auf die Gesamtzahl der Studierenden bezogen hatten sich so nur 18,2 Prozent aller Stu-

93 AStA-Woche Nr. 4, Nov. 1981.

94 ebenda.

95 ebenda Nr. 8, Feb. 1982.

96 ebenda Nr. 0, Nov. 1981.

dierenden für einen Streik ausgesprochen.<sup>97</sup> Die Aktionsform "Streik" erhielt durch dieses Ergebnis im Vergleich zu früheren Abstimmungen eine klare Absage. Die Urabstimmung, die im übrigen die letzte an der GhK darstellte, war allerdings auch für die Gegner der Aktionsform enttäuschend. Die geringe Beteiligung zeigte, daß insgesamt betrachtet ein zunehmendes Desinteresse der StudentInnenschaft an Aktionen in der Hochschule entstanden war. Die aktiven Studierenden beschlossen, dennoch eine Aktionswoche mit Veranstaltungsboykott durchzuführen, um auf diesem Wege auf die Mobilisierung der Studentenschaft hinzuwirken. Zum Auftakt der Woche fand, gemeinsam mit dem DGB, eine Demonstration statt.

Die geplante Zusammenarbeit des AStA mit den Gewerkschaften wurde auch im weiteren auf der Ebene gemeinsamer Veranstaltungen und Demonstrationen realisiert. Gemeinsam mit den Gewerkschaften Kassels veranstaltete der AStA zum ersten Mai ein Festival in der Ingenieurschule. Hauptsächliche Themen waren Arbeitslosigkeit, Sparmaßnahmen im Sozial- und Bildungsbereich sowie Aufrüstungs- und Atompolitik.

Auf die letzten beiden Bereiche konzentrierte sich auch das politische Engagement von studentischen Gruppen und Projekten an der Hochschule in dieser Zeit. Lehramtsprojekte führten Aktionen auf einem Anti-WAA-Festival durch, und die erstarkende Friedensbewegung machte sich auch an der GhK bemerkbar. In vielen Fachbereichen wurden Themen wie Atomtechnologie, Rüstungspolitik und Sparmaßnahmen im Bildungs- und Sozialbereich diskutiert.<sup>98</sup> Auf der Ebene der studentischen Projekte und Initiativen entstand allerdings kaum Zusammenarbeit mit Gewerkschaften außerhalb der Hochschule. Sie waren weiterhin eher mit anderen Initiativen Kassels verknüpft. Die Politik des AStA verlief darum, nach einer kurzen Anfangsphase der Zusammenarbeit, relativ getrennt von den anderen studentischen Aktivitäten, die in den Fachbereichen oder außerhalb der Hochschule stattfanden.

Mit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Franz Neumann zum Wintersemester 1981/82 waren die Konfrontationen zwischen Studierenden und der Hochschulleitung eine Zeit lang beendet. Die Ursachen dafür lagen in verschiedenen Bereichen. Zum einen bestand noch keine negative "Geschichte" mit der jeweils anderen Seite, zum anderen spielte auch die "Annäherung" von Hochschulleitung und AStA durch die gemeinsame Parteizugehörigkeit des Präsidenten und der Juso-ReferentInnen im AStA eine Rolle.

Das entspannte Verhältnis zur Hochschulleitung war allerdings nicht von langer Dauer: Im Jahr 1982 setzte eine folgenreiche Politik der Streichung von Geldern ein, welche die Einschränkung der studentischen Eigenorganisation im Studium bedeutete, die auch eng mit politischer und gesellschaftskritischer Aktivität verbunden war. Der Projektstudienkoordination "Proko" im Lehramtsbereich wurden von Kanzler Sauer die Gelder gestrichen. Die Begründung war formaler Art, angeblich gab es rechtliche Schwierigkeiten, die Gelder zuzuweisen. Der eigentliche Grund wurde von den StudentInnen im politischen Bereich vermutet. Die Proko hatte Projekte, die sich mit dem Widerstand gegen eine WAA in Hessen befaßten, unterstützt. LehramtsstudentInnen protestierten gegen die Streichung und verhandelten mit Kanzler und Präsident, wobei sie keine Erfolge erzielen konnten.<sup>99</sup>

Der Eingriff war für die StudentInnen um so schmerzlicher, als im Lauf der Diskussionen klar wurde, daß der neue Präsident sich kaum für die Verteidigung der Reformelemente einsetzte, sondern sich dem vom Ministerium eingesetzten Kanzler widerstandslos fügte. Die VertreterInnen der Studierenden im Konvent versuchten, sich auch in diesem Gremium gegen die Maßnahmen einzusetzen, blieben allerdings ebenfalls erfolglos.<sup>100</sup>

Trotz derlei Enttäuschungen hatten die VertreterInnen der Juso/MSB-Koalition wesentlich weniger Schwierigkeiten, sich auf realpolitisches Vorgehen einzulassen, als ihre VorgängerInnen. Dies zeigte sich zum Beispiel, als im Frühjahr 1982 die Wahl eines Vizepräsidenten für die GhK anstand: Ein von der GEW favorisierter Kandidat war für die Juso- und MSB-VertreterInnen nach eigenem Kommentar: ("Gewählt wird, was auf den Tisch kommt") als "Kompromiß" akzeptabel.

97 ebenda Nr. 5, Dez. 1981.

98 Fachschaftszeitung Kunst, Jan. 1982.

99 AStA-Woche Nr. 8, Feb. 1982.

100 ebenda Nr. 1, Okt. 1982.

Dies hatte den Grund, daß der Kandidat gewerkschaftlich organisiert war und in grundsätzlichen Fragen, wie zum Beispiel der Haltung zur Startbahn West, "auf der richtigen Seite" stand.<sup>101</sup>

Ähnliche pragmatische Einstellungen zeigten sich aber auch bei anderen linken Listen. Sie wurden zum Beispiel im Zusammenhang mit der Politik eines Vertreters der Hochschulgruppe SIT deutlich: Er hatte der Einführung des Numerus Clausus für verschiedene Studiengänge im Lust-Ausschuß<sup>102</sup> zugestimmt, woraufhin aus einigen Fachbereichen Protest von Studierenden laut wurde. In einer Stellungnahme erklärte die SIT das Abstimmungsverhalten folgendermaßen: Dem NC wurde als Notlösung zugestimmt, da er in der derzeitigen Lage Schutz vor weiteren Verschärfungen und unerträglichen Arbeitsbedingungen im Studium sei.<sup>103</sup>

Die studentischen Wahlen im Sommer 1982 führten dann zu verstärkten Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen linken Gruppierungen: Nach den Wahlen kam es zu längeren Koalitionsverhandlungen, da keine der Listen eine eindeutige Mehrheit hatte. Die Hochschulgruppe SIT koalierte zunächst mit dem MSB-Spartakus. Eine Koalition mit den wieder kandidierenden Basisgruppen lehnten sie ab, da sie diese als zu perspektivlos und als "alte Garde" empfanden. Die Koalition von SIT und MSB wurde schließlich noch von der Juso-Hochschulgruppe unterstützt. Sie stellte dafür die Bedingung, die offizielle Außenvertretung des AStA in der VDS und der Landesastenkonzferenz zu erhalten.

Nach den Jahren der absoluten Mehrheit der Basisgruppenliste entwickelte sich allmählich, durch weniger klare Mehrheitsverhältnisse, eine Konkurrenz um die Macht zwischen den linken Gruppierungen. Das Taktieren und Verhandeln um Koalitionen und der Versuch, durch Diffamierung der anderen Gruppierungen Politik zu machen, prägte die studentische Politik an der GhK in zunehmendem Maße.<sup>104</sup>

### 3.2.8 WS 1982/83 - SS 1984: Zunehmende Einschränkung der Reform, materielle Probleme und hochschulweites gemeinsames Engagement

Zum Wintersemester 82/83 stellte die Koalition von SIT und MSB die AStA-ReferentInnen, während die Juso-Hochschulgruppe für die Unterstützung des Bündnisses die Außenvertretung des AStA übernahm. Im nächsten Jahr wurde die Koalition erweitert, sie bestand dann aus den Gruppen MSB, Juso-Hochschulgruppe, SIT und Internationales Forum.<sup>105</sup>

Die inhaltlichen Streitigkeiten zwischen den Gruppierungen setzten sich allerdings trotz oder auch gerade wegen der Bildung breiter Koalitionen fort. Sie richteten sich bei den Koalitionsverhandlungen vor allem auf den Kampf um die Verteilung der Referate auf die verschiedenen Gruppen und in der AStA-Arbeit auf die Auswahl von Themenschwerpunkten. Einige Aktive setzten sich allerdings auch immer wieder für eine linke Bündnispolitik ein, die nicht von der Konkurrenz um Macht bestimmt sein sollte. Sie sprachen sich dafür aus, daß Energien nicht im Kleinkrieg zwischen den Listen verbraucht werden dürften. Nur eine breite linke Front konnte ihrer Ansicht nach durchsetzungsfähig werden.

In der konkreten Arbeit wurden solche Überlegungen meist rasch verdrängt, da die unterschiedlichen Herangehensweisen wieder in den Vordergrund rückten. Konkurrenz von rechten Gruppierungen bestand zu dieser Zeit nicht: Der RCDS hatte 1982 einen "Tiefstand" erreicht, die Gruppe hatte zwar für die studentischen Wahlen kandidiert, aber keinen Sitz im Studentenparlament erhalten. Grundkonsens im AStA war, daß der Kampf um bessere Ausbildungsbedingungen und mehr Bafög in und außerhalb der Hochschule fortgeführt werden sollte. Betont wurde weiterhin auch die Notwendigkeit, mit Gewerkschaften und gesellschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten, da nur gemeinsam mit diesen Kräften auf das Ziel einer grundlegenden Veränderung der

101 ebenda Nr. 10, April 1982.

102 Ausschuß für Lehre und Studium.

103 AStA-Woche Nr. 10, April 1982.

104 ebenda Nr. 14, Juni 1982.

105 Liste von ausländischen Studierenden.

Gesellschaft hingesteuert werden könnte. So sollte auch weiterhin in der VDS mitgearbeitet werden.<sup>106</sup>

Die materielle Verschlechterung der Studienvoraussetzungen war ein Hauptproblem zu Beginn des Wintersemesters 1982/83. Die neue CDU-Bundesregierung plante die Umstellung des Bafög von Stipendien- auf Darlehensbasis. Auf einer studentischen Vollversammlung kam es diesbezüglich zum "trauten Verabschieden einer Resolution".<sup>107</sup> Mit den SchülerInnen Kassels, die wegen der angekündigten Streichung des Schülerbafögs ebenfalls betroffen waren, wurde ein "Trauerzug mit Beisetzung" in Kassels Innenstadt durchgeführt. Von den 4000 TeilnehmerInnen waren allerdings nur etwa 200 StudentInnen der GhK. Eine anschließende Aktion auf dem Königsplatz zur Information der Öffentlichkeit war für die aktiven StudentInnen, die von der schlechten studentischen Beteiligung frustriert waren, dann ein positiveres Erlebnis. Sie hatten das Gefühl von Solidarität in der Bevölkerung, da zum Beispiel viele Eltern sich von den Neuregelungen betroffen fühlten und Zustimmung zu den Forderungen der SchülerInnen und Studierenden zeigten.

Eine bundesweite Demonstration in Bonn war mit ungefähr 90.000 TeilnehmerInnen, von denen etwa 450 aus Kassel kamen, die bislang größte Demonstration seit der Studentenbewegung. Dies wurde von der VDS als "Politisierung und großer Erfolg" gewertet. Die Basisgruppenliste verbreitete ihre Skepsis darüber durch die Veröffentlichung eines gefälschten "AStA-Extrablatt", in dem sie sich über die "naive Haltung der VDS", die Proteste von StudentInnen für mehr Geld mit revolutionärem Aufbegehren verwechselte, lustig machte.<sup>108</sup> Nach der Verabschiedung der Bafög-Gesetze, die ungeachtet der Proteste erfolgte, trat dann auch wieder Ruhe ein, lediglich ein studentischer Arbeitskreis versuchte, das Thema nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Im Zusammenhang mit der geplanten Bafög-Novelle zeigte sich einmal mehr, daß im Bereich der Bildungspolitik vor allem im Kampf um die Verbesserung der materiellen Voraussetzungen für Studierende eine relativ große Massenmobilisierung erreicht werden konnte. Die Hoffnung vieler studentischer Vertretungen, durch diese Mobilisierung auch die allgemein rückläufige Tendenz im politischen Engagement aufbrechen zu können, wurde allerdings nicht erfüllt.

Neben der mangelnden Studienfinanzierung war ein weiteres "materielles" Problem vieler Studierender das Fehlen von Kinderbetreuung an der GhK. Bereits in den Jahren zuvor war immer wieder die Einrichtung eines Hochschulkindergartens gefordert worden. Eine studentische Elterninitiative versuchte in einem neuen Anlauf, Kinderbetreuung an der Hochschule zu realisieren. Geplant war, mit Hilfe eines Projektes aus dem Fachbereich ASL, eine der sogenannten Benzbaracken auf dem Hochschulgelände umzubauen. Dort sollte dann in Eigeninitiative ein Kinderladen realisiert werden. Die Forderung nach den Räumen und Mitteln für den Umbau wurde vom Kultusminister abgelehnt. Die Begründung war, daß es an der GhK keine geeigneten freien Räume gebe, kein Geld aus dem Hochschuletat für die Einrichtung eines Kinderladens verwendet werden dürfe und daß die Stadt für derlei Belange zuständig wäre. Die Pläne einer Elterninitiative waren damit ein weiteres Mal gescheitert.<sup>109</sup>

An der Hochschule kam es zu weiteren Auseinandersetzungen im Kampf um Reformstudienanteile. Da die Gelder für die Projektkommission weiterhin gestrichen blieben, richtete der AStA aus Studentenschaftsgeldern einen "Projekttopf" ein, der von einer studentischen Kommission verwaltet wurde. Dadurch sollte demonstrativ für das Projektstudium Stellung bezogen werden und dessen Aushöhlung zumindest ansatzweise aufgehalten werden.<sup>110</sup>

Die Politik des Kanzlers wurde währenddessen fortgeführt, sie gefährdete nun die Einführungswochen an den Fachbereichen. Wegen haushaltsrechtlicher Bedenken wurden Gelder für die studentische Studieneinführungen nicht mehr speziell für diesen Zweck zugeteilt. Sie wurden an die Fachbereiche vergeben, die sie nach Belieben weiterverteilen konnten. Außerdem wurden Verträge für die studentische Studienberatung in den Lehramtsstudiengängen nicht mehr verlängert. Die StudentInnen forderten, allerdings ohne Erfolg, den Präsidenten auf, sich gegen diese

106 AStA-Woche Nr. 1, Okt. 1982.

107 ebenda Nr. 3, Nov. 1982.

108 AStA-Extrablatt 7.12.1982.

109 AStA-Woche Nr. 2, Nov. 1982.

110 ebenda-Nr. 1, Okt. 1982.

Maßnahmen einzusetzen. Präsident Neumann entpuppte sich für die StudentInnen mehr und mehr als "Gummimensch und Taktierer", der sich in keiner Weise offensiv für den Erhalt der Reformideen an der GhK einsetzte.<sup>111</sup>

Der Präsident plante außerdem, die Mittelzuweisungen an die Fachbereiche zu Gunsten der technischen und naturwissenschaftlichen Fachbereiche zu verändern. Daraufhin entzündete sich auch im Konvent Kritik an der Politik der Hochschulleitung. Die massiven Proteste aus Studentenschaft und Konvent führten zu einer leichten Rücknahme der vorgelegten Pläne.<sup>112</sup> Der allmähliche Umbau der GhK zu einer Technischen Hochschule, der sowohl vom Ministerium als auch innerhalb der Hochschule betrieben wurde, entwickelte sich zu einem Hauptpunkt studentischer Kritik. Die Umstrukturierung ließ vor allem die Studienbedingungen in den geisteswissenschaftlichen Fächern, die nach wie vor viele Studierende aufwiesen, immer schlechter werden. In vielen Fachbereichen kam es darüber hinaus zu weiteren Einschränkungen der Freiheiten im Studium. Sie waren jeweils von studentischem Protest begleitet, der aber kaum wirksam wurde. Für das Lehramt wurde zum Beispiel der Entwurf einer neuen Prüfungsordnung vorgelegt, der die Fächerkombinierbarkeit einschränkte, das Kernstudium abwertete und Gruppenarbeiten für Prüfungen verbot.

Die Unzufriedenheit mit den politischen und auch baulichen Gegebenheiten an der GhK bewegte ASL-StudentInnen zu einem ersten Schritt zur Veränderung der Situation. Sie starteten eine Aktion für die "Transparente Hochschule". In einer "Nacht- und Nebelaktion" sägten sie Ausschnitte in die Türen verschiedener Räume. Dazu gaben sie folgende Stellungnahme ab: "Was geht in den Räumen der Hochschule vor? Ist da überhaupt jemand? Wenn ja, warum? Zum Schlafen, Arbeiten, Feiern, Lachen Diskutieren, Resignieren oder weshalb sonst? Wir wollen wissen! Wir wollen Einblick, Durchblick, Ausblick, Überblick, Rückblick - kurzum, die transparente Hochschule. Dieser Ausschnitt ist der Anfang! Ist der Versuch, Hemmschwellen zu beseitigen und endlich die oft zitierten Ansprüche von Transparenz und Aneignung in die Tat umzusetzen."<sup>113</sup>

Die Aktion, die am Fachbereich auf weitgehende Akzeptanz stieß, führte zu Auseinandersetzungen mit dem Kultusministerium und zu dessen Aufforderung, die nicht mehr brandschutzgerechten Türen auswechseln zu lassen. Die Türen wurden daraufhin von den Studierenden mit unterschiedlichsten Fenstern wieder geschlossen. Damit gab sich das Kultusministerium allerdings nicht zufrieden, die Türen mußten ausgewechselt werden. Sie wurden schließlich in ein "architektur-museum" im Treppenhaus des Fachbereichs ASL überführt.<sup>114</sup>

Obwohl das Kultusministerium sich durchgesetzt hatte, konnten die StudentInnen die Auseinandersetzungen als "Erfolg" verbuchen. Sie hatten ihr Anliegen durch die Reaktion des Kultusministeriums um so mehr in der Öffentlichkeit in die Diskussion gebracht und dabei auch weitreichende Unterstützung von außen erzielt. So äußerte sich in einer Stellungnahme ein Marburger Kunstprofessor gegenüber dem Ministerium folgendermaßen: "Das, was für Sie als Staatssekretär und Jurist Sachbeschädigung ist, ist für mich eindeutig eine Objektverfremdung, die zum Zwecke der sublimierenden Humanisierung einer ungeistigen Umwelt Phantasie und schöpferisches Denken fortan hätte möglich machen können."<sup>115</sup> Außerdem blieb auch an der GhK selbst eine derartige Aktion nicht ohne Wirkung. In ihrer Provokanz sorgte sie für kontroverse Auseinandersetzungen und ließ so auch Diskussionen über eine erstrebenswerte Gestaltung der Hochschule wieder aufleben.

In den Jahren 1982 und 1983 kam es in der gesamten Bundesrepublik und in der Folge auch an der GhK im Zusammenhang mit einem geplanten "Stationierungsbeschluß" zu einem breiten Engagement in der Friedensbewegung. An der GhK entstanden durch den gemeinsamen Protest gegen die damalige Rüstungspolitik Verbindungen quer durch verschiedene politische Gruppierungen und Statusgruppen.

An der Hochschule wurde eine Friedensinitiative gegründet, die im wesentlichen einen Zusammenschluß Angehöriger der Gewerkschaften und studentischer Gruppierungen darstellte. Die Frie-

111 ebenda Nr. 10, Jan. 1983.

112 ebenda Nr. 11, Jan 1983.

113 Erklärung der unbekanntenen Aktionisten, Februar 1982.

114 architek-tür-museum, 1983.

115 Heinrich Klotz, in: architek-tür-museum, 1983.

densinitiative forderte zur "Feier einer Kultur der Ungezogenheit" auf. Sie plante Friedenstag an der GhK mit verschiedenen Veranstaltungen und Aktionen. Eine Hochschulversammlung sollte zum Thema "Wissenschaft und Frieden" einberufen werden. Zu Frieden und Abrüstung wurden auch in den verschiedenen Bereichen der GhK Aktionen wie Schweigestunden, Fastentage und Demonstrationen durchgeführt; die HBK wurde beispielsweise zur atomwaffenfreien Zone erklärt. Bei diesen Aktivitäten kam es an vielen Fachbereichen zu gemeinsamem Handeln von Professoren- und Studentenschaft, wissenschaftlichen und sonstigen Bediensteten. Auf der dann zum Thema "Wissenschaft und Frieden" einberufenen Hochschulversammlung bezogen VertreterInnen aus den verschiedenen Statusgruppen der Hochschule Stellung für Abrüstung und Entmilitarisierung. Die Hochschulleitung erklärte die Gebäude der GhK zur atomwaffenfreien Zone. Eine gemeinsame Resolution der Versammlung forderte Abrüstung, ein atomwaffenfreies Mitteleuropa und sprach sich für die Teilnahme am aktiven Widerstand aus.<sup>116</sup>

Nachdem schließlich ungeachtet der bundesweiten Proteste ein Nachrüstungsbeschluß gefällt worden war, diskutierte die studentische Vollversammlung das Problem des weiteren Widerstands gegen Aufrüstungspolitik. Die Frage eines studentischen Streiks wurde auch in diesem Falle von den VertreterInnen des MSB befürwortet, von der Juso-Hochschulgruppe dagegen abgelehnt. Effektiver Widerstand durch Streik schien ihnen unrealistisch, und der Ansatz eines allein studentischen Streiks stellte für sie "avantgardistisches Vorgehen" dar. Sie plädierten für gewaltfreie Aktionen, die gemeinsam mit Gewerkschaften und SPD organisiert werden sollten. Die Vollversammlung einigte sich schließlich darauf, keinen Streik durchzuführen.<sup>117</sup>

### 3.2.9 WS 1984/85 - SS 1985: Konfrontation der "Linken" und eine Novelle des Hochschulgesetzes

Der AStA wurde nach längeren Koalitionsverhandlungen von einer Juso/MSB/IF-Koalition gestellt. Obwohl die eigentlich stärkste Liste im Stupa die SIT war, konnten die drei "Minderheitslisten" durch ein Bündnis die Mehrheit gewinnen. Eine kurze Beschreibung der Ereignisse verdeutlicht die Koalitionswirren: Die SIT hatte als mit 9 Sitzen stärkste Gruppierung ein Bündnis mit den Gruppen Immerhin und Internationales Forum geplant. Dann allerdings wechselte das Internationale Forum zum Juso/MSB-Bündnis und ein Vertreter der SIT zu den Jusos. In der dritten Sitzung des Studentenparlaments wurde schließlich ein Juso/MSB/IF-AStA gewählt.<sup>118</sup>

Das Engagement von StudentInnen richtete sich in diesem Jahr vor allem gegen die geplante Novellierung des Hochschulrahmengesetzes durch die Bundesregierung. Der Entwurf der Novelle beinhaltete "Steilkurse" zur besonderen Förderung leistungsfähiger Studierender, die Einführung von Studiengebühren bei Überschreitung der Regelstudienzeit, die absolute Mehrheit für die Professorenschaft in den Gremien und die Liberalisierung von Drittmittelforschung. In einer Resolution der studentischen Vollversammlung wurde die Aufhebung des Gesetzentwurfs gefordert: Er sei gegen die Offenheit der Hochschule und auf die endgültige Abschaffung der Freiheit von Wissenschaft und Lehre gerichtet. Die Studierenden kritisierten vor allem auch die Einführung einer Eliteausbildung. Die Hochschulverwaltung wurde aufgefordert, sich mit dem Protest der StudentInnen solidarisch zu erklären.<sup>119</sup> Präsident und Konvent stellten sich daraufhin hinter die Forderungen der Studierenden.

Im Rahmen einer bundesweiten Aktions- und Protestwoche fanden auch in Kassel Aktionstage statt. Etwa 100 StudentInnen der GhK nahmen an einer bundesweiten Demonstration in Bonn teil, wo etwa 40.000 StudentInnen gegen die Pläne der Bundesregierung protestierten. Die bundesweiten Streiks und Aktionen führten auch zu geringfügigen Änderungen des Gesetzentwurfs, so wurden zum Beispiel die geplanten "Eliteregelungen" zurückgenommen.<sup>120</sup> Insgesamt hatten die Proteste, bei denen die Beteiligung wesentlich geringer war, als bei den Protesten gegen die Bafög-

116 Publik 11/1983.

117 AStA-Woche Nr. 1, Okt. 1983.

118 Fachschaftszeitung Kunst, Okt. 1984.

119 Resolution der studentischen Vollversammlung, 15.11.1984.

120 AStA-Woche Nr. 8, Juni 1985.

Novelle im vorangegangenen Jahr, jedoch keine Durchsetzungskraft. Im Sommer 1985 wurde das neue Gesetz verabschiedet. Die Hoffnung der enttäuschten StudentInnen richtete sich nun darauf, die Anpassung der jeweiligen Landesgesetze an das Bundesgesetz zu verhindern.

Im Sommersemester 1985 kam es schließlich zu einem intensiven Wahlkampf zwischen den verschiedenen linken Gruppierungen. Die Politik des AStA wurde von vielen Studierenden als "basisfernes Machtgeklügel"<sup>121</sup> empfunden. Sie waren vor allem mit den undurchsichtigen Koalitionsbildungen der vorherigen Jahre unzufrieden, die ihrer Ansicht nach durch die Politik von Juso-Hochschulgruppe und MSB-Spartakus bedingt waren. Die Kritik am bestehenden AStA bewirkte eine intensive Beteiligung von in der Fachschaftsarbeit Aktiven im Wahlkampf. Sie warben in vielen Fachbereichen für die neue Hochschulgruppe Reformruine, die als Zusammenschluß der Fachschaftsliste Immerhin und der Gruppe SIT kandidierte. Bei den studentischen Wahlen wurde die Reformruine dann auch stärkste Fraktion im Studentenparlament.

### *3.2.10 WS 1985/86 - SS 1986: Machtwechsel im AStA und neues allgemeinpolitisches Engagement*

Mit den neuen Mehrheitsverhältnissen im Studentenparlament wurde die Zeit der wechselnden AStA-Koalitionen beendet. Die Reformruine konnte vom Jahr 1985 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt den AStA stellen, was zunächst in Koalition mit der Basisgruppenliste geschah. Der Wechsel im AStA beendete auch die Zeit der gewerkschaftsorientierten studentischen Politik an der GhK.

Im Rahmen der Ablösung des alten AStA kam es nochmals zu Auseinandersetzungen zwischen den konkurrierenden linken Listen, in denen sich der Konflikt mit der Juso-Hochschulgruppe zu spitzte. Nachdem die Wahl für sie negativ ausgefallen war, hatten die AStA-Referenten der Juso-Hochschulgruppe kurz vor der Amtsübergabe größere Summen aus den Mitteln der Studentenschaft an die VDS bezahlt. Außerdem wurden verschiedene finanzielle Verpflichtungen für Veranstaltungen eingegangen, die nicht mehr rückgängig zu machen waren. Die Mittel dafür waren aber weder im Haushalt vorgesehen, noch vom Studentenparlament verabschiedet worden. Sie stammten aus dem Haushalt, der dem neuen AStA zur Verfügung stehen sollte und der so zu einem großen Teil schon ausgegeben war. Zu diesem "Skandal" kam ein verlorener Prozeß mit einer Kopierfirma, der den AStA-Haushalt weiter schmälerte. Da die Juso/MSB-Koalition Mietverträge für Kopierer nicht fristgerecht gekündigt hatte, mußten Zahlungen an die Firma geleistet werden. Die studentische Vollversammlung beschloß darum, den Juso/MSB-AStA nicht zu entlasten.<sup>122</sup> Der neue AStA erstattete Strafanzeige wegen Veruntreuung von Geldern, und es folgten längere rechtliche Auseinandersetzungen. Diese Vorfälle führten dazu, daß partei- und organisationsgebundene Politik an der GhK in "Verruf" geriet, während die Politik der Unorganisierten noch verstärkten Zuspruch bekam.

Die VertreterInnen der Reformruine hatten in ihrer Politik vor allem das Ziel, hochschulbezogene studentische Politik wiederzubeleben, um weitmöglichst auf die Gestaltung der Hochschule Einfluß zu nehmen. Sie grenzten sich so von der "Überbetonung der Allgemeinpolitik" der Juso/MSB-ASten und der mittlerweile wieder aktiv gewordenen Basisgruppenliste ab.<sup>123</sup> In dieser Beziehung kam es im ersten Jahr der gemeinsamen Arbeit im AStA dann auch zu Auseinandersetzungen. Sie endeten jedoch mit der allmählichen Annäherung der beiden Standpunkte in den folgenden Jahren. Ein Schwerpunkt der Arbeit der Reformruine war zunächst die Mitarbeit in den Hochschulgremien. Hauptsächlicher Anspruch war, aus der Fachschaftsarbeit heraus Politik von unten nach oben zu verwirklichen. Der AStA setzte sich so das Ziel, unabhängig von Parteien und Gewerkschaften die studentische Basis zu repräsentieren.<sup>124</sup> Durch die Unterstützung und die aktive Mitarbeit in studentischen Initiativen im kulturellen und politischen Bereich sollten auch allgemeinpolitische Themen in die Arbeit miteinbezogen werden. Die Organisation in der VDS wurde aufgegeben, was allerdings vor allem den Grund hatte, daß die VDS die Rückzahlung der von

121 Fachschaftszeitung Kunst, Mai 1985.

122 Trümmerblatt, 12.11.1985.

123 Wahlprogramm Reformruine 1986.

124 ebenda.

den Juso-Vertretern im Sommer 1985 gezahlten Gelder verweigerte. Der AStA begann statt dessen, sich verstärkt in der hessischen Landesastenkonzferenz zu engagieren, die einen unabhängigen Zusammenschluß der linken ASten in Hessen darstellte.

In der Gremienarbeit konnten die VertreterInnen der Reformruine im ersten Jahr einige Erfolge erzielen. So waren sie daran beteiligt, daß eine Vizepräsidentin aus dem sogenannten Mittelbau<sup>125</sup> gewählt wurde,<sup>126</sup> und sie konnten zum Beispiel die Aufstockung der Mittel für studentische Projekte erreichen.

In diesem Zusammenhang machten sie allerdings auch erste negative Erfahrungen, da nur wenig Projekte von den neuen Möglichkeiten Gebrauch machten und so das Geld nicht in der erhofften Weise genutzt wurde. Es zeichnete sich damit für die Gruppe deutlich ab, daß das Interesse vieler Studierender an Eigeninitiative im Studium und im weitesten Sinne politischer Betätigung an der Hochschule zurückging.<sup>127</sup> Den Anspruch der engen Zusammenarbeit mit in den Fachbereichen aktiven Studierenden konnte der Reformruinen-AStA zunächst allerdings verwirklichen. Der AStA war durch eine relativ große Hochschulgruppe, deren Mitglieder in verschiedenen Fachbereichen aktiv waren, in enger Verbindung zur Fachschaftsarbeit verschiedener Studiengänge.

Zu Beginn des Wintersemesters 1985/86 kam es in einigen Fachbereichen zu Protesten, die sich gegen die Studienbedingungen an der GhK und gegen die Hochschulpolitik von Bundes- und Landesregierung wandten. Der Protest äußerte sich bei einem Besuch der Wissenschaftsministerin Vera Rüdiger,<sup>128</sup> der anlässlich der Einweihung des neuen Standorts "Holländischer Platz" erfolgte. Vor allem StudentInnen des Fachbereichs Sozialwesen "besuchten" den feierlichen Empfang, der zur Eröffnung des Standorts gegeben wurde, und forderten ein Gespräch mit Vera Rüdiger ein. Die Ministerin war dazu aber nicht bereit, sie verschwand gemeinsam mit dem Präsidenten der GhK durch die Hintertür, so daß der Empfang vorzeitig beendet war.<sup>129</sup>

Der Vorfall kennzeichnet eine Aktionsform, die allmählich eine wesentliche Bedeutung in studentischer Politik bekam. Bei Besuchen der jeweiligen Minister wurde regelmäßig versucht, Diskussionen zu erzwingen und Forderungen zu stellen. Obwohl es dabei auch manchmal zu Gesprächen kam, läßt sich feststellen, daß das Anliegen der StudentInnen, die "Machthabenden" mit Argumenten zu überzeugen oder überhaupt Diskussionen zu erreichen, kaum verwirklicht werden konnte. Die verstärkte Konzentration auf die Diskussion mit politischen Entscheidungsträgern hing allerdings nicht nur damit zusammen, daß die StudentInnen zunehmend auf ihre Überzeugungskraft in Gesprächen hofften, sondern vor allem auch damit, daß eine Mobilisierung der "Massen" nicht mehr zu erwarten war und so andere Artikulationsmöglichkeiten als zum Beispiel Großdemonstrationen und Streiks, gesucht werden mußten.

Nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl begannen im Sommersemester 1986 allerdings nochmal an vielen Fachbereichen zahlreiche Aktivitäten gegen Atomenergie und Großtechnologie. In Lehrveranstaltungen und Gremien forderten StudentInnen, diese Probleme zu diskutieren. Eine studentische Vollversammlung beschloß den Aufruf zum Veranstaltungsboykott zugunsten von Diskussionen und Aktionen in Hochschule und Stadt.<sup>130</sup> So wurde eine Aktionswoche durchgeführt, an der sich relativ viele Studierende beteiligten. Ein Lehrveranstaltungsboykott fand jedoch nur ansatzweise statt.

Die Katastrophe in Tschernobyl war, nach dem Engagement für Frieden und Abrüstung, ein zweiter Anlaß für gemeinsame Aktivitäten von StudentInnen und anderen Angehörigen der Hochschule. Auf Verlangen des Konvents rief der Präsident einen Hochschultag zum Thema "Kernenergie" aus. Zu der Veranstaltung, die in der Stadthalle Kassel stattfand, kamen ungefähr 1000 TeilnehmerInnen. Bei einer anschließenden Demonstration, zu der Hochschule und verschiedene Initiativen und Organisationen Kassels gemeinsam aufriefen, nahmen etwa 2500 Personen teil. Die ge-

<sup>125</sup> Sie war also keine Professorin, sondern gehörte der Gruppe der wissenschaftlichen Bediensteten an.

<sup>126</sup> Protokoll des Konvents, 21.5.1986.

<sup>127</sup> Wahlinfo der Reformruine, Sommer 1986.

<sup>128</sup> ehemalige Gründungspräsidentin der GhK.

<sup>129</sup> Trümmerblatt, 12.11.1985.

<sup>130</sup> ebenda, 15.4.1986.

meinsame Forderung war die sofortige Stilllegung von Atomkraftwerken und Baustop für alle geplanten nuklearen Anlagen.<sup>131</sup>

Das gemeinsame politische Vorgehen und die Einigkeit mit der Hochschulleitung blieb allerdings auf diese gemeinsame Aktivität beschränkt. Insgesamt gab es immer mehr Kritik der Studierenden an der Politik Franz Neumanns. Nach dem Verhalten des Präsidenten beim Besuch der Ministerin zu Beginn des Wintersemesters 1985/86 war es vor allem die Ernennung eines neuen Ehrensensors, die auf studentischen Protest stieß: Der Präsident der GhK ernannte ein Daimler Benz-Vorstandsmitglied, als "aktiven Förderer und Unterstützer des Modells GhK", zum Ehrensensator der Hochschule. Nach Ansicht der Hochschulleitung hatte er sich aus kritischer Distanz für den Anspruch der GhK, die Integration von Theorie und Praxis zu realisieren, eingesetzt und für die Akzeptanz dieser Reformansätze in der Industrie Nordhessens gesorgt.

StudentInnen lehnten die Ernennung ab und störten die Feierlichkeit der Titelverleihung mit Transparenten und der Aufforderung zur Diskussion. Sie protestierten gegen die Ehrensensatorwürde für einen Vertreter eines Unternehmens, das größter deutscher Rüstungskonzern sei und aktiv die Apartheidspolitik in Südafrika unterstütze.<sup>132</sup> Nach Auseinandersetzungen mit Präsident Neumann, der sich weigerte, weiter mit den StudentInnen zu diskutieren, wurde die Feierlichkeit in einem abgeschlossenen Raum beendet.

Nach der Katastrophe in Tschernobyl veranlaßte ein weiteres Problem den AStA dazu, sich allmählich mehr auf allgemeinpolitische Arbeit zu konzentrieren. Die Durchsetzung einer umstrittenen Volkszählung durch die Bundesregierung führte 1986 in der gesamten Bundesrepublik zur Entstehung von Boykottinitiativen. Die Befürchtungen von unzureichendem Datenschutz bei dieser Gesamterhebung und einer Politik, die den Weg in einen "Überwachungsstaat" einschlug, führten auch an der GhK zum Widerstand. Die Auseinandersetzungen um die Volkszählung entwickelten sich zu einer prinzipiellen Machtprobe zwischen Staat und sich verweigernden Personen, die zu meist aus dem linken Spektrum kamen.

In diesem Rahmen führten Aktivitäten des AStA im Wintersemester 1986/87 zu einer, nach einigen Jahren der Ruhe, relativ scharfen Auseinandersetzung um das politische Mandat. Der AStA rief gemeinsam mit verschiedenen Initiativen Kassels zum Boykott der Volkszählung auf. Es wurden eine Ausstellung gegen die Volkszählung organisiert und Informationsveranstaltungen durchgeführt. Diese Veranstaltungen veranlaßten die Hochschulverwaltung, die Wahrnehmung des politischen Mandats zu beanstanden und die Benutzung von Hochschulräumen für solche Zwecke zu untersagen.<sup>133</sup> Durch eine einstweilige Verfügung konnten die StudentInnen allerdings eine Nutzungsgenehmigung für "Informationsveranstaltungen" erzwingen. Eine vom AStA erstellte "Anleitung zum Boykott", führte dann schließlich zur Durchsuchung der AStA-Büros und zur Beschlagnahme betreffender Schriften.<sup>134</sup> Diese Vorfälle, die ohne weitere rechtliche Folgen blieben, waren bislang die letzten ernsthafteren Auseinandersetzungen um das politische Mandat an der GhK.

### 3.2.11 SS 1987 - SS 1989: Bildungspolitische Offensiven und Entaktivierung der Studentenschaft

Die Arbeit der Reformruinen-VertreterInnen, die sich im Laufe des ersten Jahres zunehmend auf allgemeinpolitische Bereiche konzentriert hatte, richtete sich im Sommersemester 1987 verstärkt auf den Bereich der Bildungspolitik. Grund war die Ablehnung einer anstehenden Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes. Der AStA und die in der Fachschaftsarbeit aktiven Studierenden konnten dafür eine bislang letzte breitere Mobilisierung in der StudentInnenschaft erreichen.

Das HHG sollte an das im Sommer 1985 verabschiedete Hochschulrahmengesetz angepaßt werden. Studentische Forderungen an die Landesregierung waren, die Anpassung des Hessischen Hochschulgesetzes abzulehnen oder zumindest die vom Rahmengesetz vorgegebenen Richtlinien nach Möglichkeit zu umgehen. Daneben richtete sich der Protest gegen die unveränderte Sparpolitik der

131 Publik, 7/1986.

132 ebenda.

133 Trümmerblatt, 9.4.1987.

134 ebenda, 2:6.1987.

Landesregierung, die zur Überfüllung von Seminaren und insgesamt unzureichenden Ausbildungsbedingungen führte. Eine erste Form der studentischen Artikulation war der Entwurf einer Resolution, durch deren Verabschiedung im Konvent eine politische Willensbekundung der Hochschule erreicht werden sollte. In der Resolution wurde die Autonomie der Hochschulen, die bessere Ausstattung von Forschung und Lehre aus Staatsmitteln und die Demokratisierung der Hochschulen gefordert. Außerdem wurde der Präsident der GhK aufgefordert, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Mitbestimmungsrechte für die zukünftig noch weniger repräsentierten Gruppierungen zu verbessern. Der Konvent unterstützte die Forderungen der StudentInnen durch Verabschiedung des Antrags.<sup>135</sup> Die Studierenden versuchten mit dieser Resolution, die im Grunde schon von der Verabschiedung des neuen Gesetzes ausging, einmal mehr, zumindest die prinzipielle Unterstützung der Hochschule und somit gewissermaßen eine zusätzliche Legitimation ihrer Forderungen zu erhalten.

Die hessische Landesastenkonzferenz, in der auch der AStA der GhK mitarbeitete, versuchte dann durch die Wahrnehmung von angebotenen Mitsprachemöglichkeiten, Einfluß auf das neue HHG zu nehmen. Die studentischen VertreterInnen nahmen an einer Anhörung im Landtag, zu der eigentlich nur eine Person eingeladen war, fast vollzählig teil. Sie wiesen dabei darauf hin, daß die Studierenden als größte Gruppe, nach der Einladungspraxis, am geringsten repräsentiert seien und ihre Vertretung sowieso nur "Alibi" für die Machthabenden darstelle. Dennoch wollten sie ihre Position zu Gehör bringen, um ihre geringen Einflußmöglichkeiten wenigstens zu nutzen.

In der Anhörung formulierten sie unter anderem die Kritik an der geplanten absoluten Mehrheit der ProfessorInnen in den Hochschulgremien, an der Einführung von Studiengebühren und an den sich immer weiter verschlechternden Studienbedingungen. Besonders besorgniserregend war für die Protestierenden die geplante Liberalisierung der Forschung durch sogenannte Drittmittel<sup>136</sup>: "Wir treten für eine kritische Wissenschaft ein, die auch sich selbst als Erkenntnisgewinnungsprozeß, in ihrer Verbindung zur Lehre und im gesamtgesellschaftlichen Kontext jederzeit in Frage stellt und ihre Verantwortung wahrnimmt. Sie muß nicht nur inhaltlich, sondern auch formal evolutionär sein. Sie darf auch nicht in immer stärkerem Maße durch verwertungsorientierte Finanzspritzen abhängig werden, sondern muß auch den gesellschaftlichen Gruppen zugänglich sein, die nicht über einen Forschungsetat verfügen. Für die Hochschulen heißt das, daß sich weder Land noch Bund der Finanzierung entziehen dürfen, um im Gegenzug die Finanzierung der Forschung anderen Mittelgebern zu überlassen."<sup>137</sup>

Das HHG wurde ungeachtet dieser Einwände und anderer studentischer Proteste verabschiedet. Das Vorgehen der Landesastenkonzferenz, die versuchte, durch Argumentation zu überzeugen, scheint typisch für die Entwicklung der studentischen Politik in den 80er Jahren zu sein. Immer häufiger wurden den Studierenden Anhörungstermine oder Gespräche eingeräumt. In der Hoffnung auf inhaltliche Auseinandersetzungen wurden diese von ihnen auch meist wahrgenommen. Ein wesentlicher Gesichtspunkt dabei war für die geladenen VertreterInnen auch, daß sie sich nicht der "Verweigerungsstrategie"<sup>138</sup> bezichtigen lassen wollten, sondern die Möglichkeiten zu Gesprächen wahrnahmen, um dann auch deren eventuelle Alibifunktion bloßstellen zu können.

Die Erfolglosigkeit der studentischen Politik gegen das neue Gesetz stand in diesem Falle den Aktivitäten von Studierenden in Niedersachsen gegenüber, wo kurze aber starke Massenproteste im Sommer 1987 immerhin die Abschaffung von Studiengebühren erreichen konnten. Auch an diesen Protestaktionen hatten sich einige Kasseler StudentInnen beteiligt. Auf Grund der dabei erzielten Erfolge waren sie zunächst optimistisch für die Situation in Hessen gewesen. Da sich in Hessen aber weder eine durchsetzungsfähige Massenmobilisierung, noch der Einfluß durch Aktionen und Diskussionen verwirklichen ließ, führte die Verabschiedung des HHG bei vielen Aktiven zu um so größerer Enttäuschung.

Proteste, an denen sich große Teile der gesamten Studentenschaft beteiligten, fanden in den folgenden Jahren nicht mehr statt. Nur im Lehramtsbereich kam es im Zusammenhang mit der

135 Protokoll des Konvents, 21.10.1987.

136 Finanzierung von Forschung an der Hochschule durch Unternehmen bzw. Institutionen außerhalb der Hochschule.

137 Dokumentation der LAK, Aug. 1987.

138 ebenda.

Veränderung von Prüfungsordnungen nochmals zum breiteren Engagement von StudentInnen: Im Wintersemester 1987/88 begann ein zwei Jahre andauernder Konflikt um die LehrerInnenausbildung an der GhK. Die Auseinandersetzung mit der hessischen Landesregierung rankte sich um die sogenannte StufenlehrerInnenausbildung, deren Besonderheit im wesentlichen in dem nicht auf Schulformen bezogenen Studium und einem "Kernstudium" zur umfassenden pädagogischen Ausbildung bestand.

Die Auseinandersetzungen um den Erhalt der StufenlehrerInnenausbildung sollen hier genauer geschildert werden, da der Verlauf der Ereignisse beispielhaft deutlich macht, wie der Abbau von Reformanteilen in verschiedenen Studiengängen verlief. Deutlich wird aus den Ereignissen aber auch, wie massiver Protest, der nicht nur von Studierenden allein getragen wurde, zumindest das einfache Auslösen dieser Elemente verhinderte. Der Konflikt wurde im Fall der Lehramtsprüfungsordnungen allerdings in besonders heftiger Weise geführt, da es sich bei den von Wissenschafts- und Kultusministerium vorgesehenen Studien- und Prüfungsordnungen nicht nur um eine schleichende Veränderung, sondern um eine grundsätzliche Umstrukturierung der Kasseler Form der LehrerInnenausbildung handelte. Dennoch können der Verlauf der Auseinandersetzungen und die erzielten Ergebnisse gewissermaßen modellhaft für die vielen, hier nicht genannten, Auseinandersetzungen um Änderungen von Prüfungsordnungen in den verschiedenen Fachbereichen stehen.

Nachdem an der GhK bekannt wurde, daß die im Sommer 1988 auslaufende Prüfungsordnung nicht verlängert werden sollte, appellierten einige der betroffenen Lehrenden und Studierenden an die CDU/FDP-Koalition in Wiesbaden, die derzeitige Prüfungsordnung beizubehalten. Mittels fachlicher Gutachten versuchten sie, die Landesregierung von der Qualität der Ausbildung zu überzeugen, da ihnen klar war, daß von Wiesbaden vorgesehene Änderungen tendenziell den Abbau der StufenlehrerInnenausbildung an der GhK beinhalten würden. Obwohl die zuständigen Ministerien die Berücksichtigung der ihnen vorgelegten Stellungnahmen zugesichert hatten, beinhaltete der schließlich vorgelegte Entwurf einer neuen Prüfungsordnung die grundsätzliche Abschaffung des StufenlehrerInnenmodells zugunsten der auf Schulformen bezogenen Ausbildung. Dazu kam eine deutliche Entwertung des pädagogischen Anteils im Studium. Begründet wurden die Änderungsvorschläge mit der Notwendigkeit, die LehrerInnenausbildung in Hessen zu vereinheitlichen und so Anerkennungsprobleme zu beseitigen.

An der GhK wurden Proteste von betroffenen Lehrenden und Studierenden laut, die sich für die Verlängerung der alten Prüfungsordnung einsetzten. Die Studierenden führten eine Aktionswoche durch, in der, vor allem in den betroffenen Fachbereichen, das Thema "StufenlehrerInnenausbildung" behandelt wurde. Durch Aktionen in der Stadt, eine Demonstration und Veröffentlichungen in der Presse wurde der Konflikt in die Öffentlichkeit getragen. Gleichzeitig versuchten Lehrende und Studierende der GhK, mit den Ministerien weiterzuverhandeln. Aus der ganzen Bundesrepublik setzten sich außerdem namhafte ErziehungswissenschaftlerInnen und PädagogInnen für den Erhalt der Lehrerausbildung nach dem Kasseler Modell ein. Auf Grund des massiven Drucks kam es schließlich zu einer einjährigen Verlängerung der Prüfungsordnung.<sup>139</sup>

Durch den Erfolg wurde das Problem allerdings nur um ein Jahr verschoben. Versuche, auf die Gestaltung neuer Entwürfe Einfluß zu nehmen, erzielten nur geringe Erfolge. Verhindert werden konnte zumindest teilweise der Abbau des Kernstudiums. An der grundsätzlich auf Schulformen bezogenen Ausbildung hielt das Ministerium jedoch fest. Nach der Vorlage des neuen Entwurfs Anfang 1989 konnte von den wenigen aktiv gebliebenen Studierenden keine breite Mobilisierung für Proteste mehr erreicht werden. Der Versuch, eine zweite Aktionswoche durchzuführen, stieß auf wenig Resonanz unter den StudentInnen. Auch die Lehrenden, die sich für die Verlängerung der alten Prüfungsordnung eingesetzt hatten, hatten keine weitere Perspektive für die Einflußnahme auf die Ministerien.

Zum Wintersemester 1989/90 erfolgte schließlich die Abschaffung der StufenlehrerInnenausbildung an der GhK.<sup>140</sup> Diese "Niederlage" führte bei vielen der aktiv gewordenen Studierenden und der HochschullehrerInnen zu einer gewissen Resignation. Sie wurde als Beweis dafür empfunden, daß inhaltliche Argumente gegen politische Absichten, die eine Vereinheitlichung des Bildungssy-

139 Dokumentation der Auseinandersetzungen um den Erhalt der Kasseler StufenlehrerInnenausbildung, 1989.

140 Trümmerblatt, 19.10.1989.

stems anstreben, nur wenig bewirken konnten. Klar wurde auch, daß eine längere Auseinandersetzung allmählich zur Demotivation der Beteiligten führte und so durchsetzungsfähige Proteste allmählich ausgehöhlt wurden. Als einzig positiver Aspekt blieb, daß im Lauf der Auseinandersetzungen das frühere Reformmodell der LehrerInnenausbildung an der GhK im Grunde an öffentlicher Anerkennung dazugewonnen hatte und so in seiner Konzeption inhaltlich "bestätigt und bestärkt" worden war.<sup>141</sup>

Die sogenannte neue StudentInnenbewegung, die sich im Wintersemester 1988/89 in der Bundesrepublik entwickelte, hatte in Kassel dann wenig Auswirkungen. Als an vielen Hochschulen in der BRD, nach langen Jahren der Ruhe, Studierende gegen ihre schlechte materielle Situation und gegen die Ausbildungsbedingungen an den Hochschulen protestierten, regte sich in Kassel nur wenig Widerstand. Vom AStA und einigen anderen aktiven StudentInnen wurde eine Streik- und Aktionswoche initiiert.<sup>142</sup> Sie erreichte aber insgesamt betrachtet nur den Teil der Studentenschaft, der auch zuvor schon politisch aktiv war. So beteiligten sich ungefähr 300 StudentInnen an der Aktionswoche, und nur in wenigen Fachbereichen führte der Streikaufruf zum Ausfall von Veranstaltungen.

Daß es an der GhK nicht zum "Aufruhr" kam, ist bestimmt einerseits damit zu begründen, daß die Studien- und Lebensbedingungen in Kassel, im Vergleich zu Städten mit großen Massenuniversitäten, noch relativ gut waren. Andererseits bewirkte anscheinend auch gerade die Tatsache, daß es an der GhK in den Jahren zuvor immer wieder Proteste gab, daß viele StudentInnen die Erfahrung von relativ erfolglosen studentischen Aktionen gemacht hatten und darum "aktionsmüde" waren. Die Bereitschaft zum politischen Engagement war offensichtlich nicht vorhanden.

Aber auch andere Bereiche der Hochschule waren ab Mitte der achtziger Jahre weitgehend entpolitisiert worden. Sitzungen des Konvents, der sich in seiner Anfangszeit als höchstes politisches Gremium verstanden hatte, fielen zum Beispiel mangels Beteiligung aus. Der Konvent hatte sich zu einem Gremium entwickelt, das in erster Linie für die Wahlen verschiedener Ausschüsse und des Präsidenten zuständig war. Eine im Wintersemester 1988/89 anstehende Präsidentschaftswahl, die sich bis ins Sommersemester 1989 hinzog, führte so zur bislang letzten hochschulpolitischen Kontroverse, an der alle im Konvent vertretenen Gruppierungen beteiligt waren.

Auch die VertreterInnen der Reformruine versuchten, auf diese Wahl Einfluß zu nehmen. Die Hoffnung der studentischen VertreterInnen richteten sich einmal mehr darauf, eine/n PräsidentIn zu gewinnen, welche/r sich aktiv für Reform an der GhK einsetzen würde. Die Studierenden suchten darum zunächst selbst nach ihnen geeignet erscheinenden KandidatInnen. Die von ihnen angesprochenen WissenschaftlerInnen lehnten eine Kandidatur aber aus verschiedenen persönlichen Gründen ab. Neben dem derzeitigen GhK-Präsidenten kandidierte schließlich die damalige Vizepräsidentin Aylâ Neusel. Während Franz Neumann vor allem Kandidat der GEW-Fraktion war, favorisierten die VertreterInnen der Reformruine Aylâ Neusel. In einer ersten Wahlrunde wurde kein Ergebnis erzielt. Die Studierenden konnten, trotz ihrer nach Inkrafttreten des neuen Hessischen Hochschulgesetzes verringerten Anzahl an Sitzen, die Wiederwahl Franz Neumanns verhindern. Die Stelle des Präsidenten wurde nach mehreren erfolglosen Wahlgängen schließlich neu ausgeschrieben.<sup>143</sup>

Nach der Neuausschreibung kam es zu Verhandlungen zwischen der Hochschulgruppe Reformruine und den Konventsmitgliedern von GEW und ÖTV. Die VertreterInnen der Gewerkschaften wollten das Scheitern der zweiten Wahlrunde vermeiden und versuchten darum mit den StudentInnen, einen gemeinsamen Kandidaten<sup>144</sup> zu finden. Nach längeren Diskussionen legten die StudentInnen der Reformruine schließlich ein Positionspapier vor, in dem unter anderem Forderungen zur Demokratisierung der Selbstverwaltung der Hochschule, zum Erhalt der integrierten Studiengänge und des Projektstudiums und zur verantwortlich gestalteten Forschung an der Hochschule

141 Dokumentation der Auseinandersetzungen um den Erhalt der Kasseler StufenlehrerInnenausbildung, 1989.

142 Trümmerblatt, 15.12.1989.

143 Trümmerblatt, 12.1.1989.

144 Unter den nun ausschließlich männlichen Bewerbern.

gestellt wurden.<sup>145</sup> Die Verabschiedung des Positionspapiers durch GEW, ÖTV und den zukünftigen Präsidenten sollte Basis für die spätere gemeinsame Arbeit sein. Auf dieser Grundlage sollte der Präsidentschaftskandidat von den studentischen VertreterInnen mitgetragen werden. Nachdem beide Gruppierungen und der GEW-Kandidat Hans Brinckmann dem Katalog zugestimmt hatten, wurde dieser schließlich zum Präsidenten gewählt.<sup>146</sup> In ähnlicher Art und Weise wie die Basisgruppen zuvor, ließ sich die Hochschulgruppe Reformruine hier auf eine gewisse Bündnispolitik ein. Es blieb dabei eine gewisse Skepsis gegenüber der eigenen Politik, die sich auf das Aushandeln von Kompromissen konzentrierte. In diesem Zusammenhang sind auch die von der Reformruine vorgelegten Forderungen zu betrachten. Obwohl gerade die Durchsetzung des Positionspapiers ein realpolitisches Ausnutzen von "Macht" beinhaltete und vor allem das Aushandeln von Kompromissen darstellte, beinhaltete dies den Versuch, im Rahmen der Bündnispolitik, wenigstens nicht mit "Absichtserklärungen" überredet zu werden. Durch das schriftliche Festhalten von Positionen sollte vor der Wahl die grundsätzliche Ausrichtung der Politik geklärt und dabei auch konkretisiert werden. Proteste aus der Studentenschaft gegenüber dem "realpolitischen Vorgehen" der studentischen VertreterInnen entstanden in diesem Zusammenhang allerdings nicht. Neben der Politik durch Verhandlungen hatten sich die studentischen VertreterInnen aufgrund der zunehmenden "Entpolitisierung" der Studentenschaft unter anderem darauf konzentriert, über Ereignisse zu informieren. So hatten sich beispielsweise auch die studentischen Vollversammlungen allmählich zu Informationsveranstaltungen des AStA und der VertreterInnen von Hochschulgruppen entwickelt. An den Versammlungen nahmen im Verhältnis zur anwachsenden StudentInnenzahl dabei immer weniger Studierende teil. Mit einer Teilnahme von meist 500 bis 1000 Personen repräsentierten sie höchstens ein Zehntel der Studentenschaft.

Die Streitigkeiten zwischen den linken Gruppierungen hatten sich währenddessen in dem gemeinsamen Anliegen aufgelöst, eine Aktivierung der Studentenschaft zu erreichen. Gemeinsam konzentrierten sich die linken Listen außerdem auch darauf, gegen die anwachsende rechte Fraktion vorzugehen. Der Anspruch, die Studierenden durch Informationen weitmöglichst zur Mitarbeit zu aktivieren, konnte allerdings kaum verwirklicht werden. Die politisch Aktiven rückten dadurch zwangsläufig in die Position von "StellvertreterInnen". Für die VertreterInnen der Reformruine, die den Anspruch einer von der Basis getragenen Politik nicht aufgeben wollten, entstand daraus ein Konflikt, der bislang nicht grundsätzlich gelöst werden konnte.

Im Rahmen der AStA-Arbeit entstand aus dieser Situation heraus eine zunehmende Orientierung der politischen Inhalte an den Interessen der jeweils gewählten ReferentInnen. Außerdem entwickelte sich als ein hauptsächlicher Schwerpunkt die sogenannte Kulturarbeit. Sie wurde in Form von Konzerten und anderen Veranstaltungen verwirklicht. Der Bereich der Kulturarbeit bekam so einen wesentlich höheren Stellenwert als bei früheren ASten, die alle ebenfalls beispielsweise Feste oder Konzerte veranstalteten. Es wurde immer mehr versucht, durch attraktive Kulturveranstaltungen auch politische Inhalte in die Studentenschaft hineinzutragen. Dieser Anspruch konnte jedoch nur teilweise verwirklicht werden. Während die "Unterhaltung" auf gute Resonanz bei den Studierenden stieß, fand der politische Anteil der Veranstaltungen im allgemeinen vor allem in Kreisen außerhalb der Studentenschaft Anklang.

Durch die verstärkte Konzentration der studentischen VertreterInnen auf die Organisation von Veranstaltungen und auf Verhandlungspolitik wurde auch eine weitere Entwicklung eingeleitet. Für die studentischen VertreterInnen bestand zunehmend nicht nur das Defizit einer aktiven Basis. Es entwickelte sich auch eine allmähliche Entfernung der AStA-ReferentInnen, den "OrganisatorInnen", von der Fachschaftsarbeit, die trotz des allgemeinen Desinteresses an politischer Aktivität weiterhin bestand.

Trotz des allgemein geringeren Engagements der Studentenschaft entstanden aber auch immer wieder neue Projekte. Eine erfolgreiche studentische Initiative war 1989 die Durchsetzung eines Kinderbetreuungsprojekts. Die Verwirklichung der Idee von Kinderbetreuung an der Hochschule stand am Ende eines über zehn Jahre immer wieder geführten Kampfes verschiedener Elterninitiativen. In diesem Kampf waren alle vorherigen Initiativen daran gescheitert, daß sie keine Räumlichkeiten an der Hochschule zur Verfügung gestellt bekamen. Da es laut Gesetz nicht Zuständig-

145 Positionspapier der Reformruine, ErstsemesterInnen-Info 1989.

146 Trümmerblatt, 6.7.1989.

keit der Hochschule war, sich um die sozialen Belange der Studentenschaft zu kümmern, durfte und brauchte sie auch keine Räume zur Verfügung stellen.

Ein studentisches Projekt wagte dennoch eine neue Offensive und begann, Kinderbetreuung in einem vorübergehend ungenutzten Raum zu realisieren. Das Projekt wurde von einer Dozentin des Fachbereichs Sozialwesen und dem AStA unterstützt. Die Hochschulleitung äußerte sich zwar anerkennend über die Arbeit, forderte das Projekt jedoch auf, die Räume wieder freizugeben. Das Raumproblem blieb so in Verknüpfung von Gesetzeslage und grundsätzlicher Raumknappheit an der GhK bestehen. Nach länger andauernden Verhandlungen mit der Verwaltung und der Weigerung des Projekts, den von ihnen genutzten Raum zu verlassen, konnte dann aber schließlich eine Lösung gefunden werden. Die Hochschule stellte dem AStA Räume zur Verfügung, die dann an das Betreuungsprojekt weitergegeben werden durften.<sup>147</sup>

Angesichts der jahrelang erfolglos gestellten Forderung nach Räumlichkeiten für Kinderbetreuung deutet sich an, daß es zur Durchsetzung des Anliegens offensichtlich notwendig war, Räume zu besetzen, und die Arbeit einfach zu beginnen. So mußte sich die Hochschulleitung mit dem Problem beschäftigen, und es wurde eine gewisse Öffentlichkeit erzielt. Es zeigt sich aber auch eine gewisse Wandlung im Verhältnis von Hochschulleitung zu den Studierenden: Nachdem die Studierenden einen rechtlich möglichen Weg für die Verwirklichung ihres Vorhabens vorgeschlagen hatten, war die Bereitschaft der Hochschulleitung, trotz des Raummangels Räume zur Verfügung zu stellen, durchaus gegeben. Bereits vor dem Amtsantritt des neuen Präsidenten wurde so auch versucht, die Basis für künftige Zusammenarbeit zu erhalten.

### 3.2.12 WS 1989/90 - SS 1990: *Studentische Politik zwischen Organisationsarbeit und Verhandlungen*

Auch in den Jahren 1989 und 1990 blieben die Schwerpunkte der ASTA-Arbeit kulturelle und politische Veranstaltungen, sowie der Einsatz für allgemein- und hochschulpolitische Angelegenheiten. Im allgemeinpolitischen Bereich konzentrierte sich der AStA zum Beispiel auf die Unterstützung der im Jahr 1989 aktuellen Forderung nach Aufhebung von Isolationshaft für politische Gefangene. Dazu kamen Themen, die sich zum Beispiel auf die politische Situation in Nicaragua oder El Salvador bezogen. Auseinandersetzungen um die Wahrnehmung des politischen Mandats entstanden in diesem Zusammenhang nur mit den Vertretern der konservativen Gruppierung Freie Liste. Von Seiten der Hochschulleitung erfolgten nur rein formale Mahnungen. In der Studentenschaft stießen die politischen Aktivitäten des AStA insgesamt eher auf geringes Interesse.

Nach einigen letzten Versuchen zur Aktivierung der Studierenden wurde der Anspruch der "Mobilisierung" dann zunehmend aufgegeben. Eine Aktion macht beispielhaft deutlich, daß die Initiative der Studierenden auch bei deren direkter Betroffenheit von einem Problem nicht "von oben" initiiert werden konnte, da die Studierenden sich entweder keinen Erfolg von der Aktion versprachen oder die Initiative anderer erhofften: Die zunehmend sich verschlechternde Situation auf dem Wohnungsmarkt machte sich im AStA zu Beginn des WS 1989/90 durch zahlreiche Anfragen, vor allem von StudienanfängerInnen, nach Zimmern und Wohnungen bemerkbar. So beschloß der AStA, zur Besetzung eines leerstehenden Raumes an der GhK aufzurufen. Der Raum sollte einerseits wohnungslosen Studierenden als Übergangslösung dienen; andererseits sollten durch die Aktion Hochschule und Öffentlichkeit auf die Wohnungsnot aufmerksam gemacht werden, um auf die Einleitung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation zu drängen.<sup>148</sup>

An der Besetzung nahmen dann nur etwa 20 Studierende teil, von denen etwa die Hälfte studentische VertreterInnen aus Fachschaften und AStA waren. Die meisten wohnungslosen StudentInnen zogen es vor, zunächst bei Freunden oder in der Jugendherberge unterzukommen, um von dort nach Wohnungen zu suchen. Die Aktion brachte allerdings das Studentenwerk dazu, wohnungslose StudienanfängerInnen in einem leerstehenden Raum des Studentenwerks unterzubringen. Sie leitete außerdem eine gemeinsame Kampagne von AStA und Studentenwerk zur Verbesserung der Wohnsituation ein.

147 ErstsemesterInnen-Info 1989.

148 Trümmerblatt, 19.10.1989.

Im Wintersemester 1989/90 wurde durch die Umsetzung einer Forderung aus dem für die Präsidentschaftswahlen vorgelegten Positionspapier eine Entwicklung eingeleitet, die zu einer Veränderung dieser Situation beitragen könnte. Das Papier hatte unter anderem die Forderung beinhaltet, einen neuen Ausschuß einzurichten, durch den auf die paritätische Mitbestimmung aller Statusgruppen hingearbeitet werden sollte. Eingerichtet wurde so ein in Viertelparität<sup>149</sup> besetztes Gremium, das die Aufgabe bekam, grundsätzliche Fragen der Hochschulpolitik in Vorarbeit für den Konvent zu diskutieren. Obwohl die Durchsetzung dieses Ausschusses von den VertreterInnen der Reformruine als Erfolg gewertet wurde, zeichneten sich im ersten Semester der Arbeit auch Schwierigkeiten hinsichtlich der Kompetenzen des Ausschusses ab.<sup>150</sup> Ein konkreter faßbarer Erfolg war die Einrichtung eines neuen Projekttopfes, der ebenfalls im Positionspapier der Reformruine gefordert worden war.<sup>151</sup> Für die Mittel, die von einer studentischen Kommission verwaltet wurden bewarben sich zahlreiche Projekte aus verschiedenen Fachbereichen. Ob sich aus den neuen Möglichkeiten der Projektförderung eine dauerhafte Wiederbelebung des Projektstudiums entwickelt, bleibt abzuwarten.

Die Arbeit des AStA verlagerte sich in dieser Zeit zunehmend auf allgemeinpolitische Themen. In bezug auf die Hochschule konkretisierte sich die Tätigkeit der VertreterInnen auch weiterhin größtenteils in Verhandlungen mit der Hochschulleitung oder auch dem Studentenwerk. Sie fand damit vor allem auch außerhalb der Gremien statt. Diese Entwicklung stand nicht nur im Zusammenhang mit dem verbesserten Verhältnis zur Hochschulleitung, sondern auch mit der erfolgten "Entwertung" des Konvents, der an Diskussionen um hochschulbezogene Entscheidungen kaum mehr beteiligt war. Damit wurde, neben der Arbeit in einzelnen Ausschüssen, die Hochschulleitung für die Studierenden ein hauptsächlicher Verhandlungspartner.

Erstmals seit dem Jahr 1985 fand schließlich Anfang des Jahres 1990 wieder ein heftiger Wahlkampf statt, der jetzt allerdings die Konfrontation der linken Gruppierungen mit der Freien Liste bedeutete. Obwohl die Reformruine weiterhin die absolute Mehrheit im Studentenparlament behielt, setzte sich die in den vorherigen Jahren begonnene Tendenz des Anwachsens der konservativ orientierten WählerInnenschaft fort. So konnte die Freie Liste zum Sommersemester 1990 fünf Sitze im Studentenparlament besetzen. An der GhK wurde am Anfang der Jahres außerdem eine neue Gruppe des RCDS gegründet. In der selben Zeit löste sich die aus dem MSB entstandene Gruppe Knallrot auf. Da die Juso-Hochschulgruppe bereits ab dem Jahr 1985 in den Hintergrund getreten war, blieb die Reformruine nahezu die einzige noch aktive linke Gruppierung.

---

149 Je ein Viertel der Sitze für Wissenschaftliche und Sonstige Bedienstete, für Studierende und ProfessorInnen.

150 Trümmerblatt, 18.1.1990.

151 ebenda.

#### 4. Politisches Engagement von Studierenden an der GhK

Beim Aufkommen größerer studentischer Protestwellen befassen sich Veröffentlichungen oftmals mit den Einstellungen "der StudentInnenschaft". Ihre Ziele, Einstellungen und Erfahrungen bei den Protesten und die Gründe für die Politisierung werden auch in der Öffentlichkeit zum Thema. Die kontinuierliche politische Aktivität scheint weniger interessant für die Öffentlichkeit. Sie ist aber dennoch auch außerhalb solcher Protestzeiten vorhanden, wie auch die oben vorgestellten Erhebungen zeigen, obwohl daran wesentlich weniger Studierende beteiligt sind. Die kontinuierliche politische Tätigkeit findet dabei vor allem im Engagement in studentischen Hochschulgruppen, Fachschaften, Gremien und der gewählten studentischen Vertretung, dem AStA, statt. Studierende, die neben der Teilnahme an Protestbewegungen in diesen Bereichen aktiv waren, sollen hier Thema sein.

Anhand von sechs Interviews möchte ich die Erfahrungen und Einstellungen von StudentInnen, die an der Gh Kassel in den achtziger Jahren aktiv waren, untersuchen. Befragt wurden von mir drei Frauen und drei Männer, die aus unterschiedlichen Zusammenhängen politisch tätig wurden. Allen gemeinsam ist, daß sie im Lauf ihres Engagements in studentischen Hochschulgruppen und im AStA der GhK mitgearbeitet haben. Die Auswahl erfolgte mit der Absicht, Personen zu befragen, die das politische Engagement während ihres Studiums als ein zentrales Moment empfanden, um eine für Interviews günstige Intensität von Erfahrungen voraussetzen zu können. Dabei entspricht die Zahl der befragten Frauen keinesfalls dem tatsächlichen Frauenanteil in der Realität der studentischen Politik im untersuchten Zeitraum. Die stärkere Gewichtung von Frauen in der Befragung soll dazu beitragen, speziell auch die Situation von Frauen in diesem Bereich betrachten zu können. Aus meiner eigenen Situation als Frau in der politischen Arbeit an der Hochschule war dies ein besonderes Anliegen bei der Auswertung der Interviews.

Mein Interesse war insgesamt, herauszufinden, wie die Befragten dazu kamen, sich an der Hochschule politisch zu engagieren, welche Erfahrungen sie bei der Tätigkeit machten, wie sie den Erfolg der eigenen Arbeit einschätzten und wie sie die Rückwirkung der Tätigkeit auf ihre Person erlebten. Die hier vorgestellten Interviews können und sollen nicht wiedergeben, wie aktive Studierende an der GhK "im Durchschnitt" politisches Engagement erleben. Sie sollen statt dessen individuelle Erfahrungen zeigen. Daran soll studentische Politik auf prinzipielle Charakteristika untersucht werden und Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Erleben der Arbeit sollen erkennbar werden.

Die Interviews stellen darüberhinaus allerdings nur einen Ausschnitt des Erlebens studentischer Politik an der GhK dar. Mit der Befragung von ausschließlich in den achtziger Jahren Aktiven wurde eine zeitliche Eingrenzung vorgenommen. Die Auswahl der InterviewpartnerInnen fiel auf diese Zeit, da, wie bereits zu Anfang bemerkt, die achtziger Jahre insgesamt in dieser Arbeit ausführlicher behandelt werden als die Anfangszeit der GhK. Darüberhinaus schien mir ein relativ geringer Abstand der Befragten zur eigenen Tätigkeit besser geeignet, möglichst "unverwischte" Erinnerungen zu erfahren. Außerdem sollte eine gewisse Vergleichbarkeit der Ergebnisse dadurch hergestellt werden, daß die Interviewten im selben Zeitraum aktiv waren. Weitere Interviews mit in früherer Zeit Aktiven wären zum Vergleich sicherlich interessant.

Die Interviews wurden in narrativer Form geführt. Das heißt, die Befragten erzählten zunächst ihre "Geschichte" unter der offenen Fragestellung, wie sie zur politischen Betätigung an der Hochschule gekommen waren, was sie dabei erlebt und erfahren hatten und wie es ihnen persönlich in der Arbeit ergangen war. Erst danach wurden nochmals Rückfragen zu Zusammenhang und Verständnis gestellt. Die Interviewform sollte die Befragten veranlassen, über die von ihnen als wesentlich erlebten Punkte zu berichten, welche zu betrachten schließlich hauptsächliches Interviewinteresse war. Es folgt zunächst eine Vorstellung der sechs Befragten in Form eines kurzen Porträts, um den jeweiligen politischen Werdegang darzustellen, und danach eine vergleichende Auswertung der Interviews.

## 4.1 Porträts der interviewten Personen

### 4.1.1 Vorstellung der befragten Frauen

#### *Erstes Interview:*

Nach der Schule folgte zunächst eine Berufsausbildung und dann Arbeit im erlernten Beruf. Während dieser Zeit fand keine politische Tätigkeit statt. Nach einiger Zeit der Berufstätigkeit fehlte die Perspektive, bei dieser Arbeit noch viel Neues zu lernen. Das Gefühl, "das kann nicht alles gewesen sein", bewirkte den Entschluß, ein Studium zu beginnen. Freunde, die studierten, nahmen dabei Berührungängste. Die Entscheidung, den Job aufzugeben und sich "wieder in die Schulbank zu setzen", wurde durch sie erleichtert. Durch diesen Kontakt zu Studierenden entstand auch bereits vor dem Studium Interesse an Mitarbeit in studentischer Politik:<sup>1</sup>

"Es war'n da halt auch teilweise Leute bei, die so in Gremien gearbeitet ham', Fachschaftsarbeit und so, und dadurch wußte ich einfach, daß es sowas gibt... Und dadurch war bei mir eigentlich schon... bevor ich angefangen hab' mit dem Studium klar, daß ich auch Lust hab', sowas zu machen. Ich hab' gesehn,... das is'n relativer Freiraum, es ist nicht so wie 'ne SV (Schülervvertretung), wo... du immer 'n ganz eingegrenzten Spielraum hast, um irgendwas zu machen... und du kannst da Sachen machen, die du wichtig findest und von daher war im Grunde schon vorher klar, also ich werde gucken..., nicht daß ich da irgendwelche tolle politische Vorstellungen hatte, aber mir war klar, ... daß ich mir das mal angucke und da vielleicht auch was mache."

Mit dem Studienbeginn begann die Teilnahme an Fachschaftssitzungen und die Mitarbeit an der damals anstehenden Überarbeitung der Studien- und Prüfungsordnung. Wichtig war zunächst die Arbeit am eigenen Fachbereich, wo das eigene konkrete Interesse lag. Durch die Verhandlung der Studien- und Prüfungsordnung in den zentralen Gremien entstand dann Kontakt zu StudentInnen, die in diesen Gremien arbeiteten und zum AStA, wodurch auch das Interesse an hochschulweiter Politik größer wurde.

Darum folgte die Mitarbeit in einer fachbereichsübergreifenden Hochschulgruppe und in zentralen Gremien:

"Und das ist so gewesen, daß ich dann also angefangen hab' in der SIT (Hochschulgruppe Studenteninitiative Technik) was zu machen, weil zum einen halt, so 'ne dogmatische Gruppe kam für mich irgendwie überhaupt nicht in Frage... weil, was mich immer abgeschreckt hat, also die Guruverhältnisse zum Teil... also es war (bei den parteilich organisierten Gruppen) immer klar, wer der Chef war, und diese dogmatische Politik war nicht so unbedingt mein Ding... und vor allen Dingen bestand bei der SIT kein Abhängigkeitsverhältnis zu irgend 'ner Oberpartei,... so kam es dann dazu, daß ich da relativ viel gemacht hab'." Dies führte dann zu einem Jahr AStA-Tätigkeit, währenddessen die fast ausschließliche Beschäftigung die Arbeit dort war. In der Zeit nach dem AStA folgte die Diplomarbeit und damit der allmähliche Ausstieg aus der Hochschulpolitik."

#### *Zweites Interview:*

Der Beginn politischer Aktivität ergab sich vor dem Studium bei der Arbeit in einem Kinderheim im Zusammenhang mit Konflikten zwischen Heimleitung und Erzieherinnen. Dabei entstand die Erfahrung der Bedeutung einer organisierten Interessenvertretung, woraus sich gewerkschaftliches Engagement entwickelte. Mit Beginn des Studiums in Kassel endete zunächst die politische Tätigkeit. Nach den ersten Semestern folgte der Zusammenzug mit einer in der Friedensbewegung aktiven Frau:

---

<sup>1</sup> Zu den folgenden Interviewzitate: Punkte kennzeichnen Auslassungen, Klammern Anmerkungen der Verfasserin.

"Wir hatten eigentlich nicht sehr viel miteinander zu tun, aber sie hat mich da so'n bißchen mit reingeschleust."

Der Einstieg in ein "Projekt" in der Vorlaufphase zum BPS (Berufspraktische Studien) brachte Kontakt zu StudentInnen, die im MSB-Spartakus aktiv waren. Die Politisierung durch den Kontakt mit den SpartakistInnen führte zu einem dazu, sich für den Fachschaftratsrat aufstellen zu lassen, und zum anderen dann auch zum Eintritt in den Spartakusbund:

"Eine ganz schwierige Entscheidung,... aus bekannten Gründen: DKP-nah und überhaupt verpönt an der Hochschule, Splittergruppe,... aber ich denke, das (die Entscheidung einzutreten) war ganz eng damit verbunden,... aus meiner politischen Sozialisation, organisiert sein, es müssen auch Strukturen da sein und dann einfach auch so die Bekanntschaft von Leuten über das Projekt, und so ein Schlüsselerlebnis für die Organisation war eine Vollversammlung,... da gefiel mir das Auftreten... von den Spartakisten und Spartakistinnen sehr gut, man hat einfach gemerkt, daß sie so 'ne Vollversammlung vorbereitet ham' und... sie hingen alle mit ihrem Herzblut dran."

So kam es dann zum Engagement im MSB-Spartakus, als dessen Vertreterin dann die Mitarbeit in der Fachschaftsarbeit und im AStA folgte. Nach dem AStA-Jahr folgte mit der Diplomarbeit der Rückzug aus der Hochschulpolitik.

### *Drittes Interview:*

Während der Schulzeit bestand keine politische Tätigkeit und auch wenig Berührung mit politischen Themen. Nach der Schulzeit folgte der Umzug nach Kassel, um dort ein Studium aufzunehmen. Das erste Semester begann mit einer Einführungswoche, die vor allem von Leuten, die auch im Fachschaftratsrat mitarbeiteten, gestaltet wurde:

"Durch diese Kontakte in der Einführungswoche war's dann halt so, daß ich auch die Leute, die Fachschaftratsrat machen, halt schon kennengelernt hab' und fand die auch sehr interessant."

Ende des ersten Semesters folgte der erste Besuch beim wöchentlichen Treffen der Fachschaft. Daraus entstanden die regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen und auch gemeinsame Unternehmungen mit einigen der anderen FachschafterInnen in der Freizeit:

"Wir war'n halt dann auch mehr so 'ne Clique, wo wir eben auch unter anderem politisch dann 'n bißchen was gemacht haben."

Die Teilnahme an bundesweiten Treffen der Fachschaften der Studienrichtung (Bufak) erweiterte das Interesse an Politik:

"... ich denke, ... die Leute auf den Bufaks ham' mich auch ... einigermaßen geprägt, weil, es waren meistens auch Leute, die nicht nur Fachschaftratsrat machen, sondern die eben auch ... Hochschulpolitik machen und zum Teil eben dann auch weitergehend noch Allgemeinpolitik."

Durch das regelmäßige Treffen aller Fachschaften an der Hochschule, den sogenannten Zentralrat, entstanden auch Kontakte zu Leuten aus politischen Hochschulgruppen, die immer wieder versuchten, neue Leute für ihre Arbeit zu gewinnen:

"So muß' ich mich ziemlich bald mit dem MSB auseinandersetzen, weil... die Personen mich halt auch einfach bedrängt haben... ich hab mich dann dagegen entschieden, weil für mich da immer noch der Schwanz DKP dahinterhing und weil ich halt auch gemerkt hab', ich hab keine Lust so kritiklos gegenüber der DDR und der Politik, die im Osten ist... oder war... zu sein und mich da einfach einfangen zu lassen."

Dennoch entstand allmählich mehr Interesse, an fachbereichsübergreifender Politik mitzuarbeiten und es folgte die Teilnahme an einigen Treffen der Hochschulgruppe SIT:

"Ich fand das so ganz gut, was die machen, da war nämlich auch nicht so der Eindruck, daß die einseitig ausgerichtet sind, sondern ich hatte halt so das Gefühl, daß da viele unterschiedliche Meinungen da sind, aber eben in einem gewissen Spektrum... wo auch eben nicht so'n Wasserkopf oben sitzt, der dann sagt, was wir zu tun und zu lassen haben... und deswegen,

denk' ich auch, bin ich dann irgendwann mal in diese studentische Hochschulgruppe gekommen."

Allmählich entstand so die Mitarbeit in der SIT und in verschiedenen zentralen Gremien. Dennoch blieb das hauptsächliche Anliegen, am Fachbereich aktiv zu sein. Kurz vor Ende des Studiums kam es dann doch zum Entschluß zur Mitarbeit im AStA für die Hochschulgruppe Reformruine (aus der SIT entstandene Gruppe). Nach der AStA-Zeit bestand noch eine Weile die Mitarbeit in Gremien, mit Beginn der Diplomarbeit folgte dann der Ausstieg aus der Hochschulpolitik.

#### 4.1.2 Vorstellung der befragten Männer

##### *Erstes Interview:*

In der Schulzeit bestand Aktivität als gewählter Vertreter in der Schülermitverwaltung. Gegen Ende der Schulzeit folgte das Engagement im KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschlands), das durch die Mitarbeit der Geschwister dort und Auseinandersetzungen über politische Standpunkte zu Hause bedingt war. Auf Grund von Schwierigkeiten durch die Mitgliedschaft wurde allerdings bald der formale Austritt aus dem KBW notwendig. Es folgte der Umzug nach Kassel und Beginn des Studiums an der GhK:

"Als ich dann nach Kassel gekommen bin, bin ich hier in den KSB (Kommunistischer Studentenbund) eingetreten, das hat mir halt geholfen,... hier auch Fuß zu fassen, weil ich dann auch wieder in dieser Gruppe war... und dann auch, also in 'ne WG (Wohngemeinschaft) gezogen bin, von Leuten, die also auch im KBW war'n."

Daraus entstand der Entschluß, sich für den KSB im Studentenparlament zu engagieren. Nach einem Jahr löste sich die Gruppe allerdings auf:

"... so daß ich dann eigentlich nur noch Fachschafts- und Fachbereichsrat gemacht hab'... und dann eben auch... im Zentralrat mitgearbeitet hab', und darüberhin bin ich dann... in die SIT gekommen."

Der Einstieg in die SIT war auch mit einem gewissen Einstellungswandel hin zur "unorganisierten" Politik verbunden. Es folgte eine Zeit der Arbeit im AStA. Auch nach der Zeit dort blieb die Mitarbeit in Gremien und in der Hochschulgruppe bestehen.

##### *Zweites Interview:*

Vor dem Studium bestand zwar Interesse an politischen Themen, aber keine politische Tätigkeit. Diese begann zu Anfang des Studiums durch Kontakte zu Studierenden, die bei der Sozialistischen Jugend Deutschlands "Die Falken" tätig waren:

"Das is' so 'ne Organisation, die Kinder und Jugendpolitik macht, auch selbst organisiert und dann entsprechend Aktivitäten veranstaltet, also Bildungsarbeit, Zeltlager und was so dazugehört und darüber bin ich eigentlich mehr oder weniger politisiert worden, hab angefangen, selbst politisch aktiv tätig zu sein."

Die Mitarbeit bei den Falken führte, durch deren Verknüpfungen mit der Organisation der Jusos, zur Teilnahme an den Sitzungen der Juso-Hochschulgruppe. Dadurch entstand auch das Interesse für politische Arbeit an der Hochschule. So kam es zur Kandidatur für den AStA:

"Das ist mehr so 'ne externe Situation gewesen, also ich bin nicht unbedingt über die Hochschulpolitik dazugekommen, sondern mehr von außerhalb... aber durchaus so 'ne Anpolitisierung... das hängt natürlich auch damit zusammen, daß ich inzwischen schon einige Semester studiert hatte und schon ungefähr 'ne Vorstellung von dem hatte, was hochschulpolitisch passieren müßte, was geändert werden müßte, in welchen Bereichen man aktiv sein könnte im AStA..."

Nach dem AStA-Jahr folgte weitere politische Tätigkeit, die vor allem wieder außerhalb der Hochschule stattfand.

### *Drittes Interview:*

Während der Schul- und Ausbildungszeit fand keine speziell politische Tätigkeit statt, es bestand allerdings das Engagement im Bereich der Jugendarbeit. Während der nachfolgenden Zeit bei der Bundeswehr entstand die Auseinandersetzung mit politischen Inhalten und durch Kontakt zu StudentInnen auch das Kennenlernen von studentischen Aktivitäten. Mit Beginn des Studiums in Kassel entwickelten sich dann gleich Kontakte zu Leuten, die in der Fachschaftsarbeit aktiv waren:

... "ich hatt' halt dadurch, daß es 'ne Einführungswoche gab, relativ schnell Kontakt mit Leuten aus der Fachschaft,... man lernt halt meistens ganz früh eigentlich schon Leute kennen, wo man einfach das Gefühl hat, mit denen kann man umgehen... Da war's für mich klar, daß ich da hingeh' und es war natürlich auch notwendig, das war 'ne andere Motivation,... ja, Leute kennenzulernen..."

So kam es zur Mitarbeit in der Fachschaftsarbeit, zum fachbereichsübergreifenden Engagement bestand zunächst keine Lust:

"Ich hatte vorher immer gesagt, eigentlich will ich nicht... Stupa (Studentenparlament) und GhK-Sachen machen, ich möcht lieber im Fachbereich klein und fein..., also mehr so BImäßig (Bürgerinitiativen) war das wohl gedacht... und ohnehin, zu den Parteisatelliten zu gehen, das schien mir nicht relevant."

Nach einigen Semestern Studium kam es durch eine Verkettung von Gründen doch zum Engagement in der Hochschulgruppe Reformruine. Zum Einstieg in die Arbeit führten die Ereignisse der Katastrophe in Tschernobyl, die ein wichtiger Auslöser waren, "etwas zu machen" in Verbindung mit einer Phase von "Desorientierung" im Studium. Nach der Rückkehr aus einem "ziemlich interessanten BPS" bestand zu dieser Zeit wenig Lust zum Studium. Die Bekanntschaft mit einem Mitglied der Reformruine führte zum Einstieg in diese Gruppe:

"Ja und da war für mich der A. halt 'ne sehr relevante Person, weil, den hab' ich halt da auch gekannt und,... den fand ich so 'ne überzeugende Persönlichkeit, wo ich mir gedacht hab', wenn der da mitmacht,... das kann interessant sein, da findet noch etwas statt."

Es folgten intensive Aktivitäten zum Thema Tschernobyl und im Jahr danach die Mitarbeit im AStA. Nach dieser Zeit bestand weiterhin die Mitarbeit in Gremien und in der Hochschulgruppe Reformruine.

## **4.2 Vergleichende Auswertung der Interviews**

Die anschließende nähere Auswertung der Interviews wird unter folgender Fragestellung vorgenommen:

Wodurch entstand die Motivation zum Engagement in der politischen Arbeit an der Hochschule? Welche Erfahrungen wurden beim Einstieg in die politische Tätigkeit und in der späteren Arbeit gemacht? Welchen Sinn hatte die Tätigkeit für die Befragten in bezug auf die Wirksamkeit nach außen und die Ergebnisse für sie selbst?

In die Auswertung werden die Erfahrungen der Befragten während ihrer gesamten hochschulpolitischen Tätigkeit einbezogen. Die Zeit der Mitarbeit im AStA nimmt dabei relativ viel Raum ein, da sie für alle Befragten eine besonders intensive Phase politischer Arbeit bedeutete. An ihr können einige Probleme, die in anderen Bereichen nur ansatzweise auftauchten, exemplarisch dargestellt werden. In der Arbeit im AStA spielten allerdings auch einige spezielle Aspekte eine Rolle, die in einem eigenen Abschnitt behandelt werden sollen.

Das unterschiedliche Erleben der hochschulpolitischen Tätigkeit hängt natürlich auch damit zusammen, daß die Befragten nicht genau zur gleichen Zeit, zum Teil für verschiedene Hochschulgruppen und unter jeweils anderen Arbeitsbedingungen tätig waren. Obwohl dadurch nur eine bedingte Vergleichbarkeit gegeben ist, zeigen sich meiner Ansicht nach bestimmte gemeinsame Probleme und in einigen Bereichen grundsätzliche Unterschiede, die relativ unabhängig von den unterschiedlichen äußeren Gegebenheiten sind.

Auf die explizite Zuordnung von Zitaten zu den vorgestellten Porträts wurde im folgenden verzichtet, um die Maskierung der befragten Personen weitmöglichst zu gewährleisten.

#### 4.2.1 Der Einstieg in die Polit-Szene

Bei den zuvor vorgestellten Personen lassen sich zunächst zwei unterschiedliche Zugangswege zur hochschulpolitischen Tätigkeit feststellen. Zum einen der Einstieg durch die Fachschaftsarbeit, durch die dann auch der Bezug zur Gremienarbeit und Kontakt zu hochschulweit arbeitenden Gruppen entstand. Zum anderen der direkte Beginn in einer studentischen Hochschulgruppe, für die dann später in Gremien, der Fachschaft oder dem AStA mitgearbeitet wurde.

Die Frage, ob sich daraus ein unterschiedliches Verständnis von Politik an der Hochschule ergibt, soll später thematisiert werden. Zunächst zu den Erfahrungen, die zu Beginn der politischen Tätigkeit gemacht wurden:

Eine wichtige Rolle spielte bei allen Befragten der persönliche Kontakt zu Leuten, die in den entsprechenden Gruppierungen arbeiteten. Das Gefühl, daß es sich dabei um Leute handelte, mit denen man sich gut verstehen könnte, stellte für fast alle das auslösende Moment dar, um an den Treffen der jeweiligen Gruppierung erstmals teilzunehmen. Auch die Entscheidung, dort mitzuarbeiten, hing neben den inhaltlichen Aspekten von dem persönlichen Kontakt zu Mitgliedern der Gruppe ab.

Ein hauptsächlicher Faktor für den Einstieg in den Fachschaftsrat war so das Kennenlernen von dort Aktiven während der Einführungswochen, die offensichtlich eine wichtige Funktion für den Nachwuchs der Fachschaften hatten. Die Bekanntschaft von andernorts Aktiven war ein weiterer Grund für den Beginn der Mitarbeit.

Trotz des persönlichen Kontakts fiel die Mitarbeit anfangs nicht nur leicht. Sie war teilweise mit der Schwierigkeit verbunden, in der Gruppe mitreden zu können und sich so auch zu behaupten. Beispielhaft hierfür ist folgendes Zitat:

"...ich bin dann halt mal mit 'ner Frau, die auch mit mir zusammen angefangen hat,... bin ich dann zum Fachschaftsrat gegangen, hab' dann mal so geguckt, was die so machen, und fand das dann erst mal ziemlich hochgestochen alles und hab' dann so gedacht ...ooa, Mensch, was machen die alles und schon so viele Erfahrungen und was die alles wissen. Und das hat mich dann auch ziemlich erschlagen, man muß halt auch dazu sagen, daß dort zu dem Zeitpunkt, als ich angefangen hab', da war'n eigentlich auch viele ältere Leute im Fachschaftsrat, die halt auch schon im 13. oder 14. Semester waren und das eben einfach auch schon ewige Zeiten gemacht haben..."

Die Anwesenheit älterer Semester wurde auch von anderen Befragten eher als Einengung und nur teilweise als Vorteil empfunden. Der Vorsprung an Erfahrung im Umgang mit Problemen des Fachbereichs und die damit eventuell verbundenen besseren Handlungsmöglichkeiten, waren für die neu Dazukommenden weniger Hilfe als Belastung. Die Schwierigkeit hing vor allem damit zusammen, daß die Neuen sich durch die Dominanz langjährig Aktiver nicht trauten, etwas zu sagen oder auch zu fragen. Weniger problematisch war dies, wenn viele neu anfangen und die "Alten" allmählich ausstiegen, was übrigens dann auch im oben genannten Beispiel der Fall war. Insgesamt fiel der Einstieg in die inhaltliche Arbeit dennoch relativ leicht, da es meist um konkrete Probleme des Fachbereichs ging. Hier konnten auch die Neuen schnell Einblick gewinnen. Das Engagement für diese Angelegenheiten wurde den Befragten schnell wichtig, da sie darin auch die Möglichkeit der Verbesserung oder des Erhalts der eigenen Studienbedingungen sahen.

Mit den studentischen Hochschulgruppen machten die in der Fachschaft aktiv Gewordenen in den ersten Semestern ihres Studiums eher negative Erfahrungen.

Die Gruppen, in denen meist nur einzelne neu hinzukamen, während die anderen oft schon lange Zeit mitarbeiteten, stellten sich ihnen oft als ziemlich abgehoben dar. Kontakte zu Hochschulgruppen durch Vollversammlungen, den Zentralrat der Fachschaften oder die Teilnahme an einer Sitzung um "mal reinzusehn", hatten meist abschreckende Wirkung. Der im folgenden zitierte erste Eindruck von einer Hochschulgruppe ist beispielhaft für Erfahrungen, die im Zusammenhang mit verschiedenen Hochschulgruppen gemacht wurden, und kann durchaus für das ganze Spektrum der linken Gruppierungen gelten:

"...und ich bin halt am Anfang von meinem Studium auch mal bei den Treffen der Basisgruppen dabeigewesen, hab' mir das mal angeguckt, aber das hat mich ziemlich schnell... also angeödet... Ich bin da hin, da hab' ich gesehen, es laufen ein paar Typen rum, die schwingen das große Wort;... da is'n bißchen so diskutiert worden, was machen...(wir) jetzt noch poli-

tisch, was ist schiefgelaufen, wo wollen wir hin... und wenn dann mal bestimmte Koryphäen kritisiert worden sind, oder überhaupt Kritik dran geübt worden ist, dann..., also das ging überhaupt nicht,... die ham' totalen Terz da gemacht... und dann hab' ich mir gedacht, also, wenn du in irgend'nem Bereich dich politisch... engagieren willst und da sind so'n paar Obergurus, das ist einfach nicht dein Ding, da kann ich nichts mit anfangen, da gehst du nicht mehr hin. Und hab' dann gedacht, es ist irgendwie sinnvoller, konkret am Fachbereich Gremienarbeit oder was zu machen..."

Die ursprüngliche Abneigung der Befragten, die aus der Fachschaftsarbeit kamen, überhaupt in Hochschulgruppen aktiv zu werden, läßt sich allerdings nur zum Teil mit diesen Erfahrungen begründen. Ein weiteres wichtiges Moment war auch, daß die Arbeit am Fachbereich schon relativ viel Zeit neben dem Studium in Anspruch nahm und sie sich, was politische Arbeit betraf, "ausgelastet" fühlten. Außerdem war das Motiv, Leute kennenzulernen und eine Gruppe von "Gleichgesinnten" zu finden, zunächst nicht mehr relevant.

Die Befragten, die nicht in Fachschaften aktiv waren, hatten einen anderen Zugang und dadurch auch einen anderen Bezug zu den politischen Hochschulgruppen. Für sie war es nicht die Frage, neben der Fachschaftsarbeit noch etwas zu machen, eine politische Tätigkeit mehr zu haben, sondern die Motivation, neben dem Studium überhaupt an der Hochschule politisch aktiv zu werden. Der Kontakt zu Leuten, die in den jeweiligen Gruppen mitarbeiteten, war auch für sie der Anlaß, in die Arbeit einzusteigen.

Das Engagement war so von Anfang an nicht auf einen Fachbereich und auch weniger auf die Hochschule bezogen. Die Gruppen dienten zunächst als Diskussionsforum für politische Themen und waren weniger als die Fachschaften auf das konkrete Handeln konzentriert. Die Arbeit in der Hochschulgruppe bewirkte dann den Einstieg in den Fachschaftsrat oder auch den AStA, um die Vorstellungen der Hochschulgruppe dort umzusetzen.

Die anfängliche Schwierigkeit, sich in der Gruppe einen Platz zu schaffen und mitreden zu können, bestand in ähnlicher Art und Weise wie bei den anderen Befragten. Bei der späteren Mitarbeit in der Fachschaft wurde dann aber zum Beispiel die Erfahrung gemacht, daß es dort wesentlich leichter fiel, mitzureden und als Folge der Mitarbeit in der Hochschulgruppe auch eine tragende Funktion zu haben:

"... ich hab' damals (im Fachschaftsrat) eine sehr dominante Rolle inne gehabt ... und hatte ... (in der Hochschulgruppe) eigentlich nicht so 'ne dominante Rolle, die ergab sich dann erst später, die hing sehr damit zusammen, daß ich, was den Fachschaftsrat anging, das Gefühl hatte, ich weiß mehr als die anderen, das hing mit den Mitgliedertreffen zusammen... und mit der Information, die ich hatte... In der Hochschulgruppe hing es damit zusammen, daß ich immer das Gefühl hatte..., daß ich nicht genug weiß, 'ne ganz komische Konstruktion eigentlich."

Ein Problem, das fast alle Befragten zu Beginn ihrer politischen Arbeit hatten, waren Ängste davor, in der Öffentlichkeit zu reden, z. B. auf Vollversammlungen der Fachschaften oder den studentischen Gesamtvollversammlungen:

"Das war'n immer so Situationen, in der Öffentlichkeit zu reden und in der Öffentlichkeit auch das zu sagen, was ich denke und also auch etwas zu sagen, was nicht so populär war, das war vor der AStA Zeit für mich besonders schwer, aber das machte auch die Politik aus... Während der AStA Zeit,...da bin ich dann während Vollversammlungen öfter mal ans Mikro gegangen, um irgendwelche Dinge da vom Stapel zu lassen..."

Vor allem die Frauen hatten am Anfang ihres Engagements das Gefühl, in Sitzungen oder Versammlungen genau das Richtige sagen zu müssen und "nicht nur irgendwas", wodurch die Ängste sich zunächst vergrößerten. Das Gefühl der Nervosität hatte sich bei den interviewten Frauen und Männern im Lauf der Zeit zwar verringert, war aber nie vollkommen verschwunden.

#### 4.2.2 *Erfahrungen als Frau in der Hochschulpolitik*

Im folgenden Abschnitt möchte ich die Situation der befragten Frauen in ihrer politischen Tätigkeit betrachten. Es soll hier zunächst um einige prinzipielle Probleme von Frauen bei der politischen

Arbeit gehen, um grundsätzliche Überlegungen zu ermöglichen. Unterschiedliche Sichtweisen und Erfahrungen von Frauen und Männern in bezug auf spezielle Fragen werde ich dann allerdings in den jeweiligen anderen Abschnitten aufgreifen.

Grundsätzlich wurde von allen Frauen festgestellt, daß sie sich fast immer in der Minderheit befanden, da in den meisten Gremien und auch in den Hochschulgruppen immer nur wenige Frauen mitarbeiteten. Im AStA war eine der Befragten sogar als einzige Frau tätig.

Besonders während der arbeitsintensiven Zeit dort machten die Frauen ähnliche Erfahrungen, die sie als ziemlich belastend empfanden. Bedauert wurde von allen zunächst, daß sich der Kontakt zu anderen Frauen zumindest während der Arbeit reduzierte:

"...ich hatte keine Lust, jetzt nur mit vier Männern im AStA zu sein und fand es sehr wichtig auch, dann mit noch 'ner Frau zusammen zu sein und das war dann eben nur M. Das fand ich halt 'n bißchen schade, daß da nicht mehr persönliche Kontakte da waren... und ich hab' halt immer gesagt, ich will auch persönlichen Kontakt haben... Eben find ich's zum Teil wesentlich angenehmer, etwas mit 'ner Frau zusammen zu machen, weil ich da einfach auch eher schnuddeln kann, das ist nicht immer so 'ne ernste Ebene, sondern es fällt mir halt einfach leichter, und das war da halt nicht, und das find ich unheimlich schade auch."

Das Defizit des Kontakts zu anderen Frauen wurde durch ein zweites Problem, nämlich die Art des "Politik-Machens" vieler Männer verschärft. Sie entsprach auch in der eigenen Gruppierung oft nicht den Vorstellungen der Frauen. Dies betraf weniger die Ziele der Arbeit, sondern in erster Linie die Form der Zusammenarbeit und der Auseinandersetzung in der Gruppe und die Art und Weise der Selbstdarstellung:

"... und das ist halt ganz häufig so, daß wenn du mit Männern irgendwo sitzt, eben auch grad' mit Männern, die Politik machen, daß, ... ja, du erst mal so 'n bißchen in den Hintergrund gedrängt wirst, es sei denn, du haust wirklich voll rein und reagierst genauso wie sie; eben auch so lange Monologe halten und dann... ja, du mußt dich, glaub' ich, wirklich extrem in den Vordergrund drängen. Ich will nicht sagen, daß ich das nicht will oder mir das nicht liegt, weil mir eben auch irgendwann mal 'ne Profilierungssucht vorgeworfen wurde, das ist eben auch das, was ich vielen Männern, die politisch tätig sind, vorwerfe."

Das eigentliche Problem lag weniger darin, daß die Frauen das Gefühl hatten, sich nicht selbst darstellen zu können und deswegen unterzugehen. Problematisch war eher die Erfahrung, sich in der Zusammenarbeit mit Männern profilieren zu müssen, um überhaupt gehört zu werden. Dadurch befürchteten sie, auch selbst allmählich solche Verhaltensweisen zu übernehmen.

Die Ansprüche an Zusammenarbeit in einer Gruppe ließen deutliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern erkennen. Zunächst die negativste Erfahrung, die während der Arbeit im AStA gemacht wurde:

"... die AStA-Zeit war für mich eine sehr schmerzhaft Zeit, ... weil ich die einzige Frau im AStA war und lauter aufgeblasene Knallköpfe... ich sehe es so im Nachhinein vor allen Dingen als einen Kampf gegen aufgeblasene, im Grunde genommen ganz kleine Männer an... Sie waren alle machtbessenen, sie wollten Macht haben... eine Auseinandersetzung über politische Inhalte war nicht möglich."

Der Kampf gegen die eigenen Mitarbeiter, die Männer im AStA, war so anstrengender als die eigentliche Arbeit, die zu tun war. Grund dafür waren nicht interne Auseinandersetzungen um politische Ziele, sondern die unterschiedliche Herangehensweise an die Arbeit und der Umgang miteinander. Die eigentliche Tätigkeit, die Arbeit mit den Fachschaften, die auch relativ losgelöst von den anderen AStA-Mitgliedern stattfinden konnte, machte dagegen Spaß. Auch wenn oft kein greifbares Ergebnis dabei herauskam, war das kein Grund zur Resignation, sondern eher zum Weiterkämpfen. Dennoch war auch diese Arbeit durch die Gesamtsituation im AStA überschattet.

Die beiden anderen befragten Frauen erlebten die Zusammenarbeit im AStA weniger negativ. Mit ihren Arbeitsmöglichkeiten im eigenen Referat waren sie zufrieden, sie fühlten sich auch nicht durch die Gesamtsituation behindert. Dennoch wurde ihr Anspruch an Austausch über die Arbeit und an Zusammenarbeit insgesamt nicht erfüllt.

Die Frauen bezogen, nicht nur was die Arbeit im AStA betraf, den Austausch untereinander und das gemeinsame Erarbeiten und Durchführen von Aktivitäten in die Erwartungen an gute Zusam-

menarbeit mit ein. Durch daraus entstehende Arbeitsstrukturen, die weniger auf "Bluff" und Selbstdarstellung angewiesen wären, erhofften sie sich eine bessere Arbeitsatmosphäre und eine kreativere Art von Politik, die vielleicht auch neue Wege zum Durchsetzen der eigenen Ziele entwickeln könnte.

Zum Vergleich soll hier die eher von den Männern vertretene Position in bezug auf Zusammenarbeit verdeutlicht werden. Sie zeigten sich bereits dann zufrieden, wenn die Koordination gut klappte, man sich gegenseitig tolerierte und nicht gegeneinander arbeitete:

"Also ich hatt' immer so den Eindruck, daß man sich einerseits so gut kennt und soviel vertraut, daß man davon ausgeht, daß der andere das schon richtig macht."

In der politischen Arbeit insgesamt konnten die Frauen ihre Ansprüche auch wegen der anderen Vorstellungen der Männer oft nicht verwirklichen. Im AStA ließ zudem die Flut von zu bearbeitenden Angelegenheiten, die durch weitgehende Arbeitsteilung am leichtesten zu bewältigen war, meist nur wenig Zeit und Energie zum Austausch über die konkreten Inhalte oder auch über andere Arbeitsvorstellungen. Dennoch äußerten alle befragten Frauen, daß sie sich, wenn sie es "noch einmal zu tun hätten", auch wieder auf diese Arbeit einlassen würden und den Männern nicht das Feld der Politik überlassen wollten. Für alle war auch klar, daß sie die Zusammenarbeit von Frauen und Männern gerade auf dem Feld der Hochschulpolitik für notwendig hielten. Darum kam es für sie kaum in Frage, sich in diesem Bereich in einer Frauengruppe zu engagieren. Die persönliche Konsequenz für eine der Befragten war allerdings:

"...ich würde es als Frau alleine mit Männern in der politischen Tätigkeit nicht mehr aufnehmen,... ich würde meine Situation mir so erleichtern, daß ich mir Frauen an die Seite schaffen würde."

#### 4.2.3 Zur Arbeit im AStA

Die Idee, im AStA mitzuarbeiten, entstand für fast alle Befragten erst im Lauf ihrer Tätigkeit in der Hochschulgruppe. Nur einer war aus dem Grunde, daß ihn eine Gruppe für den AStA aufstellen wollte, zu der Hochschulgruppe gegangen. Die Möglichkeit, sich in den AStA wählen zu lassen, wurde zunächst als Herausforderung empfunden, die eigenen Fähigkeiten und Grenzen auszuprobieren. Von der Gruppe vorgeschlagen zu werden stellte sich auch als "Kompliment" dar, das dann auch dazu ermutigte, auf die Herausforderung einzugehen:

"So mit der AStA-Zeit, das war eigentlich so 'ne Sache, wo ich mir... halt immer so gedacht hab',... vielleicht mal ausprobieren, so 'ne Mischung zwischen sich zutrauen... und sich trotzdem trauen... so 'ne Position als AStA-Referent... zu übernehmen. Wo ich heute natürlich denke, daß es absolut unbesonders ist, aber damals war's schon so 'ne Entscheidung, wie wird das und kann ich das..."

Die Mitarbeit im AStA, die ein Jahr "Pause" vom Studium bedeutete, war für zwei Personen eher eine günstige Möglichkeit, das Studium, das zu der Zeit auch wenig Spaß machte, eine Weile zu unterbrechen. Die anderen schoben die Mitarbeit eher nochmal ein Jahr auf, als sie zum ersten Mal gefragt wurden. Sie ließen sich erst zum Ende des Studiums darauf ein, weil sie zunächst "möglichst fertig" sein wollten, da sie befürchteten, nach einem Jahr Unterbrechung keine große Lust zum Wiedereinstieg ins Studium zu haben und dann nur noch das Diplom vor sich haben wollten. Der Wiederbeginn des Studiums fiel dann auch vor allem denjenigen, die noch relativ viel Studienzeit vor sich hatten, ziemlich schwer. Alle Befragten schilderten, daß sie während des AStA-Jahres oft "rund um die Uhr" zu tun hatten, dabei eine Fülle neuer Erfahrungen machten, aber auch viel Streß hatten.

Als besonders anstrengend wurde von fast allen die tägliche Vielfalt der Anforderungen empfunden. Viele dieser Aufgaben stellte sich der AStA selbst, aus den eigenen politischen Ansprüchen heraus. Sie waren weniger von außen vorgeschrieben, wurden allerdings oftmals von dort an den AStA herangetragen. Die daraus entstehende Arbeitsbelastung nahmen die Befragten oft als ständige Überforderung wahr, da es unmöglich war, sich über alle Probleme zunächst gründlich zu informieren und dann genügend Zeit zu haben, sich darum zu kümmern:

"So richtigen Streß hatte ich dann schon, als ich in den AStA gekommen bin. Also einmal, weil das natürlich... von der Arbeit im Grunde genommen 'ne völlige Überforderung ist, weil du ja, also mit tausend Sachen zu tun hast, also zum einen wirklich verwaltungstechnischer Art,... aber zum anderen auch den ganzen Politikbereich, weil du jetzt plötzlich auch nicht nur unbedingt in den Bereichen Stellung beziehen kannst... oder irgendwas machen kannst, die du kennst und wo du Bescheid weißt, wo du Wissen hast. Wobei ich auch gemerkt hab', daß das den Frauen immer mehr Streß macht als den Männern. Das hat was, glaub' ich, mit Bluffen zu tun... Ich hatte das Gefühl als ich im AStA war, daß also wirklich ständig politische Katastrophen passieren, wo ich also immer völlig überfordert bin, da jetzt auch so... richtig drauf zu reagieren, auch im Sinne wie es so 'ner politischen Institution wie dem AStA gerecht wird. Also, einfach nichts dazu zu sagen, das kann man irgendwie auch machen, aber das war auch nicht mein Anspruch."

Diese Erfahrung wurde von fast allen geteilt, von den Frauen dabei als problematischer empfunden als von den Männern. Allerdings erklärte nur einer der Männer, damit keine Schwierigkeiten gehabt zu haben:

"Ich habe das immer begriffen als 'ne neue Situation oder ein neues Problem, das zu lösen ist. Also,...ich glaube, so kannst du auch nur da rangehen, also selbst wenn es Probleme gibt, für die du erst mal keine Antwort hast, denk' ich, muß du da erst mal irgendwie halt versuchen da ranzugehen an das Problem, also nicht nur du selber, du sprichst ja dann auch mit anderen Leuten und fragst die."

Der Anspruch, als gewählte Person im AStA oder auch in den Gremien "die StudentInnenschaft" vertreten zu können, wurde in allen Interviews in Frage gestellt. Bereits in Gremien wie dem Fachschaftsrat stellte sich dies als problematisch dar. Eine beispielhafte Erfahrung wurde im Zusammenhang mit Bestrebungen von seiten der Professoren um die Abschaffung von Praxisanteilen in einem Studiengang gemacht. Die studentische Fachbereichsvollversammlung war zu einem sehr knappen Votum für den Erhalt dieser Studienanteile gekommen. Der gewählten Vertreterin in der Fachbereichskonferenz war damit klar, daß ihr persönlicher Einsatz für den Erhalt der BPS nicht unbedingt der Mehrheit der StudentInnen am Fachbereich entsprach.

"... wenn auf der Vollversammlung beschlossen wird, wir wollen kein BPS und das ist nicht meine Meinung, dann... muß ich meinen Kram hinlegen, also da kann ich mich nicht in den Fachbereichsrat stellen und sagen, die Studenten und Studentinnen fordern die Beibehaltung des BPS... und ich kann aber auch nicht sagen,... weil es eben meiner Überzeugung widerspricht, wir woll'n jetzt kein BPS mehr. Also dann wär es wirklich notwendig gewesen, den Kram hinzuwerfen... und ich hab dann immer gedacht, solange', wie es kein gegenläufiges Votum gibt, mach' ich trotzdem weiter."

Die Erfahrung, bei einem einzelnen Problem nicht der Ansicht der sich äußernden Studierenden zu entsprechen, stand vor dem Hintergrund, auch sonst durch die äußerst geringe Wahlbeteiligung eventuell nur eine Minderheit der StudentInnen zu vertreten. So war auch im AStA allen klar, daß ihre Politik nicht unbedingt der Meinung der Mehrheit der StudentInnen entsprach. Eine Legitimation der Arbeit durch die Wahlen wurde dennoch gesehen, da letztendlich alle StudentInnen die Möglichkeit hatten, sich daran zu beteiligen. Alle Befragten betrachteten es nicht als Aufgabe der gewählten VertreterInnen, herauszufinden, was die schweigende Mehrheit wünschte. So wurde die Bearbeitung der von den Aktiven als relevant erachteten Themen als einzige Möglichkeit angesehen, sinnvolle Politik zu machen. Dazu kamen dann noch die Inhalte, die von außen an den AStA herangetragen wurden.

"Aber ich meine, damit (mit dem Desinteresse der Studentenschaft) muß man irgendwie leben, man muß halt dann versuchen, irgendwie aus dem,... mit den Leuten, die'n Interesse dran haben, halt das Beste daraus zu machen."

Die geringe Resonanz aus der StudentInnenschaft führte dennoch in der Arbeit häufiger zu Enttäuschungen, wenn sich weder Protest gegen die AStA-Politik, noch Zustimmung in der "Basis" regte. Der Anspruch, StudentInnen zu mobilisieren oder zumindest für politische Themen zu interessieren, wurde zwar von allen nie aufgegeben, im Lauf der Zeit aber wesentlich zurückge-

schraubt und die eigene Arbeit nicht mehr vom Erfolg solcher Mobilisierungsansprüche abhängig gemacht.

#### 4.2.4 Erfolg der Arbeit

Nur in einem Interview wurde die Ansicht vertreten, daß die Hochschule als politisches Betätigungsfeld, im Verhältnis zu politischer Arbeit in anderen Bereichen, relativ schlechte Möglichkeiten biete, um Erfolge zu erzielen. Die Hochschule war dieser Ansicht nach von zu vielen Faktoren von außen bestimmt, welche auch die hochschulinterne Arbeit wenig erfolgreich machten. Diese Ansicht wurde von einem Befragten vertreten, der nicht aus der Arbeit am Fachbereich in die Hochschulpolitik eingestiegen war und mehr aus "allgemeinpolitischer Sicht" mit der Arbeit begonnen hatte. Der Maßstab für Erfolge wurde so vor allem an den Anspruch der grundlegenden Veränderung der Bildungspolitik geknüpft. Auch die anderen Interviewten teilten den Anspruch auf grundsätzliche Veränderungen im Bildungswesen, die auch nach ihrer Ansicht nicht verwirklichtbar schienen. Dennoch empfanden sie die Hochschule als relativ konkretes Politikfeld, auf dem für sie vergleichsweise gute Einflußmöglichkeiten bestanden. Vor allem auf der Fachbereichsebene, im eigenen Studienbereich, hatten sie das Gefühl, auch Erfolge erzielt zu haben. Meist war dies zwar nur die Änderung von "Kleinigkeiten", wie zum Beispiel das zusätzliche Angebot einzelner Veranstaltungen, das Einbringen neuer Themen oder die Einrichtung einiger Tutorenstellen. Diese hatten aber immerhin Auswirkungen, die auch Verbesserungen des eigenen Studiums bedeuteten. Eine andere Art von Erfolgen war für sie die Verzögerung oder Verhinderung des Abbaus von Reformelementen an der GhK, was allerdings insgesamt als Rückzugsgefecht eingestuft wurde:

"Also ich denke, hier an der Hochschule haben wir einiges bewirkt und erreicht und zumindest, ... haben wir Trends aufgehalten, für einige Jahre, ... ich weiß nicht, wie es die nächsten Jahre weiterlaufen wird, ... aber es hat lange Jahre gebraucht, daß sie hier an der Hochschule das Universitätsdenken so durchgesetzt haben, wie es jetzt vielleicht ist. Also das ist zum Beispiel ein Punkt, wo ich denke, daß wir viel dazu beigetragen haben, das offener zu gestalten ... Integration der Hochschule überhaupt möglich zu machen."

Die Hoffnung auf die Durchsetzung grundsätzlicher Veränderungen in der Bildungs- und auch der Allgemeinpolitik, die zu Beginn der Tätigkeit gehegt wurde, hatte sich im Lauf der Zeit verringert. Mangels Alternativen blieb der Ansatz, durch die Aktivität im Kleinen Teilerfolge zu erzielen. Die Befragten wollten so einerseits nicht aufgeben und eventuell auch auf größere Veränderungen hinarbeiten.

Auch bei der täglichen Arbeit im AStA wurden Erfahrungen des Mangels von Erfolgen oder Ergebnissen gemacht. Ein Grund waren die vielen Koordinations- und "Serviceaufgaben". Sie stellten für alle zwar einen notwendigen und sinnvollen Bestandteil der Arbeit eines AStA dar, ihre Erledigung wurde aber auf die Dauer als unbefriedigend empfunden. Dies lag vor allem daran, daß oft keine konkreten Resultate folgten oder diese für die im AStA Aktiven unsichtbar blieben. Typische Beispiele für derlei Aufgaben waren Anfragen von StudentInnen betreffs Bafög- und Rechtsberatung, die Vermittlung von Veranstaltungsorten, die Unterstützung studentischer Projekte bei der Raumsuche und das Ausstellen von internationalen Studentenausweisen.

Ein anderer Bereich, der als wenig erfolgreich empfunden wurde, waren die Versuche des AStA, die Studierenden für politische Themen zu interessieren oder zum Beispiel die Arbeit der Fachschaften zu koordinieren. Sie liefen nach Ansicht aller Befragten häufig ins Leere oder wurden als sehr ineffektiv empfunden.

In der AStA-Arbeit konnten die Mißerfolge allerdings auch kompensiert werden. Es bestand die Möglichkeit, durch die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen oder zum Beispiel die Herstellung einer Zeitung, eigene Ideen zu verwirklichen und auch greifbare Ergebnisse zu erzielen. Diese "Produkte" waren, auch wenn sie keine weitere erfassbare Auswirkung hatten, zunächst Erfolg an sich. Für zumindest drei der Befragten stellten solche Arbeiten, die mit einem greifbaren Ergebnis abgeschlossen werden konnten, wichtige Erfolgserlebnisse dar. Ein Beispiel dafür ist folgende Äußerung:

"Ich hatt' dann ganz häufig das Gefühl, ich rei' mir (bei der Koordination der Fachschaften) ein Bein nach dem andren aus und es passiert eigentlich nichts,... ich war dann zum Teil wirklich extrem frustriert, weil ich so das Gefühl hatte, es passiert einfach nichts... und um das auch alles so'n bißchen konkreter zu machen, hab' ich dann auch irgendwann noch diese Gremienordnung überarbeitet (d.h. einen Kommentar zu den einzelnen Paragraphen der Ordnung verfaßt, um den VertreterInnen in den Gremien die Wahrnehmung ihrer Rechte zu erleichtern)... und dann hab' ich drei Veranstaltungen organisiert, was relativ leicht ging.. das war 'n relativ geringer Arbeitsaufwand und mit' nem großen Ergebnis eigentlich."

Das Bedürfnis nach greifbaren Ergebnissen wurde allerdings nicht in allen Interviews geäußert, sichtbare Erfolge waren für einen Befragten zumindest relativ unwichtig:

"Ich hab' nach außen hin fast nichts gemacht, also jetzt so sichtbares, kaufbares,... sondern ich hab' ja nur so Strukturarbeit gemacht, also Verbindungen zu den Fachschaften versucht anders zu organisieren... oder die Einflußnahme in der Zentralverwaltung,... das war'n alles so... Untergrundwhlereien... das hat mir schon Spaß gemacht;... man kann die Erfolge nicht messen."

Der Befragte hatte durchaus das Gefühl der Wirksamkeit seiner eigenen Arbeit, die er somit als erfolgreich empfinden konnte. Gleichzeitig deutet sich hier aber auch an, daß die Zufriedenheit mit der eigenen Arbeit nur eingeschränkt von Erfolgen und der Verwirklichung der eigenen politischen Ziele abhängig gemacht wurde. Diese Unabhängigkeit von sichtbaren Resultaten, oder Erfolgen überhaupt, hing mit anderen zur Aktivität motivierenden Faktoren zusammen, auf die im nächsten Abschnitt eingegangen werden soll.

#### 4.2.5 Motivation zur Weiterarbeit

Obwohl studentische Politik in keinem Interview als völlig wirkungslos empfunden wurde, kam die Motivation zur Weiterarbeit für keinen der Befragten aus den erzielten Erfolgen. Wichtige Gründe für den Erhalt der Arbeitsmotivation waren der Spaß an der politischen Aktivität selbst und mit den Leuten der eigenen Gruppe. Dazu kam der eigene Lernerfolg bei der Arbeit und die persönliche Grundeinstellung zu Arbeit und Politik. Diese Faktoren galten natürlich nicht für alle Befragten in gleicher Weise, was im folgenden dargestellt werden soll.

Der Spaß an der politischen Auseinandersetzung mit "Gegnern" wurde von allem von einem der befragten Männer betont:

"...und es hat mir einfach auch Spaß gemacht, oder es macht auch Spaß, sich mit Leuten rumzustreiten oder sich auseinanderzusetzen, letztthin auch diese Machtspiele zu spielen. Also zu gucken,... wer die besseren Kontakte wohin hat und die besseren Informationen und so einfach auch eigene Positionen durchzusetzen gegenüber anderen,... also nicht innerhalb der eigenen Gruppe, sondern gegenüber den Professoren oder den Fachbereichen... Und da ist einfach so 'ne Lust am Disput, also es ist auch spaorientiert im Grunde genommen, ohne,... oder wirklich viel weniger so mit der Idee, wirklich noch was ganz wesentliches zu verbessern. Diese idealistische Komponente... hat sich zumindest sehr stark reduziert,... heute würd ich sagen, ich mach' es einfach, weil es mir Spaß macht,... die Leute da zu behindern."

Diese Einstellung machte es möglich, sich über längere Zeit und auch während des Jahres im AStA vor allem in der Gremienarbeit und in Auseinandersetzungen mit der Verwaltung und anderen politischen Hochschulgruppen zu engagieren. Die "Freude am Disput" wurde von den anderen Befragten nur bedingt geteilt. Die beiden anderen Männer empfanden durchaus einen gewissen Spaß bei Streitgesprächen, der allerdings weniger unabhängig von Erfolgen war. Die befragten Frauen konnten Diskussionen oder auch dem "politischen Kampf" in Gremien wenig abgewinnen, wenn sie nicht mit dem Erreichen eines befriedigenden Ergebnisses verbunden waren. Wenn sie, zum Beispiel im Fachbereichsrat, das Gefühl hatten, trotz besserer Argumente, auf Grund der Mehrheit der Professoren und deren spezieller Interessen, überstimmt worden zu sein, hatte dies eher eine gewisse Resignation zur Folge. Obwohl sie es prinzipiell für sinnvoll hielten, ihre Meinung dort trotz geringer Erfolgsaussichten artikuliert zu haben, konnten sie daraus wenig Motivation zur Weiterarbeit gewinnen.

Dennoch konnte zumindest eine der Frauen politischen Diskussionen und dem Kampf darin einiges abgewinnen, nachdem sie die Hemmungen aus der Anfangszeit, öffentlich zu reden, überwunden hatte:

"... Vollversammlungen, da ging's schon heiß her, also da wurde dann ganz schön gestritten, da ging's zur Sache,...da konnt' ich dann auch ganz gut fighten.

Die Ergebnisse aus den Interviews lassen somit keinen Rückschluß auf grundsätzliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen hinsichtlich des Späßes am politischen Argumentieren und Kämpfen zu. Es zeichnet sich höchstens die Tendenz ab, daß die Frauen den Spaß am Diskutieren enger an das für sie zufriedenstellende Ergebnis knüpften und zumindest in Gremien, in denen sie als Studierende und meist auch als Frauen eine kleine Minderheit darstellten, den politischen Schlagabtausch unerfreulich und abstoßend fanden.

Der Ansatz, durch spaßorientierte Arbeit Enttäuschungen zu vermeiden, wird auch aus folgender Äußerung über Aktionen und Demonstrationen deutlich:

"... da würd' ich eher sagen, man soll solche Aktionen machen, weil man Lust drauf hat, weil man Spaß dran hat aber um Gottes Willen nicht, um irgendwas zu verhindern oder was vorwärts zu bringen oder so."

Der Interviewte selbst zog daraus die Konsequenz, zum Beispiel an Demonstrationen, die ihm nach langjähriger politischer Arbeit keinen Spaß mehr machten, nicht mehr teilzunehmen und sich lieber auf andere Arbeitsbereiche zu konzentrieren. Die Einstellung, daß politische Aktionen vor allem auch Spaß machen sollten, hatten fast alle Interviewten geäußert. Mit dem Gefühl zu arbeiten, "sich aufzuopfern", schien für niemanden sinnvoll zu sein. Wichtig wurden so auch aufmunternde Aktionen zur Verarbeitung von Frustrationen. Dies äußerte sich in einem Interview am Beispiel einer Auseinandersetzung mit dem "politischen Gegner." Die eigene Gruppe war als eigentlich stärkste Fraktion im Studentenparlament in die Opposition und so aus dem AStA gedrängt worden:

"Wir haben uns dann halt auch Späße erlaubt, also... da haben wir uns die Druckmaschine aus dem AStA geholt und haben dann ein Flugblatt damit gedruckt..."

Für alle Interviewten hing der Spaß an Aktionen, wie an der politischen Tätigkeit überhaupt, vor allem von ihrem Verhältnis zu den anderen mitarbeitenden Personen ab. Nur einer der Befragten bezog dies vor allem auf das Einverständnis im Arbeitsbereich, für die anderen beinhaltete das auch den privaten Kontakt über die Arbeit hinaus, zum Beispiel gemeinsame Unternehmungen in der Freizeit:

"Also, ich hab' immer gesagt, ich mach' nicht nur irgendwas um des Themas willen, sondern ich will auch einfach noch 'n bißchen Spaß haben oder mit netten Leuten was machen."

Dieser private Kontakt wurde in einem Interview sogar als notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche politische Tätigkeit gesehen:

"Ich glaube, daß diese politische Arbeit auch unter Effektivitätsgesichtspunkten nur dann funktionieren kann, wenn die Leute, die das machen... persönlich miteinander verbunden sind und die politische Arbeit ein Abfallprodukt davon ist. Weil... das so zumindest 'ne persönliche Ebene gibt, die diese politische Arbeit kompensieren kann... Konzentrierte, inhaltliche oder... überhaupt 'ne politische Arbeit von Leuten, die überhaupt nichts miteinander zu tun haben, das funktioniert schlichtweg einfach nicht,... früher hab' ich auch immer gedacht, daß das gehen müßte, wenn... mehrere Leute was woll'n, dann müssen sie sich nicht unbedingt ständig auch noch in der Kneipe treffen, um was zu machen, dann trifft man sich halt so in seinem Seminar, und das geht schlichtweg nicht."

Diese Einschätzung wird durch die Aussagen aus den Interviews, in denen der private Kontakt als wichtiger Motivationsfaktor beschrieben wurde, grundsätzlich bestätigt. Festgestellt werden kann auch, daß vor allem diejenigen, die den Zusammenhalt in der Gruppe positiv empfanden, sich besonders lange Zeit und auch mit großer Arbeitsintensität, eingesetzt hatten. Der Spaß am Zusammensein und an der Zusammenarbeit mit anderen Gruppenmitgliedern scheint zudem auch zur größeren Kreativität und so zur verstärkten Aktivität zu führen.

Für die Arbeit im AStA ist zu bemerken, daß trotz der Anstrengungen, die wenige Ergebnisse oder konkrete Verbesserungen brachten, ein wichtiger Grund für die Weiterarbeit die ständigen

Anforderungen von außen waren. Die verschiedenen verwaltungstechnischen Aufgaben, durch welche die Arbeit vieler studentischer Gruppierungen ermöglicht wurde, und die unterschiedlichsten Anfragen nach Information und Unterstützung vermittelten das Gefühl der Notwendigkeit der eigenen Arbeit.

Speziell für das Durchhalten des AStA-Jahres kam aber noch ein Punkt dazu, in dem die Selbsteinschätzung der Befragten ähnlich war. Fast alle bezeichneten sich als ziemlich hartnäckig, eine einmal begonnene Sache nicht aufzugeben, sondern ein eher starkes Durchhaltevermögen zu entwickeln. Dies verdeutlichen Zitate aus drei Interviews:

"Ich hab'n ziemlich langen Atem, wenn ich mich in eine Sache reinhänge..."

"Ne, aufzuhör'n wär' für mich, war gar keine Frage, aber das hat vielleicht auch was mit mir zu tun, daß ich selten Sachen, ich glaub noch nie 'ne Sache aufgehört hab', wenn ich sie vorher mal angefangen hab'..."

"Wenn ich was mach', dann auch richtig, das heißt ich häng' meine volle Power rein."

Diese Haltung war einerseits mit dem Wunsch nach Verwirklichung politischer Ziele verbunden, andererseits aber auch mit dem Willen, das eigene Durchhaltevermögen zu beweisen und die persönlichen Grenzen auszuprobieren.

Die Grundeinstellung des Durchhalten-Wollens scheint insgesamt eine notwendige Voraussetzung der längeren politischen Aktivität zu sein. Die Selbsteinschätzung anderer, eher kurzfristig politisch aktiver Personen, wäre zum Vergleich sicherlich interessant, würde aber eine umfassendere Untersuchung erfordern, die über den Rahmen dieser Arbeit hinausginge.

Ein letzter wichtiger Punkt, der zum Erhalt der Motivation beitrug, war das Gefühl, neue Erfahrungen durch die Tätigkeit zu machen und dabei selbst weiterzukommen:

"...und vor allen Dingen, was mir wirklich auch Spaß macht ist, also diese Erfahrungen zu sammeln,... mit vielen Bereichen. Also, wenn ich sehe, wie beschränkt teilweise Leute im Studium rumlaufen, die also wirklich nicht rechts und links gucken ... dadurch, wenn du dann in solchen Gremien aktiv wirst, dann auch Sachen an dich rangetragen werden, auf die du nicht selber gekommen wärst und gezwungen wirst, dich mit auseinanderzusetzen. Ich finde, das erweitert so... den Horizont unheimlich..., daß ich mich plötzlich mit Dingen auseinandergesetzt hab, also mit denen ich vorher nie,... von allein auf die Idee gekommen wär, mich damit zu beschäftigen... also diese Erfahrungen zu sammeln, auch Menschen kennenzulernen..."

Der Lernerfolg bezog sich, was die Arbeit im AStA betraf, auch auf die selbständige Organisation von Veranstaltungen, die Herstellung von Zeitungen, die Verwaltung von Finanzen und vor allem auch den Umgang mit Behörden und der Hochschulverwaltung.

Ein wichtiger Prozeß während der Zeit des Engagements war das allmähliche Erlernen, "öffentlich Stellung zu beziehen" und zum Beispiel auch im Umgang mit formal höher gestellten Personen, die eigene Meinung zu vertreten.

Zu den weiterbringenden Erfahrungen gehörten im Nachhinein auch negative Erlebnisse. Dies waren für eine der Befragten auch die "schmerzlichen Erfahrungen im AStA", durch die sie gelernt hatte, sich vor allem in der Auseinandersetzung mit Männern besser zu behaupten und eigene Positionen durchzuhalten:

"Ich möchte sie andererseits auch nicht missen, diese AStA-Zeit, weil ich so viele Erfahrungen gemacht habe,... wo ich es gelernt habe..., wo ich es geschafft habe, die Konsequenzen daraus zu ziehen."

Die eigenen Lernerfolge waren so vor allem im Rückblick auf die Arbeit ein wichtiger Aspekt, die eigene hochschulpolitische Tätigkeit positiv zu werten. Aus dieser Perspektive schienen sie teilweise ein Ausgleich für die als relativ gering empfundenen Erfolge der eigenen Arbeit zu sein. Sie waren, neben dem Spaß an der Arbeit, ein weiterer Grund, warum keine/r der Befragten es bereute, sich engagiert zu haben.

In einem Interview wurde als Grund für die Weiterarbeit auch eine im Lauf der Tätigkeit entwickelte grundsätzliche Einstellung zu politischer Aktivität thematisiert:

"...für mich ist das über die Jahre zumindest... auch zu einem Bedürfnis geworden, Politik zu machen, also ich denke,... daß das Auseinandersetzung ist, mit der Umwelt und Außenwelt und daß man nie, auch mit sich selber, daß man nicht drumrum kommt auch, sich politisch zu engagieren, insofern werd ich sicherlich auch nicht aus der Politik mich zurückziehen..."

Für den Befragten bedeutete das die prinzipielle Bereitschaft zum politischen Engagement im eigenen Lebens- und Arbeitsbereich. In allen anderen Interviews wurde zwar auch das grundsätzliche weitere Interesse an Politik deutlich, das sich im Lauf der hochschulpolitischen Tätigkeit entwickelt hatte. Auch diese Befragten schlossen das weitere politische Engagement in der Zukunft nicht aus. Sie waren im Anschluß an die frühere Arbeit jedoch nicht gleich wieder politisch aktiv geworden. Das hatte zum einen äußere Gründe, wie die Belastung durch Berufstätigkeit, Kind und Weiterstudium. Zum anderen bestand aber auch der Wunsch, nach intensiver politischer Betätigung erstmal eine Pause haben zu wollen.

## 5. Zusammenfassung und Ausblick

In diesem letzten Abschnitt möchte ich zunächst die Entwicklung von Inhalten und Vorgehensweisen studentischer Politik an der GhK zusammenfassen. Daran sollen einige Überlegungen in bezug auf die Wirksamkeit und die speziellen "Eigenarten" der Politik angeknüpft werden. Abschließend möchte ich dann noch die sich meiner Meinung nach daraus ergebenden Perspektiven darstellen.

In bezug auf die Bildungspolitik läßt sich feststellen, daß die grundsätzlichen Forderungen der politisch aktiven Studierenden im Lauf der Geschichte der GhK relativ konstant blieben bzw. immer wiederkehrten. Hauptsächliche Forderungen waren die Autonomie der Hochschulen, die paritätischen Mitbestimmungsmöglichkeiten für Studierende und die Verbesserung der materiellen Lage der Hochschulen sowie der Studienfinanzierung. Darüber hinaus forderten die Studierenden die Verwirklichung umfassender Reformen im Bildungswesen. Diese sollten eine freie Gestaltung des Studiums, die Verwirklichung von projektbezogenem Arbeiten und von Interdisziplinarität in Forschung und Lehre ermöglichen. Ein wesentlicher Anspruch war auch die inhaltliche Ausrichtung der Hochschule auf Themenbereiche, deren Bearbeitung nach Ansicht der Studierenden für die Überwindung aktueller gesellschaftlicher Krisen relevant war. Diese Forderungen standen allerdings immer im Zusammenhang mit jeweils unterschiedlichen allgemeinpolitischen Vorstellungen, die sowohl durch die verschiedenen Ansätze der politischen Gruppierungen als auch durch einen gewissen Wandel der Zeit bedingt waren.

Der SHB hatte so zunächst das Ziel einer Bildungsreform in einem sozialdemokratischen Kontext. In der Zeit der Basisgruppenpolitik waren die Forderungen tendenziell mit der Vorstellung einer grundsätzlichen Enthierarchisierung und Umwandlung der Gesellschaft verknüpft. Die Hoffnung darauf wurde in den achtziger Jahren allmählich aufgegeben, wobei auch die grundsätzliche Möglichkeit der Verwirklichung einer herrschaftsfreien und grundlegend umgewandelten Gesellschaft zunehmend in Frage gestellt wurde. So stellten sich die Forderungen der Studierenden wieder mehr als "Reformansprüche" dar, die zu einer menschengerechten Gestaltung von Hochschule und Gesellschaft beitragen sollten.

Die konkrete Zielsetzung der Politik war darüber hinaus von den jeweils aktuellen Problemen abhängig. Studentische Politik stellt sich somit im wesentlichen als Reaktion auf Ereignisse und politische Entwicklungen dar. Sie erfolgte dabei auch immer in bezug auf die jeweilige Situation der Studierenden selbst.

So entwickelte sich in der Anfangszeit der GhK die zunächst vorrangige Forderung nach Entschulung von Studiengängen zum Anspruch auf umfassende Reformen. Die Politik richtete sich dann, aufgrund der zunehmenden Eingriffe des Kultusministeriums, auf die grundsätzliche Forderung nach Autonomie der Hochschulen. Angesichts der Undurchsetzbarkeit dieses Anspruchs konzentrierten sich die Studierenden allmählich auf die Einforderung von eher konkreten Anliegen. So wurde versucht, von der Hochschule getroffene Entscheidungen, die zum Beispiel Prüfungsordnungen, die Organisationsstruktur der Hochschule oder auch die Wahl des Präsidenten betrafen, beim Ministerium durchzusetzen. Ebenso wurde gegen den Inhalt neuer Hochschulgesetze protestiert und versucht, ihre Verabschiedung zu verhindern.

Ab Mitte der siebziger Jahre wurde die Politik gleichzeitig immer mehr von hochschulinternen Konfrontationen bestimmt. So wurde ein hauptsächliches Ziel, die bereits verwirklichten Reformelemente auch gegen konservative Kräfte an der Hochschule zu verteidigen. Gleichzeitig wurde, angesichts einer zunehmenden Sparpolitik im Bildungswesen, die bessere materielle Ausstattung der Hochschule ein wesentlicher Anspruch der Studierenden. In den achtziger Jahren bezogen sich die Forderungen vor allem auf die noch erhaltenen Reformelemente, wie etwa die Bewahrung der BPS und den Erhalt von Projektarbeit in den Studiengängen. Mit dem allmählichen Absinken des politischen Engagements in weiten Teilen der Studentenschaft gewann dabei ein weiteres, sozusagen mittelbares Ziel an Bedeutung. Die noch aktiven Studierenden versuchten verstärkt, ihre KommilitonInnen zur politischen Aktivität zu mobilisieren.

Zum Anspruch auf die Verbesserung der materiellen Situation der Hochschulen kam in der Folge von einschneidenden Bafög-Kürzungen und zunehmender Wohnungsmisere auch die Forderung nach der Verbesserung der materiellen Lage der Studierenden. Diese beiden Bereiche standen in den letzten Jahren größtenteils im Vordergrund. Die Diskussion um inhaltliche Konzeptionen wurde damit zwar verknüpft, aber durch die vorrangige Forderung nach mehr Lehrkräften, mehr

Räumen und Sachmitteln und besserer Studienfinanzierung häufig in den Hintergrund gedrängt. Das Engagement im allgemeinpolitischen Bereich war ab Mitte der 70er Jahre mit der Übernahme des AStA durch die Basisgruppenliste ein wesentlicher Bestandteil der studentischen Politik an der GhK. Die Arbeit in diesem Bereich bezog sich insgesamt betrachtet auf die jeweils regional oder bundesweit aktuellen Themen, die Gegenstand "linker" Politik waren. Solche Themen waren zum Beispiel sogenannte Berufsverbote, die Forderungen der neuen sozialen Bewegungen, die Katastrophe in Tschernobyl oder Probleme der sogenannten Entwicklungspolitik.

Die Aktivitäten im allgemeinpolitischen Bereich standen dabei meist in einer gewissen Konkurrenz mit dem Engagement in der Bildungspolitik. Die Politik der studentischen VertreterInnen und auch der anderen aktiven Studierenden schwankte so immer zwischen dem Bereich Hochschule und dem Engagement im allgemeinpolitischen Bereich, das zumindest größtenteils außerhalb der Hochschule stattfand. Dieser Wechsel hing zunächst mit den jeweils aktuellen Ereignissen, aber auch mit enttäuschenden Erfahrungen zusammen, die zu einer Umorientierung auf den jeweils anderen Politikbereich führten. So riefen zum Beispiel anstehende Gesetzesnovellen immer wieder neues Engagement in bezug auf Hochschule und Bildungspolitik hervor, die politischen Ziele der neuen sozialen Bewegungen traten am Ende der siebziger Jahre, im Zusammenhang mit in der Bildungspolitik erfahrenen Enttäuschungen, in den Vordergrund.

Im Zusammenhang mit der inhaltlichen Schwerpunktsetzung läßt sich darüber hinaus feststellen, daß die studentischen Hochschulgruppen, die sich zunächst vor allem für die Gestaltung der Hochschule einsetzten, sich in ihrer Arbeit allmählich auf den Bereich der Allgemeinpolitik konzentrierten. Diese Tendenz stellt sich als Gruppenprozeß, aber auch als individueller Vorgang dar, wie im Rahmen der Interviews mit den an der GhK aktiven Studierenden deutlich wurde. Die allmähliche Ausweitung der Politik der jeweiligen Gruppierungen entwickelte sich dabei vor allem im Rahmen der Tätigkeit im AStA. Der Grund für diese Entwicklung scheint in erster Linie darin zu liegen, daß gerade bei der fachbereichsübergreifenden, längerfristigen Arbeit den Aktiven immer mehr eine Abhängigkeit der Bildungs- von der Allgemeinpolitik deutlich wurde. So bekam das Engagement für gesamtgesellschaftliche Veränderungen einen anwachsenden Stellenwert. Die Verlagerung der Arbeitsschwerpunkte lag aber auch daran, daß die Arbeit im AStA relativ losgelöst vom Studium und der Arbeit in den Fachbereichen stattfand und auch die Voraussetzungen für allgemeinpolitische Arbeit gegeben waren, die zum Beispiel in Form von Veranstaltungen und Demonstrationen realisiert werden konnte.

An der GhK kam es im Rahmen allgemeinpolitischer Tätigkeit des AStA und des Studentenparlamentes nur selten zu Beanstandungen wegen Wahrnehmung des sogenannten politischen Mandats. Sie erfolgten auch in den siebziger Jahren, einer Zeit, in der an anderen Hochschulen heftige Kämpfe um das politische Mandat geführt wurden, meist nur in formaler Weise auf Betreiben des Ministeriums. Nur bei wenigen "brisanten" Themen, wie der Auseinandersetzung mit der Politik der RAF Ende der siebziger Jahre oder auch der Volkszählung in den achtziger Jahren, kam es zu ernsthafteren Auseinandersetzungen. Diese standen aber auch jeweils im Zusammenhang mit einem eher angespannten Verhältnis zur Hochschulleitung.

Das politische Klima an der GhK war so von einer relativ großen Offenheit geprägt. Die Akzeptanz der politischen Aktivitäten der Studentenschaft scheint dabei in den achtziger Jahren auch in einer gewissen "Befriedungstaktik" begründet zu sein. Der Hochschulleitung und auch dem Ministerium war offensichtlich bewußt, daß die Beanstandung von politischen und auch anderen studentischen Aktivitäten eher zu einer Verstärkung von Protesten führte, die unbequeme Auseinandersetzungen zur Folge hatten. Diese Freiheit wurde für die studentische Politik in den achtziger Jahren auch zum "Problem", da selbst mit radikalen Äußerungen keine Auseinandersetzungen mit der Rechtsaufsicht mehr provoziert werden konnten, die eventuell zur Wiederbelebung politischer Diskussionen in der StudentInnenschaft hätten beitragen können.

Die Vorgehensweisen studentischer Politik hingen zum einen von dem jeweiligen Ansatz der im AStA amtierenden Gruppierungen ab. Sie waren aber auch in großem Maße von der jeweiligen allgemeinen studentischen Bereitschaft zu politischer Aktivität bestimmt. Diese entsprach etwa den dafür auch bundesweit ermittelten Tendenzen und entwickelte sich offensichtlich eher unabhängig von der jeweiligen AStA-Politik.

Die VertreterInnen des SHB in der Anfangszeit der GhK hatten sich in ihrem Handeln zunächst auf die Wahrnehmung der Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Gremien konzentriert. Dazu kam

im Lauf von zwei Jahren DLB-Politik die Aktivität der studentischen Basis. Die Aktivierung großer Teile der Studentenschaft durch die VertreterInnen des DLB und der nachfolgenden Basisgruppenliste stand dabei im Zusammenhang mit der relativ hohen Bereitschaft zur politischen Aktivität in den siebziger Jahren. Vollversammlungen wurden zu einem hauptsächlichsten Organ studentischer Politik. Demonstrationen und Streiks waren als typische Massenprotestformen ein wesentlicher Bestandteil der Aktivität bis Mitte der achtziger Jahre. Während der Zeit der Basisgruppen-ASten standen daneben auch "Sponti-Aktionen", wie Besetzungen und die Teilnahme am "aktiven Widerstand", im Vordergrund.

Die von der Juso-Hochschulgruppe und dem MSB bestimmten ASten zu Beginn der achtziger Jahre konzentrierten sich in ihrer Arbeit vorrangig auf die Vernetzung in der VDS und die gemeinsame Politik mit Gewerkschaften. Die Politik der Reformruine ab Mitte der achtziger Jahre versuchte, neben der von ihnen verstärkt verfolgten Gremienarbeit, vor allem wieder an der Hochschule gemeinsam mit der studentischen Basis aktiv zu werden. Mit dem Rückgang des Interesses an politischer Aktivität in der Studentenschaft verloren dann allmählich Vollversammlungen ihre Funktion als "politisches Organ". Streiks und Demonstrationen spielten ebenfalls eine geringere Rolle. Sie wurden tendenziell von kleineren Aktionen und Verhandlungspolitik der studentischen VertreterInnen abgelöst.

In diesem Zusammenhang wurde auch der Bereich von politischen und kulturellen Veranstaltungen und Informationsarbeit ein Hauptbestandteil der Arbeit des AStA. Daneben blieben die Gremienarbeit, die Arbeit der politischen Hochschulgruppen und die Fachschaftsarbeit bestehen, an der sich allerdings etwas weniger Studierende beteiligten. Dennoch ist auch diesbezüglich festzustellen, daß die bundesweit ermittelte Konstanz der Mitarbeit in Gremien oder Hochschulgruppen auch auf die Situation an der GhK ungefähr zuzutreffen scheint. Dabei zeichnete sich allerdings in den letzten beiden Jahren ein allmählicher Rückgang der Beteiligung an der Fachschaftsarbeit und eine Tendenz zur Auflösung von linken Hochschulgruppen ab.

Einen prägenden Faktor studentischer Politik stellt der häufige Wechsel der Aktiven dar: Er bedingte einerseits die Wiederholung der grundsätzlichen Diskussionen, die jeweils in bezug auf die aktuellen Probleme neu geführt wurden. Der Wechsel bewirkte aber auch die immer wieder neue Bereitschaft der Nutzung ähnlicher Vorgehensweisen. Sie wurden, mangels Alternativen, trotz der geringen Erfolgsaussichten immer wieder ausprobiert.

Ein Defizit studentischer Aktivität scheint somit zu sein, daß durch die mangelnde Kontinuität keine Weiterentwicklung des politischen Vorgehens stattfand, sondern höchstens gewisse Formen der Politik angesichts ihrer Erfolglosigkeit allmählich aufgegeben wurden. Dabei läßt sich allerdings nur vermuten, daß bei geringerem Wechsel wirksamere Vorgehensweisen entwickelt würden. Außerdem scheint gerade der häufige Wechsel der Aktiven zu bedingen, daß überhaupt immer wieder versucht wurde, auf das Geschehen an der Hochschule einzuwirken. Angesichts der Tatsache, daß sich studentische Politik an der GhK im Großen und Ganzen als ein "Rückzugsgefecht" darstellt, ist anzunehmen, daß der Versuch der Einflußnahme sonst längst aufgegeben worden wäre. Die Studierenden erlebten ihre Politik, am Erreichen konkreter Ziele gemessen, immer als erfolglos. Dieses Ergebnis aus den Interviews bestätigt sich meiner Ansicht nach bei Betrachtung des konkreten Geschehens an der GhK auch insgesamt. Dennoch blieb das Engagement der Studierenden nicht ohne konkrete Auswirkungen, die aus der eigenen Zielsetzung der aktiven Studierenden heraus als Erfolge bezeichnet werden können.

Offensichtlich ist zwar, daß weder durch Demonstrationen, Aktionswochen oder Streiks im Lauf der Geschichte der GhK konkrete Ziele durchgesetzt werden konnten, sie bremsten höchstens die jeweilige Entwicklung. Diese Aktionsformen erfüllten allerdings, zumindest im Falle einer einigermaßen breiten Beteiligung, die Funktion, eine gewisse Öffentlichkeit für Probleme zu schaffen und unter den Studierenden selbst die Diskussion der eigenen Ziele zu ermöglichen oder zu entfachen. Obwohl auch diese "Politisierung" nie den Vorstellungen der jeweiligen Organisatoren entsprach, läßt sich feststellen, daß gerade diese Protestformen der Fachschaftsarbeit oder auch den politischen Hochschulgruppen immer wieder neuen Zulauf gaben und oftmals zur Gründung neuer Projekte führten. Vor allem die Arbeit der Fachschaften und einzelner Projekte brachte durch solchen "Aufschwung" oftmals neue Ideen zur Gestaltung der Hochschule oder einzelner Studiengänge hervor, die auch umgesetzt werden konnten. Die Einrichtung von Treffpunkten am Fachbereich, die Gründung neuer kultureller Projekte, Arbeitsgruppen, die sich mit Studienkonzeptionen

beschäftigten oder die Durchführung von Einführungswochen für StudienanfängerInnen sind einige Beispiele dafür. Diese Initiativen, die auch eine gewisse Aneignung der Hochschule als Lebensraum bedeuteten, hatten meiner Ansicht nach eine wesentliche Auswirkung auf die Gestaltung der GhK.

Die konkrete Einflußnahme durch Gremienarbeit oder Verhandlungspolitik stellt sich unterschiedlich dar: Obwohl gerade diese Arbeit von den jeweiligen studentischen VertreterInnen als aufreibend und frustrierend wahrgenommen wurde, konnte innerhalb der Hochschule durchaus auch Einfluß genommen werden. Im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen mit dem Ministerium zeigte sich allerdings immer wieder, daß inhaltliche Argumentationen gegen politische Entscheidungen wenig ausrichten konnten. Auf jeden Fall bewirkten die in Fachschaftsarbeit und Hochschulgruppen aktiven Studierenden immer wieder, daß bildungs- und allgemeinpolitische Themen, die Ausrichtung von Forschung und Lehre und die Bedeutung der Reformelemente an der GhK diskutiert wurden. Dadurch wurden immer wieder inhaltliche Auseinandersetzungen provoziert und innerhalb der GhK zumindest das "Einschlafen" der Reform verhindert.

Ein Bestandteil studentischer Politik, der vor allem auch außerhalb der Hochschule wirksam wurde, war der Bereich kultureller und politischer Veranstaltungen. Durch diese Arbeit, die auch in Zusammenarbeit mit verschiedenen Gruppierungen außerhalb der Hochschule verwirklicht wurde, erfolgte von studentischer Seite eine gewisse Integration der Hochschule in die Stadt, so wurde teilweise der Anspruch einer Verbindung des Arbeits- und Lebensbereichs der Studierenden realisiert.

Als fast erfolglos stellen sich letztendlich die Versuche der Mobilisierung der studentischen Basis dar, die von den politisch Aktiven in den achtziger Jahren unternommen wurden. Sie konnten gegen das zunehmende Desinteresse wenig bewirken. Es drängt sich sogar die Vermutung auf, daß die Versuche der Aktivierung durch den Vorschlag von Aktionen eher gegenteilige Effekte hatten. Aus verschiedenen Ereignissen an der GhK läßt sich ableiten, daß vor allem die Opposition gegen einen als untätig empfundenen AStA tendenziell zu neuer Aktivität unter den Studierenden führte. Umgekehrt scheint auch die intensive Aktivität von VertreterInnen eher zu einer Passivität der Studierenden beizutragen.

Die linke AStA-Politik befindet sich so derzeit in einer, aus ihrem Selbstverständnis heraus, widersprüchlichen Position. Eine Politik von gewählten VertreterInnen, die auf eine aktive Mitarbeit größerer Teile der Studentenschaft baut, scheint zum Scheitern verurteilt zu sein. Überlegungen, durch eine möglichst "schlechte" Arbeit breite Aktivität oder Meinungsäußerungen in der Studentenschaft zu provozieren, scheinen absurd. Weder allgemeinpolitische Ereignisse noch die offensichtliche Überfüllung der Hochschule führten in letzter Zeit zu größeren Protesten oder zur breiteren Artikulation von Forderungen. Und obwohl die konservative Wählerschaft an Zulauf gewinnt, wird auch von ihr kein Protest an der linken Politik des AStA laut. So arbeiten die derzeitigen Aktiven, sowohl im AStA wie auch in den Fachschaften, gewissermaßen ohne breitere Unterstützung oder Rückkopplung. Dabei erzielen sie, in ihrem Sinne, allerdings auch Erfolge in der Arbeit, zum Beispiel bei der Verankerung neuer Mitbestimmungsmöglichkeiten, Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation oder auch in der Arbeit im allgemeinpolitischen Bereich.

Es stellt sich in der Folge die Frage, ob eine möglichst breite aktive Basis für die Verwirklichung einer Politik, die sich dann allerdings allein durch Wahlen "legitimiert", notwendig ist. Auch insgesamt betrachtet kann dabei zunächst festgestellt werden, daß wenige Studierende durch Verhandlungen, Gremienarbeit und durch die eigene Umsetzung einzelner Projekte vordergründig erfolgreicher waren als die Massenproteste vieler Studierender.

Dennoch scheint gerade mit dem Verlust der politischen Aktivität größerer Teile der Studentenschaft ein Bestandteil der Politik verloren zu gehen, der bis vor kurzem einen hauptsächlichen Erfolg des studentischen Engagements an der GhK darstellte, der von wenigen Studierenden nicht erreicht werden kann. Gemeint ist hiermit das Aufrechterhalten von Auseinandersetzungen um Studieninhalte, Bildungspolitik oder auch allgemeinpolitische Themen in der Hochschule. Das Desinteresse an politischen Fragen bewirkt, daß kaum noch diesbezügliche Diskussionen in Gremien, Seminaren oder den verschiedensten Gruppierungen an der Hochschule stattfinden. So fehlt es an breiteren Diskussionen über eine wünschenswerte Gestaltung der Hochschule, die angesichts sich ständig verändernder äußerer und innerer Gegebenheiten dringend notwendig wären und die meiner Ansicht nach die Grundlage jeglicher Politik darstellen müßten. Durch das Fehlen von

Diskussionen ist auch bereits aufgrund des ständigen Wechsels der Studierenden und auch anderer Hochschulangehöriger zu erwarten, daß Konzepte der GhK nicht unbedingt deswegen abgeschafft werden, weil sie nicht mehr gewünscht werden oder sich vielleicht als ungeeignet erwiesen haben, sondern daß sie verschwinden, weil sie in Vergessenheit geraten bzw. ihres Sinns entleert sind.

Eine Politik von gewählten VertreterInnen, die eine Reform verteidigen, die nicht mehr auf inhaltlichen Diskussionen beruht, stellt sich als unsinnig dar. Ein solches Vorgehen wäre auch deswegen zwecklos, weil die Umsetzung der erzielten Ergebnisse ausbleiben würde. Unabhängig davon, ob die gegenwärtige Politik der aktiven Studierenden der Meinung der Mehrheit der Studierenden entspricht, verliert zumindest die hochschulbezogene Arbeit darum zunehmend an Wirksamkeit.

Zu dieser Situation kommt hinzu, daß sich die derzeit den AStA stellende Hochschulgruppe Reformruine, in einem ähnlichen Prozeß wie die Basisgruppenliste zehn Jahre zuvor, allmählich von den noch aktiven Studierenden entfernt. Trotz eines gewissen Wechsels der Aktiven ging die Verbindung zur Arbeit der Fachschaften zurück. Neben einer hauptsächlichen Schwerpunktsetzung der Arbeit im allgemeinpolitischen Bereich war ein Grund dafür auch die Konzentration der AStA-Arbeit auf die Organisation von Veranstaltungen und auf Verhandlungspolitik. Diese Politik, die aus der eher mangelnden Beteiligung der Studierenden entstand, scheint somit auch in Wechselwirkung die weitere Entfernung von den noch aktiven oder zumindest interessierten Studierenden zu bedingen. Auch dadurch geht gerade der Bereich, in dem die Studierenden in gemeinsamer Aktivität konkrete Erfolge erzielen konnten, nämlich der Einfluß auf die Gestaltung der Hochschule, allmählich verloren.

Zum Schluß noch, aus meiner eigenen politischen Auffassung heraus, einige Gedanken zu Perspektiven studentischer Politik an der GhK, einer Politik, die sich meist als erfolglos betrachtete, es doch nicht war und auch zukünftig nicht sein muß. Eine Öffnung der AStA-Arbeit, die möglichst vielen Studierenden die Möglichkeit zur Mitarbeit bietet und sich wieder stärker auf die Zusammenarbeit mit der Fachschaftsarbeit und anderen politisch interessierten Studierenden konzentriert, wäre ein Ansatz für eine neue Entwicklung, die sich statt auf Massenmobilisierung auf die gemeinsame Arbeit mit Interessierten stützt. Auch eine stärkere inhaltliche Konzentration der Arbeit der studentischen VertreterInnen auf den Bereich der Hochschule könnte dazu beitragen, neue Ideen zu entwickeln, die eine teilweise entleerte "Reform" wieder füllen könnten.

Einige derzeit sich entwickelnde Initiativen zeigen dazu meiner Ansicht nach neue Ansätze: Eine neue "Projektkommission" hat die Wiederbelebung des Projektstudiums zum Ziel. Dazu kommt ein aktuell geplantes AStA-Café, durch das ein neuer Treffpunkt geschaffen werden soll und das verschiedensten Gruppierungen und Initiativen zur Verfügung stehen wird. Durch die Einrichtung von Möglichkeiten der Kommunikation oder auch der Betätigung könnten so neues Engagement oder zumindest neue Diskussionen entstehen. Dabei müssen die gegenwärtig Aktiven auch das "Risiko" eingehen, sich eventuell mit einer zunehmend konservativen Studentenschaft konfrontiert zu sehen, wobei mir gerade auch diese Auseinandersetzung dringend notwendig scheint.

## LITERATUR

- ASTA GIEßEN (1989): Entwicklungsstand und Perspektiven der Fachhochschulen in der BRD. Gießen.
- BARTSCH, Hellmuth (1971): Die Studentenschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn.
- BÜCHNER, G. u.a. (1986): Der Berliner Tutorenstreik 1986. Hamburg.
- Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (1986): Hochschulrahmengesetz. Bonn.
- FAULSTICH, P.; WEGNER, H. (1981): GhK, Zukunftsmodell oder Reformruine? Kassel.
- Friedrich Ebert Stiftung (1973): Entwurf eines HRG. in: Studentische Politik, Nr.8.
- Friedrich Ebert Stiftung (1974): Entwurf eines HRG, Stellungnahmen, 1/2.
- Friedrich Ebert Stiftung (1979): Studentische Politik, Urteil zur Mitbestimmung an den Hochschulen, 3/4.
- GhK Gründungsbeirat, Projektgruppe (1976): Überlegungen zur materiellen Entwicklung. Kassel.
- GLOTZ, Peter; MALANOWSKY, Wolfgang (1982): Student heute. Hamburg.
- GÖBEL, Uwe (1978): Die Studentenbewegung und ihre Folgen. Köln.
- GROSSARTH, Maticek (1975): Revolution der Gestörten? Heidelberg.
- Hessischer Kultusminister (1970): Gesetz zur Errichtung der Gh Kassel. Wiesbaden.
- Hessischer Kultusminister (1978): Hessisches Hochschulgesetz. Wiesbaden.
- Hessischer Kultusminister (1974): Hochschulentwicklung in Hessen. Wiesbaden.
- HUBER, Ludwig; WULF, Manfred (1989): Studium nur noch Nebensache? (GEW Texte). Freiburg.
- KLUGE, N. u.a. (1981): Gesamthochschule Kassel, Rückblick auf das erste Jahrzehnt. Kassel.
- KRAUSE, C.; LEHNERT, D. (1980): Zwischen Revolution und Resignation. Bonn.
- MAYER, Ulrich (1981): Zwischen Anpassung und Alternativkultur. Bonn.
- MÜCKER; SCHEITZ (1983): Freiraum oder Wissensfabrik, Überlegungen zur Funktionalisierung der Hochschule. o.O.
- NEGT, Oskar (1960): Die Zerstörung der deutschen Universität. In: Neue Kritik 1.
- PEISERT, Hansgert; BARGEL, Tino (1981): Studium und Hochschulpolitik (Schriftenreihe Hochschule 39). Bonn.
- PEISERT, Hansgert; BARGEL, Tino; FRAMHEIM, G.(1985): Studiensituation und studentische Orientierungen an Universitäten und Fachhochschulen (Schriftenreihe Studien zu Bildung und Wissenschaft 59). Bonn.
- TEICHLER, Ulrich (1987): Hochschule Studium, Berufsvorstellungen (Studien Bildung Wissenschaft). Bonn.
- SCHLICHT, Uwe (1980): Vom Burschenschafter bis zum Sponti. Berlin.
- SPD (o.J.): Programme und Entschlüsse zur Bildungspolitik 1964-1975.
- ZECHLIN, Lothar (1979): Das politische Mandat der verfaßten Studentenschaft (Materialien zur Hochschul- und Bildungspolitik). Bremen.

### Graue Literatur und Zeitschriften:

- AStA der GhK, Studentische Gruppierungen (1972-1979): "Flugblätter".
- AStA der GhK (1981-1985): AStA-Woche, Zeitung des AStA der GhK.
- AStA der GHK (1974-1989): Erstsemester-Info.
- AStA der GhK (1979-1981): Sumpflüten, Zeitung des AStA der GhK.
- AStA der GhK (1985-1990): Trümmerblatt, Zeitung des AStA der GhK.
- AStA der GhK (1972-1990): Schriftwechsel.
- AUK (1969-1973): Info, Zeitung des Arbeitskreis Universität Kassel.
- Ausstellungskatalog (1986): Hessische Universitäten und Studenten. Wiesbaden.
- Fachschaften der GhK (1975-1989): Fachschaftszeitungen.
- GHK (1989): Kasseler Universitätsreden.

- GhK (1989): Studentenstatistik der GhK 1988/89.  
Gründungsbeirat der GhK (1974-1979): Protokolle.  
Konvent der GhK (1979-1989): Protokolle.  
Kritik und Krise (1989): Materialien gegen Politik und Ökonomie, 1.  
LAK (1987): Dokumentation zur Anpassung des HHG.  
PRISMA (1981): 10 Jahre GhK. Kassel.  
PRISMA (1984): Kassels erste Uni 1633-1653, Juni.  
PUBLIK (1978-1989): Zeitung der GhK.  
Studentenparlament der GhK (1973-1990): Protokolle.  
Studentenparlament der GhK (1973,1979): Satzung der Studentenschaft der GhK vom 10.12.1973 und 20.4.1979.  
Studentische Hochschulgruppen (1974-1990): Wahlinformationen studentischer Hochschulgruppen.  
Studienbereich ASL (1983): architek-tür-museum Katalog zur Dauerausstellung des Studienbereiches ASL der Gh Kassel.  
Studienbereich II der GhK (1989): Dokumentation: Auseinandersetzung um den Erhalt der Kasseler StufenlehrerInnen Ausbildung des Studienbereichs II.  
VDS (1976): Bericht der Mitgliederversammlung.  
VDS (1978-1990): Rundbriefe.

Ergebnisse der studentischen Wahlen an der GhK

Jahr	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Wahlbeteiligung (%)	48	*	39	*	31	*	*	*	20	24	14	23	21	22	22	19	16	26	
RCDS	8	6	5	5	3	4	3			2	1	0	1	1					
Freie Liste																			
SHB	<input type="checkbox"/> 11																		
Rote Liste	<input type="checkbox"/> 4																		
KSB	3	5	4	3	3	1	1	1		<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 5	3	1	1	2	1	
MSB		7	4	6	4	5	2	2	2	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 5	4	1	2	2	2	
Juso							5	5	5	<input type="checkbox"/> 7									
DLB	4	<input type="checkbox"/> 12																	
BGL									<input type="checkbox"/> 14		8	9		<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3				
SIT								3	3	3	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 7	9						
Immerhin													3						
Reformruine																			
Liste Witzenhausen														<input type="checkbox"/> 10	<input type="checkbox"/> 16	<input type="checkbox"/> 17	<input type="checkbox"/> 15	<input type="checkbox"/> 14	
Inter. Forum														2	1	2	2	2	
Sonstige			8	3	3	5	5	1	1	8	3		<input type="checkbox"/> 2	2	3	3	3	1	

- Die Angaben erfolgen in Sitzen, nicht in Prozent, da Angaben über den prozentualen Anteil der Stimmen nicht für alle Jahre vorliegen.  
 - Bis zum Jahr 1978 hatte das Studentenparlament 30 Sitze, danach 25 Sitze.  
 - 1988 fanden keine Wahlen zum Studentenparlament statt: durch die Umstellung des Wahltermins vom Sommer- auf das Wintersemester dauerte die Legislaturperiode einhalb Jahre.  
 \* Es liegen keine Angaben vor.  
 Gruppierungen, die den ASTA stellten.

**Abkürzungsverzeichnis:**

AUK:	Arbeitskreis Universität Kassel
AStA:	Allgemeiner Studentenausschuß
AVZ:	Allgemeines Verfügungszentrum
Bafög:	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BGL:	Basisgruppenliste
BPS:	Berufspraktische Studien
DLB:	Demokratischer Linker Block
HBK:	Hochschule der Bildenden Künste
HHG:	Hessisches Hochschulgesetz
HRG:	Hochschulrahmengesetz
GhK:	Gesamthochschule Kassel
IF:	Internationales Forum
Juso:	Jungsozialisten
KBW:	Kommunistischer Bund Westdeutschlands
KPD:	Kommunistische Partei Deutschlands
LHV:	Liberaler Hochschulverband
MSB:	Marxistischer Studentenbund
OE:	Organisationseinheit
SHB:	Sozialdemokratischer Hochschulbund
SDS:	Sozialistischer Studentenbund
SIT:	Studenteninitiative Technik
Stupa:	Studentenparlament
VDS:	Vereinigte Deutsche Studentenschaften
VV:	Vollversammlung